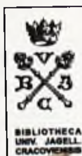
eutsche
evolution





ember-revolution 1918

von

Dr. E. Menke-Glückert



19 • Verlag von Dr. Werner Klinkhardt

Die Sammlung

DEUTSCHE REVOLUT

dient der neuen Zeit, der Zukunft Deutschlands, die einzelnen Schicksal ist. Die alte Welt ging krachen Trümmer. Neues schaffen ist die Losung. Die ungeheur Aufgaben, die unser aller Mitarbeit fordern, wollen durchdacht, mit Kopf und Herz hoffnungsfroh erfaßt und mit fester Hand durchgeführt werden. Mit einer überwältigenden Fülle neuer Probleme hat sich das deutsche Volk so oder so abzufinden. Darüber Klarheit zu schaffen, den Kern dieser Probleme bloßzulegen und sie einer weiten, wenig oder gar nicht vorgebildeten Leserwelt zu vermitteln, das will diese neue Schriftensammlung versuchen. Sie die kei Partei, nur der Sache, mit der wir alle stehen oder fallen. Jeder Redner vertritt seinen Standpunkt. Wir glauben einander, daß wir nur das Beste wollen. Im übrigen lebe die Diskussion! Sie sei ein Spiegelbild dessen, was die Gegenwart an Ereignissen und Gestalten durcheinanderwirbelt, und eine lodernde Fackel auf dem Wege in ein noch dunkel verschleiertes Neuland.

Der Deutsche ist der Historiker unter den Völkern. Ohne den sichern Rückhalt organischer Entwicklung fühlt er sich ins Bodenlose hinausgeschleudert. Die zweite Aufgabe dieser Sammlung ist daher, die Brücke zu schlagen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, zu zeigen, daß die deutsche Revolution des Jahres 1918 kein Blitz aus heiterm Himmel, sondern die notwendige Katastrophe eines Dramas war, das ein volles Jahrhundert spielt. Bekenntnisse und Erinnerungen hervorragender Männer und Frauen, die revolutionäre Stürme der Vergangenheit miterlebten, sollen beruhigend und ermutigend zu uns sprechen. Nur auserlesene Gäste im literarischen Festgewande werden hier zugelassen. Diese Revolutionsliteratur im vornehmsten Sinne des Wortes bildet innerhalb unsrer Sammlung gewissermaßen das Feuilleton gegenüber dem schw politischen Leitartikel der übrigen Bände.

DEUTSCHE REVOLUTION

Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften

Herausgegeben von Prof. Dr. H. H. Houben und Dr E Menke-Glückert

I. BAND

Die Novemberrevolution 1918

Ihre Entstehung und ihre Entwicklung bis zur Nationalversammlung

Von

Priv.-Doz. Dr. E. MENKE-GLÜCKERT

Abgeordneter zur Sächsischen Volkskammer



Verlag von Dr. Werner Klinkhardt, Leipzig



Buchdruckerei Julius Klinkhardt, Leipzig.

Inhaltsverzeichnis.

I. Ursachen und Vorgeschichte der Revolution.

Noch immer stehen wir ganz fassungslos unter dem Eindruck des Zusammenbruchs des monarchischen Systems im Innern und der militärischen Front in Feindesland. Ganz betäubt fragen wir stets von neuem nach den Ursachen, die dazu geführt. Die Vorgänge draußen und die drinnen hängen aufs engste zusammen. Der Zusammenbruch an der Front zwang die Regierung daheim zu immer weiteren Zugeständnissen an die demokratischen Forderungen. Das Meutern der Flotte in Kiel wurde dann der Anlaß zum Ausrufen der Republik.

Schon lange herrschte drinnen im Lande und draußen an der Front große Unzufriedenheit. Namentlich in Arbeiterkreisen, aber auch in weiten Kreisen des Bürgertums war das der Fall. Keinem Kenner der Verhältnisse blieb das verborgen. Auch die Regierung wußte darum Bescheid. Ihren tiefsten Grund fand die Unzufriedenheit darin, daß mit einem Volksheer keine Kriege von jahrelanger Dauer, wie früher mit einem Söldnerheer, zu führen sind. Im stärksten Maße hatten ältere Leute eingezogen werden müssen. Sie zogen begreiflicherweise nicht mit dem Schwung und der Begeisterung in den Kampf wie die jungen von 1914. Sie belastete schwer die Sorge um Weib und Kind, die oft daheim verkamen, und das Geschäft zu Haus, das zugrunde ging. Besonderen Grund zur Klage gab vielfach das Verhalten der Offiziere. Der Mangel an Offizieren zwang, junge Leute anzustellen. Sie fanden im Verkehr mit den älteren Leuten nicht immer den rechten Ton. Auch zwang der Mangel an Offizieren zur Aufnahme von Elementen, die früher nicht so bereitwillig Aufnahme in die Reihe des Offizierkorps gefunden hätten. Manche von den Offizieren betrieben zum größten Ärger der Mannschaften einen ausgedehnten Lebensmittelversand aus den besetzten Gebieten nach Haus. Sie benutzten zum Heimbringen

der Waren die ihnen untergebenen Mannschaften. Eine der häufigsten Klagen der Leute betraf das schlechte Essen. Im Laufe der Jahre hatte sich der Mangel an Nahrungsmitteln auch an der Front immer stärker bemerkbar gemacht. Die Mannschaften hielten dafür, daß nur sie zu darben hätten, den Offizieren in ihren Kasinos dagegen alles reichlich zur Verfügung stände. Es ist hier nicht der Ort, die Berechtigung dieses Vorwurfs zu prüfen. Wir stellen nur fest, es war der allgemeine Glaube.

Diese an der Front bestehende Unzufriedenheit unter den Truppen beutete die feindliche Propaganda in äußerst geschickter Weise aus. Die feindlichen Flieger warfen über den Schützengräben und in den Orten der Etappen tausende und abertausende von Flugblättern ab. Im Mai 1918 wurden 84000, im Juni 120000, im Juli 300000 Stück abgeliefert. Doch war das nur ein bescheidener Bruchteil. Zahlreiche davon gingen zugrunde, und zahlreiche blieben in Privatbesitz. Anfänglich waren die Flugblätter inhaltlich und sprachlich denkbar ungeschickt abgefaßt. Allmählich wurden sie besser und paßten sich dem Seelenzustand des deutschen Soldaten sehr geschickt an. Man verlockte sie zum Überlaufen. Angebliche Briefe von Gefangenen schilderten das gute Leben in der Gefangenschaft. Der Kampf Deutschlands wurde als aussichtslos dargestellt, und es wurde namentlich auf Amerikas unerschöpfliche Hilfsmittel verwiesen. Aus deutschen Zeitungen wurden Stellen abgedruckt, die zum Frieden um jeden Preis rieten. Man mußte ein sehr kritisch geschulter Kopf sein, um das Trügerische der Darstellung in den aus Feindesland kommenden Broschüren zu bemerken. Mir liegen zwei solcher Broschüren vor: „Wilhelm II. annoch deutscher Kaiser, wir klagen dich an! Eine Anklageschrift von Siegfried Balder“ und: „Kaiser und Krieg oder Republik und Frieden von Siegfried Balder“. Die vordere Seite des Umschlags trägt am Kopf die alten deutschen Farben schwarz-rot-gold. Das zuerst genannte Buch zeigt auf der Rückseite die Inschrift: Vereinigung deutscher Demokraten. Beide Bändchen, das

erste von 80, das zweite von 77 Seiten Umfang, wurden im März 1918 durch französische Papierballons mit Lunte bei Authe abgeworfen. Die erste Schrift geht mit dem Kaiser gewaltig in das Gericht: „Seit Deiner Jugend", heißt es auf Seite 6, „hattest Du kein anderes Interesse als für Jagd und Militär, Tiermord und Menschenmord. Millionen Deiner Untertanen haben Dich niemals anders gesehen, weder in Person noch in Abbildung — als im Gewande des Jägers oder des Kriegers. Als Waidmann zogst Du hinaus, um die Tiere, die für Dich zusammengetrieben wurden, in Massen zu schlachten. Rudelweise Hirsche und Rehe niederzuknallen, mehr als tausend wehrlose Fasanen an einem Tage zusammenzuschießen — mit Deinem Freund Franz Ferdinand von Österreich — das war ein Fest für Deinen Blutdurst." So habe der Verfasser des Buchs den Kaiser im Sommer 1888, wenige Monate nach seiner Thronbesteigung, zum ersten Male gesehen. Alle seine Sünden, seine Reden bei Rekrutenvereidigungen, Weihung von Regimentsfahnen, Kriegsschifftaufen, Generalsempfängen, Zentenarfeiern von Schlachten, Enthüllung von Denkmälern seiner Ahnen werden ihm vorgehalten. Der Verfasser kommt zu dem Schluß: „Nachdem Du die Menschheit in den blutigsten und wahnwitzigsten aller Kriege gestürzt hast, kann und darf die beleidigte Menschheit nicht eher ruhen, bis das Übel, welches den Frieden, die Kultur, das Glück der Menschheit bedroht, mit der Wurzel ausgerottet ist. Nicht nur die anderen Völker, nein, in erster Linie das deutsche Volk selbst muß darauf bestehen, daß die von Dir und Deinem Anhang vertretene Weltordnung, die Weltordnung des Militarismus, des endlosen Rüstens und Säbelrasselns, von der Erde verschwindet." Die Schrift wandte sich dann an die Soldaten: „Deutsche Kameraden und Brüder! Eure „Feinde" können und wollen Deutschland nicht vernichten, wie Euch die Regierung vorlügt. Aber Ihr selbst vernichtet Deutschland, Ihr verblutet und verhungert und tretet Deutschlands Ehre und Weltgeltung in den Staub, wenn Ihr Euch noch länger zu Sklaven

des Kaisers herabwürdigt. Wachet auf und handelt, aber rasch, ehe es zu spät ist!“

Ein so geschickt abgefaßtes Schriftchen konnte seine Wirkung nicht verfehlen. Im zweiten wurde den Soldaten klar gemacht, wie Deutschland gestaltet werden müsse, damit der Friede komme. Von einem zehnfachen Wahn müsse sich der deutsche Soldat freimachen: Der Angst vor der Wahrheit, dem Autoritätswahn, der Verwechslung von Regierung und Vaterland, dem Verfolgungswahn, dem Größenwahn, dem Parteidogma, der Verwechslung von Gesetz und Recht, der Angst vor der Revolution. Die Revolution wurde als etwas Harmloses hingestellt. Es sei die Niederreißung eines morschen baufälligen Hauses, um ein besseres an seine Stelle zu setzen. „In Wahrheit herrscht jetzt der allgemeine Umsturz in Deutschland. Recht und Sitte, Wohlstand und Familienleben, Freiheit und Kultur sind umgeworfen durch den Kaiser und seine Helfershelfer. Die Halunken werden reich, und die Ehrlichen hungern und betteln. Die Mordgesellen erhalten Orden, und die Edelmütigen und Hochgesinnten wandern ins Zuchthaus.“ Der Frieden zwischen der Entente und der deutschen Republik sei unvergleichlich viel leichter und für Deutschland günstiger abzuschließen, als zwischen der Entente und der kaiserlichen Regierung. Die ganze Riesenmaschine des Militarismus gründe sich nur auf die brutale Gewalt weniger und den Gehorsam vieler. Rasch und entschlossen müsse der Spieß umgekehrt und an die Stelle des Gehorsams die Gewalt der Vielen gesetzt werden. Sie sollten sich Waffen verschaffen, gleichgesinnte Freunde werben, besonders unter den Beamten der öffentlichen Sicherheit und unter den Arbeitern der Waffen- und Munitionsfabriken; alle Waffen- und Munitionsfabriken, Magazine und Vorräte sollten sie zerstören, Truppen- und Munitionstransporte verhindern. Vor allem aber sollten sie diese Schrift verbreiten, sie abschreiben und nachdrucken. „Ein freies Volk sollt und müßt Ihr wieder werden. Republik bedeutet Frieden und Freiheit; Republik

sei Euer Losungswort.“ Im französischen Heer sei der Befehl ausgegeben, wer sich gefangen gebe und das Losungswort ‚Republik‘ ausspreche, werde nicht mehr als kriegsgefangener Feind behandelt.

In den Schützengräben und Unterständen, in den Tagen der Ruhe hinter der Front, war der Inhalt solcher und ähnlicher Schriften der Gegenstand des Gesprächs unter den Soldaten. Die Richtigkeit der vorgebrachten Tatsachen leuchtete den einfachen Leuten ein. Sie wurden mißtrauisch gegen die Nachrichten der Zeitungen aus der Heimat. Sie wußten, diese standen unter Zensur. Wenn Lloyd George öffentlich Northcliffe, den Vorsteher des Propagandadienstes für die feindlichen Länder, pries, so war das ein verdientes Lob. Selten ist eine Aufklärungstätigkeit in den fremden Ländern geschickter betrieben worden. Zu den von feindlicher Seite verfaßten Schriften kam die Verbreitung von Ausführungen, wie die des früheren deutschen Botschafters in London, des Fürsten Lichnowsky. Daß die Schrift „Meine Londoner Mission“, die den Soldaten in die Hände gespielt wurde, von der deutschen Regierung verboten war, gereichte ihr nur zur Empfehlung. Wie zu allen Zeiten erwies sich die geübte Zensur als eine höchst gefährliche Maßnahme. Sie verstärkte nur das immer lebhafter sich hervorwagende Mißbehagen. Wie mußte es auf den einfachen Soldaten wirken, wenn er in den Aufzeichnungen des Fürsten die Sätze las: „Heute, nach zweijährigem Kampfe, kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir auf einen bedingungslosen Sieg über Russen, Engländer, Franzosen, Italiener, Rumänen und Amerikaner nicht hoffen dürfen, mit dem Niederringen unserer Feinde nicht rechnen können. . . . Dreibundpolitik ist Rückkehr zur Vergangenheit, Abkehr von der Zukunft, dem Imperialismus, der Weltpolitik. Mitteleuropa ist Mittelalter, Berlin-Bagdad eine Sackgasse, nicht der Weg ins Freie, zu unbegrenzten Möglichkeiten, zur Weltmission des deutschen Volkes.“

Andere Gefahr drohte vom Osten her. Nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk im März 1918

kehrten viele Tausende von Deutschen aus russischer Gefangenschaft zurück. Ein großer Teil von ihnen hatte Schweres erlebt, sehnte sich nach Ruhe und Frieden und war aufs ärgste enttäuscht und erbittert, als jetzt die irgendwie Verwendbaren neu eingezogen, ausgebildet und wieder an die Front geschickt wurden. Ich vergesse nicht, wie mir ein solcher aus Rußland Heimgekehrter im Juli 1918 in einem Eisenbahnwagen leidenschaftlich auseinandersetzte, welches Unrecht ihm geschehe, und wie er die erste Gelegenheit benutzen werde, um zum Feinde überzulaufen. Andere brachten aus Rußland den Glauben an die Richtigkeit der bolschewistischen Lehren mit. Die Sowjet-Republik hatte unter den deutschen Gefangenen eine außerordentlich kluge Agitation betrieben. Manche waren zu überzeugten Anhängern der sozialistischen Republik und der Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte geworden. Sie nahmen in die Heimat genaue Anweisungen mit, wie im Fall des Ausbruchs einer Revolution zu verfahren sei. An der Westfront wurden sie zu eifrigen Agenten der bolschewistischen Gedanken. Dort fanden sie schon zahlreiche Gesinnungsgenossen vor. Die Regierung handelte nach dem Grundsatz, alle revolutionär gesinnten Arbeiter, besonders die Streiklustigen, sogleich einzuziehen und in den Schützengraben zu schicken. Es war, als ob sie auf ihr eigenes Verderben hinarbeite. Die Zahl der Überläufer vermehrte sich bei einzelnen Regimentern außerordentlich. Ebenso die Neigung zur Disziplinlosigkeit. Viele der Beurlaubten zeigten keine Lust zur Rückkehr an die Front. Trotz schärfster Kontrolle in den Eisenbahnwagen, die oft zur Belästigung des reisenden Publikums ausartete, entzogen sie sich der Nachforschung und trieben sich in den Großstädten umher. Schon Monate vor dem Zusammenbruch sah derjenige, der viel mit Soldaten zu tun hatte und ihre Stimmung kannte, mit ernster Sorge in die Zukunft.

Die Stimmung daheim war nicht besser. Die jahrelangen Entbehrungen hatten den Geist manches Begeisterungsfrohen und vaterländisch Denkenden zer-

mürbt. Die Kreise des Mittelstandes, die kleinen Beamten und Handwerker führten einen verzweifelten Kampf um ihr Dasein und ihre Existenz. Die fleischlosen Wochen, die 1918 eingeführt werden mußten, die Sorge um die Belieferung mit Kohlen, die Stockungen und Unzuträglichkeiten des Eisenbahnverkehrs, der tägliche Ärger über die vielfach versagenden Beleuchtungseinrichtungen, der Mangel an Petroleum auf dem Lande erzeugten eine stets wachsende und stärker werdende Oppositionsstimmung. Der Ärger wurde bei denen, die kaum wußten, wie sie satt wurden, oft zur Erbitterung beim Gewahrwerden des in Blüte stehenden Schleichhandels. Wer im Besitz von Geld war und gute Beziehungen zum Lande hatte, konnte sich Butter und Eier, Fleisch und Mehl verschaffen. Während Tausende darbten, schwelgten einige wie in Friedenszeiten. Während dem einen mühelos die Kriegsgewinne zuströmten, kämpfte der kleine Mann bei der wachsenden Entwertung des Geldes mit täglich steigenden Sorgen. Eine früher nie für möglich gehaltene Demoralisation, eine Verwirrung der sittlichen Begriffe, eine Gleichgültigkeit gegen staatliche Gebote und Verbote sondergleichen griffen immer weiter um sich. Vielleicht war diese Gleichgültigkeit zu verstehen. Die Behörden zogen sie selbst groß. In der Fülle der Verordnungen, die Tag für Tag auf den deutschen Bürger niederregneten, fand sich schließlich kein Laie mehr zurecht. Die einzelnen Erlasse widersprachen sich oft. Es gab wohl schließlich keinen Deutschen mehr, der nicht unbewußt oder bewußt gegen die eine oder andere Bestimmung sich vergangen hatte. Weit schlimmer war die Verwilderung der sittlichen Anschauungen. Der Stolz auf unsern Beamtenstand, auf dessen Rechtlichkeit und Ehrlichkeit, war bisher für jeden Deutschen eine Selbstverständlichkeit gewesen. Der Glaube daran wurde jetzt arg erschüttert. Bei der Post und Eisenbahn häuften sich die Fälle von Unterschlagungen und Diebstählen. Pakete, die Nahrungsmittel enthielten, wurden häufig ausgeraubt. Gewiß traf oft die Schuld an solchen Vorfällen nicht alte Beamte, sondern frisch

und oft ohne genauere Prüfung eingestellte Hilfskräfte. Aber die Bestrafungen von Beamten selbst blieben zahlreich genug. Auch gegen Bestechung waren viele nicht unempfänglich. Was früher spottweise von russischen Beamten erzählt wurde, erlebte man jetzt manchmal in Deutschland. Daß mancher kleine Beamte der Versuchung, sich Geld oder Waren zu verschaffen, erlag, blieb verständlich. Er kam mit seinem Gehalt nicht mehr aus. Junge Arbeiter und Arbeiterinnen in Munitionsfabriken verdienten mehr als er. In diesen Kreisen griff oft eine sinnlose Verschwendungs- und Vergnügungssucht um sich.

So gab es auf allen Seiten Unzufriedenheit. Das deutsche Volk fühlte sich nicht mehr als Einheit.

Der Haß gegen die Reichen, die angeblich alles besitzen und über große Vorräte verfügen sollten, schwoll von Monat zu Monat mehr an. Die ungeschickte Zensur, die den Ausdruck dieser Unzufriedenheit mit harter Hand zurückhielt, steigerte die gereizte Stimmung nur noch mehr. Mit höhnischen Bemerkungen wiesen die sozialdemokratischen Zeitungen auf die hohen Dividenden vieler industriellen Unternehmungen hin. Die Beschlagnahme vieler Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, wie der Türdrücker, der messingnen Gardinenstangen, der Blitzableiter auf dem Hause, trugen den Unmut auch in die Bürgerkreise. Das Tun und Treiben der Kriegsgesellschaften gab viel Anlaß zu berechtigter Kritik. Mit Recht oder Unrecht wurden deren Angehörige beschuldigt, daß sie vielfach zunächst für sich und ihre Freunde sorgten. Die Haussuchungen auf dem Lande, die Böden und Betten nicht verschonten, reizten die Bauern. Am 17. Juli rief der Herr von Oldenburg, der durch seine drastischen Redewendungen bekannte Agrarier, auf einer Landwirtschaftlichen Versammlung in Westpreußen aus: „Raus aus diesem Zuchthaus!“

Diese vielen kleinen und großen Rinnsale, in denen sich der Unmut und die Klagen ergossen, wuchsen in ihrer Gesamtheit zu einem breiten Strom. Die Hauptursache aller Unzufriedenheit blieb aber: der Egois-

mus und die Geldgier auf der einen Seite erzeugten stets wachsende Erbitterung auf der anderen. Der harte militärische Druck, die Diktatur, unter der der einzelne dahinlebte, riefen um so lebhafter den Wunsch nach freier Betätigung des Individuums wach. Auch in der Heimat gingen verbotene Flugblätter von Hand zu Hand und verfehlten nicht ihre Wirkung. Die russische Botschaft in Berlin, vertreten durch Herrn Joffe, trieb unter den Augen der Regierung eine ausgedehnte Propaganda für die Verbreitung der bolschewistischen Ansichten. Erst als es viel zu spät war, entdeckte sie die Regierung und schritt dagegen ein. Am 4. November wurden in Berlin im Gepäck eines aus Moskau eintreffenden Kuriers der Sowjetregierung Flugblätter in deutscher Sprache gefunden. Sie riefen die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auf. Eines der Flugblätter trug die Unterschrift der Gruppe „Internationale". Es enthielt einen Aufruf zum Revolutionskampf. Ein zweites gab nähere Anweisungen für diesen Kampf und forderte zum Meuchelmord und Terror auf. Die Regierung brach daraufhin am 5. November die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung ab. Wahrscheinlich erkannte sie in diesen Tagen, wie weitverzweigt die bolschewistische Propaganda in Deutschland war. Am 6. November hob die Regierung ein Bolschewistennest in Düsseldorf auf. Unter der Firma einer russischen Telegraphenagentur waren von hier aus aufwieglerische Flugblätter unter der Arbeiterschaft der industriellen Betriebe des Düsseldorfer Bezirks verbreitet worden. Zwei Flugblätter mit den Titeln: „Arbeiter, aufgewacht!" und: „Genossen! Arbeiter!", von denen sich zahlreiche Exemplare im Gepäck des russischen Kuriers fanden, wurden mit anderen Flugblättern aufreizenden Inhalts in 30000 Exemplaren bei einem Bäckergesellen in Duisburg entdeckt. Im Oktober waren diese Flugblätter in der Elberfelder Gegend nachts über die Eingangstore der Fabriken geworfen und unter die Haustüren geschoben worden. Ebenso geschah ihre Verbreitung in den Arbeiterkreisen Solingens, Kölns, Stuttgarts, hier besonders in den Daimler-

werken, in Düsseldorf und Berlin. Außer diesen Flugblättern gingen die Druckschriften: „Die Wahrheit", „Lichnowsky", „Ein zweiter Mühlon-Brief", „Das Glück der Zukunft: Ein Friedensbund freier Völker" und „Beerfeldes zweiter Kaiserbrief" in deutschen Arbeiterkreisen, aber auch bei vielen Gebildeten, trotz aller Aufmerksamkeit der Zensur und aller Wachsamkeit der Behörden, von Hand zu Hand. Besonderen Eindruck machte der etwas pathetische Ton Beerfeldes. Mit seiner Behauptung: „Wir sind nicht, wie Euere Majestät wiederholt vor aller Welt sagte, mitten im Frieden von tückischen Feinden überfallen." „Für jeden, der sehen will, liegen die Dinge nahezu umgekehrt. Millionen blühender Menschenleben sind also einem verruchten Wahn auf allen Seiten geopfert," fand er viel Beifall. Die Unabhängigen, die sich von der Sozialdemokratischen Partei losgelöst hatten, weil sie den Krieg als für Deutschland verderblich bekämpften, benutzten die Stimmung, um in den Arbeitermassen immer mehr Anhängerschaft zu gewinnen und sie zum bewaffneten Losschlagen zu drängen. Seit Mitte des Jahres 1916 bestand bei einigen ihrer Mitglieder der Plan, durch eine Revolution die bestehende Regierung zu stürzen. Nach dem Januarstreik 1918 gewann der Plan bestimmtere Form. Energisch traf man die Vorbereitungen. Besonders war der Unabhängige Barth in dieser Hinsicht tätig. In größerem Umfang kaufte er Waffen auf. Das Geld dafür stammte zum Teil von dem Vertreter der russischen Sowjetregierung Joffe. In einem Funkspruch vom Dezember 1918 erklärte dieser, mehrere hunderttausend Mark dafür hergegeben zu haben. So drängte auch in der Heimat alles auf einen Umsturz der Dinge hin. Im engeren Kreise erst und dann im weiteren wagte sich die Kritik immer unverhüllter hervor. Im Sommer 1918 sprach man schon unverblümt von der Verjagung der deutschen Fürsten und der Einführung einer deutschen Republik. Die Stimmung im Lande war weithin so, wie sie einmal ein niederer Bahnbeamter mir gegenüber ausdrückte: „Wer mich regiert, ist mir ganz egal, und wenn es der Schah

von Persien ist; wenn ich nur genug zu fressen habe.“ Schon kam es vor, daß bei der Vorführung patriotischer Filme im Kino gepfiffen und deren Beseitigung verlangt wurde.

Die Regierung war sich über den Ernst der Lage und die Stimmung im Volke durchaus klar. Mit ausgedehnter Propagandatätigkeit suchte sie ihr zu begegnen. Die Einwirkung auf die Truppen geschah durch den sogenannten vaterländischen Unterricht. Bei den einzelnen Truppenteilen war mit ihr ein Unterrichtsoffizier betraut, dem oft ein ausgedehnter Stab von Mitarbeitern zur Seite stand. Durch Plakate und Flugschriften, durch Zeitungsartikel und Vorträge suchte er die Truppen zu belehren. Ein reiches Lager von Filmen, von Apparaten und Anschauungsgegenständen, die verliehen werden konnten, ein Verzeichnis erfolgreicher Wanderredner standen ihm zur Verfügung. Keine Kosten wurden für die Zwecke der Aufklärung gescheut. Mit ähnlichen Mitteln suchte man in der Heimat zu wirken. In den einzelnen Städten gewann man Vertrauensleute und Redner. Die Kinos wurden oft durch gelinden Zwang genötigt, kriegerische und Propagandafilme in ihr Programm aufzunehmen. Auch hier suchte man durch Verbreitung von Plakaten und aufklärenden Schriften auf die öffentliche Meinung Einfluß zu gewinnen.

Vielleicht wäre diesen Anstrengungen ein Erfolg beschieden gewesen, wenn die im Westen am 21. März begonnene Offensive Erfolg gehabt hätte. In ihrem Scheitern liegt die erste Ursache zur Revolution. Der militärische Mißerfolg übte eine Nachwirkung der unheilvollsten Art auf Heer und Heimat aus. Ein Anflug der Begeisterung von 1914 war durch das ganze Volk gegangen, als im Frühjahr 1918 die Offensive im Westen einsetzte. Durch alle Kreise ging ein Raunen von Sieg und nahender, glücklicher Entscheidung des Kriegs. Man setzte seine Hoffnung auf die aus dem Osten herbeigeholten Truppen und auf die langsame und sichere Wirkung des Unterseebootkrieges. Über die Stärke der amerikanischen Hilfe war man im Unklaren. Man

glaubte, die Entscheidung werde sich erzwingen lassen, ehe größere Truppenverbände der Amerikaner in Frankreich gelandet waren. Die Heeresverwaltung tat nichts, um diesem Glauben entgegenzutreten. Im Gegenteil. Als der Unterstaatssekretär von Kühlmann am 24. Juni 1918 im Reichstag den Ausspruch tat, durch rein militärische Entscheidungen lasse sich allein ein absolutes Ende kaum erwarten, erregte das im Großen Hauptquartier das größte Unbehagen. Die Rede Kühlmanns war sicher mit daran schuld, daß er am 9. Juli 1918 seinen Abschied nehmen mußte. Die oberste Heeresleitung scheint tatsächlich den verhängnisvollen Fehler begangen zu haben, Stärke und Bedeutung der amerikanischen Hilfskräfte zu gering eingeschätzt zu haben. Die Offensiven waren ein Vabanque-Spiel. Die Kräfte waren auf deutscher Seite für eine Offensive großen Stils zu schwach. Man erreichte achtenswerte Erfolge: Geländegewinn über Noyon und Montdidier hinaus, eine Gefangenenzahl von 70000, eine Geschützbeute von 1100 Stück, aber man durchbrach die feindliche Front nicht. Man erzwang keine Entscheidung. Der Vorstoß kam vor Amiens zum Stehen. Es glückte nicht, diesen wichtigen Punkt zu nehmen, und noch weniger gelang es, wie viele geträumt hatten, an den Kanal vorzudringen. Die zweite Offensive, westlich von Lille, die am 9. April einsetzte, brachte gleichfalls keine Entscheidung. Ebensowenig eine dritte, die am 26. Mai südlich von Laon aus begann und die deutschen Truppen im Lauf einer Woche bis zur Marne und darüber hinaus führte. Ein weiterer Vorstoß von Noyon aus, am 9. Juni, brachte die deutschen Truppen bis in die Nähe von Compiegne, aber nicht, wie viele Heimatstrategen hofften, bis Paris. Die öffentliche Meinung fing an, sich zu beunruhigen. Sie wurde damit getröstet: sei kein Durchbrechen der feindlichen Front erreicht worden, so doch ein Aufbrauchen aller dem Feinde zur Verfügung stehenden Reserven. Für einen letzten Endkampf habe der Feind nicht mehr genug Truppen zur Verfügung. Der Kriegsminister von Stein versicherte am 11. Juni im Reichstag: „Die sogenannte

Fochsche Reserve-Armee besteht zur Zeit überhaupt nicht mehr.“ Mit der größten Spannung sah man darum dem letzten Offensivstoß entgegen. Die Freude über das bisher Erreichte erfuhr allerdings eine schwere Beeinträchtigung durch den Mißerfolg der am 15. Juni einsetzenden österreichischen Offensive in Italien. Die Österreicher überschritten die Piave, wichen dann aber wieder über den Fluß zurück. Es war kein gutes Vorzeichen für den vierten deutschen Stoß am 15. Juli bei Reims und an der Marne. Die deutschen Truppen gelangten in breiter Front auf das Südufer der Marne, aber östlich Reims scheiterte die Offensive. Die feindlichen Truppen wichen hier dem deutschen Vorstoß aus.

Und nun setzte am 18. Juli ein Gegenangriff großen Stils von seiten der Feinde ein. Mit unerhörter Wucht dauerte er Tag um Tag, Woche um Woche fort. Die deutsche Heeresleitung sah sich genötigt, dauernd zurückzuweichen und den Erfolg all ihrer so laut gerühmten Offensiven daran zu geben, ja sie wich noch über die im Frühjahr 1918 innegehabte Linie zurück. Der Angriff des Feindes kam nicht ins Stocken. Seine Reserven waren unerschöpflich. Die Wirkung der feindlichen Offensive für Heer und Heimat war niederschmetternd. Tiefes Mißtrauen gegen die Heeresleitung griff um sich. Gerade weil immer wieder versichert worden war, die Reserven des Feindes seien aufgebraucht, die Amerikaner spielten keine Rolle, war man auf einen Angriff von dieser Wucht nicht gefaßt. Jetzt mußte die Heeresleitung zugeben, die Amerikaner ständen in beträchtlicher Stärke in Frankreich. Es stellte sich heraus, es waren tüchtige Truppen, aufs beste ausgerüstet. Die Angriffe erfolgten überdies mit einer Überzahl gepanzerter Tanks. Die deutschen Truppen waren gegen sie zunächst völlig wehrlos. Ihre Linien wurden durch die gepanzerten Ungetüme stets von neuem überrannt. Ebenso ungünstig für die Deutschen war die Überzahl der feindlichen Flieger. Das Verhältnis der feindlichen Flieger zu den deutschen war an manchen Stellen 15 zu 1. Tag und Nacht ließen sie den deutschen Truppen keine Ruhe.

Das Mißbehagen setzte sich gleich in lebhafte Kritik um. Besonders wurde die Arbeiterschaft unruhig. Mit Schrecken sah sie einem fünften Kriegswinter entgegen. Schon am 3. Juli hatte Scheidemann im Reichstag unter dem Lärm der Rechten erklärt: „In den Massen herrscht eine aufs höchste gesteigerte Erbitterung. Es gibt nur eine Stimme: Schluß. Selbstverständlich nur ein Schluß in Ehren.“ In Rücksicht auf die Stimmung der Massen hatte die Sozialdemokratie damals den Etat abgelehnt. Der linke Flügel der Sozialdemokratie, die Unabhängigen und die noch weiter links stehende Spartakusgruppe, gewannen durch ihr systematisches Eintreten für den Frieden in der Arbeiterschaft immer mehr Anhänger.

Den Versicherungen Ludendorffs am 21. Juli 1918: der deutsche strategische Angriffsplan sei nicht geglückt, die oberste Heeresleitung sei aber nach wie vor zuversichtlich, schenkte man keinen rechten Glauben mehr; ebensowenig der Botschaft des Kaisers, am 1. August, die die Versicherung enthielt: „Wir wissen, daß das Härteste hinter uns liegt.“ Die Erfolge der Feinde übten auf die Deutschland verbündeten Staaten, Österreich, Bulgarien und die Türkei, eine nicht in diesem Maß erwartete Rückwirkung aus. Am 13. August begab sich der österreichische Kaiser in das deutsche Hauptquartier. Es kam den Tag darauf zu eingehenden Besprechungen. Die schwierige Lage Österreichs muß dabei zur Sprache gekommen sein. Die leitenden Staatsmänner sahen sich jedenfalls veranlaßt, um die Stimmung im Lande zu heben, eine rednerische Offensive großen Stils zu beginnen. Am 20. August sprach der Unterstaatssekretär Solf. Er betonte, die kriegführenden Nationen müßten zum Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgaben zurückerwachen. Am 22. August folgte Prinz Max von Baden mit einer Rede. Er hielt sie aus Anlaß der Jahrhundertfeier der badischen Verfassung. Er wies darauf hin, alle diejenigen, die das ferne Ziel der miteinander verbündeten Völker ehrlich im Herzen trügen, sollten nicht den Glauben an ihre große Hoffnung verlieren. Die fortgehenden Angriffe

der Engländer, die namentlich Ende August immer energischer wurden, und die sich Anfang September immer deutlicher gegen Cambrai richteten und eine neue Frontverkürzung nötig machten, dienten nicht dazu, den Reden weiteres Echo zu verschaffen. Am 4. September erließ Hindenburg eine Kundgebung. Er warnte darin vor dem Inhalt der feindlichen Flugblätter. Seine Meinung ging dahin: „Wir haben im Osten den Frieden erzwungen und sind stark genug, es auch im Westen zu tun, trotz der Amerikaner." Die Kundgebung schloß mit den Worten: „Wehre dich, deutsches Heer und deutsche Heimat!" In ähnlicher Weise sprach sich Ludendorff am 5. September aus: „Wir sind mit der russischen Dampfwalze fertig geworden und werden auch mit den Amerikanern fertig werden." Der Kronprinz äußerte in den gleichen Tagen: „Das Wort Sieg darf nicht so verstanden werden, daß wir den Feind vernichten wollen, sondern nur so, daß wir uns behaupten und nicht unterkriegen lassen." Der frühere österreichische Minister Czernin veröffentlichte am 8. September in der „Neuen Freien Presse" einen Artikel mit der Überschrift: „Abrüstung und Schiedsgericht" und trat darin für beides ein. Am auffälligsten von allen diesen Reden war die des Kaisers in Essen am 11. September. Bei einem Besuch der Kruppschen Werke hielt er sie an die Arbeiter. Sie bewies, wie gut man in den Kreisen der Regierung über den Stimmungsumschlag im Bürgertum und in der Arbeiterschaft unterrichtet war, und wie ernst man ihn nahm. Die Ansprache ist voller Pathetik. Sie ist ganz erfüllt von der bei dem Kaiser üblichen landesväterlichen Auffassung seines Berufes. Auch er unternimmt den Kampf gegen Flaumacherei, gegen die umlaufenden Gerüchte. „Weil unsere Feinde einsehen, daß sie unser Heer und unsere Marine nicht niederzwingen können, deshalb versuchen sie es mit der Zersetzung im Innern, um uns mürbe zu machen, durch falsche Gerüchte und Flaumacherei. Das kommt nicht aus den Kreisen des deutschen Volkes, das sind künstliche Machwerke." Er erinnerte die Arbeiter an seine Worte vom 4. August

1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche." Er nahm die Kruppschen Arbeiter gleichsam als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft und rief ihnen zu: „Wer das Herz an dem rechten Fleck hat, wer die Treue halten will, der stehe jetzt auf und verspreche mir an Stelle der gesamten deutschen Arbeiterschaft: Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum letzten." Das Ja erfolgte, aber es war eine schwere Täuschung, wenn er meinte, dieses Ja richte die gesamte deutsche Arbeiterschaft an ihn. Sie war durchaus anderer Meinung. Der Appell, mit dem der Kaiser schloß: „Jetzt heißt es: Deutsche, die Schwerter hoch, die Herzen stark und die Muskeln gestrafft gegen alles im Kampfe was gegen uns steht, und wenn es noch so lange dauert," fanden bei ihr kein Echo. Ebensowenig war das mit der Rede des Vizekanzlers Payer in Stuttgart am 12. September der Fall. Auch er wollte sich an die Adresse des Volkes wenden und den Ursachen der gedrückten Stimmung auf den Grund gehen. Daß die Lage schwer sei, gab er zu. Doch schien sie ihm nicht verzweiflungsvoll. Die Hauptsache sei, daß kein innerlicher Zusammenbruch erfolge. Berechtigte Forderungen müßten erfüllt werden. Er versprach energisches Handeln der Regierung im Punkt der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Aber wer dachte jetzt noch an sie! Die Wünsche der Massen in Preußen und im Reich gingen über die zugesagte Erweiterung des Wahlrechts längst hinaus. Nach der Osterbotschaft des Kaisers vom 7. April 1917 hätte ein energisches Vorgehen der Regierung, hätte ein kluges Nachgeben der rechts stehenden Parteien die Massen gewinnen können. Jetzt war es dafür zu spät. Alles, was liberal dachte, war des endlosen Verhandelns, war des Feilschens um jedes Zugeständnis müde. Es rächte sich, daß der günstige Augenblick versäumt worden war. Die Konservativen hatten dadurch eine schwere Schuld auf sich geladen. Im Bestreben, sich ihre durch Jahre behauptete Macht im preußischen Landtag zu sichern, verloren sie bei den Massen jede Sympathie. Diese verlangten jetzt immer

drohender nach der Beseitigung der verhaßten Junkerherrschaft. Sie sahen in ihr mit Recht oder Unrecht das eigentliche Friedenshindernis.

So blieb die gedrückte und Unheil kündende Stimmung. Der Friedensschritt, den Österreich am 14. September unternahm, stärkte sie nur. Österreich lud die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes ein. Allgemein faßte man diesen Schritt Österreichs als das Eingeständnis eines nahen Zusammenbrechens auf. Es blieb unklar, wie weit die Berliner Regierung von dem Schritt Österreichs unterrichtet worden war. In den Kreisen der Konservativen erregte das Vorgehen Österreichs arge Verstimmung. Aber auch die Mehrheitsparteien waren mit des Reichskanzlers Hertling Politik unzufrieden. Es herrschte in ihren Kreisen Mißtrauen gegen die Regierung. Man brachte die Reden der Staatsmänner und den Schritt Österreichs miteinander in Verbindung. Man fragte, warum man nicht unterrichtet worden sei. Man fühlte in den Kreisen der Mehrheitsparteien durchaus den Ernst der Lage. Allen war klar, daß unter Umständen vom Volk erneute große Opfer gefordert werden müßten. Das aber konnte, nach der Meinung der Mehrheitsparteien, vor allem der Mehrheitssozialisten, nur geschehen, wenn das Volk viel ausgedehnter als bisher Anteil an der Regierung erhielt. Es wurde Parlamentarisierung der Regierung im Reich und in den Einzelstaaten gefordert, Prüfung der Politik unabhängig vom Großen Hauptquartier. Die Liberalen wünschten den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung. Sie sollten dadurch für die Handlungen der Regierung mit verantwortlich werden. Die Sozialdemokratie war nicht abgeneigt, in eine neu zu bildende Regierung einzutreten. Vorbedingungen aber dafür waren ihr die Aufhebung des § 9 der Verfassung des deutschen Reichs, der bestimmte, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein könne, und der Eintritt von mehreren Sozialdemokraten in die Regierung, außerdem Besetzung eines der wichtigsten

politischen Ressorts — es wurde an das Staatssekretariat des Innern gedacht — mit einem Parteiangehörigen. In erster Linie kam Ebert dafür in Betracht. Am 24. September veröffentlichte der „Vorwärts“ die Bedingungen der Sozialdemokratie für den Eintritt in die Regierung. Er bezeichnete sie als Minimalprogramm. Die Sozialdemokraten forderten das Bekenntnis der Regierung zur Reichstagserklärung vom 19. Juli 1917, das hieß Bekenntnis zu einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen; einwandfreie Erklärungen über Belgien; Revidierung der im März mit Rußland und Rumänien erfolgten Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest; Autonomie Elsaß-Lothringens; für alle Bundesstaaten allgemeines, gleiches und geheimes und unmittelbares Wahlrecht, Auflösung des preußischen Landtags; Regierungsvertreter aus der Parlamentsmehrheit; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; völlige Versammlungs- und Preßfreiheit; Zensur nur in militärischen Dingen.

Wie hätte sich aber mit diesen Forderungen der Reichskanzler Hertling einverstanden erklären können? Seiner konservativen Vergangenheit nach mußte ihm der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung höchst unsympathisch sein. Die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung und die Autonomie Elsaß-Lothringens hatte er früher abgelehnt. Die Sozialdemokratie machte ihm ferner sein zögerndes Vorgehen in der preußischen Wahlrechtsfrage zum schweren Vorwurf. Am 23. September erklärte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Meerfeld in Köln, es sei eine radikale Umgestaltung der Regierung nötig; Hertling sei nicht der Mann, der mit dem preußischen Polizei- und Obrigkeitsstaat brechen werde. Die Sozialdemokratie werde niemals in die Regierung treten, solange ein System Hertling am Ruder sei.

So blieb nur eins übrig, falls man die Sozialdemokratie zur Regierung mit heranziehen und durch sie der Masse des Volks sich versichern wollte, und das schien bei der ernsten Gestaltung der Dinge auch weiten liberalen Kreisen immer stärker notwendig, ein Wechsel in der

Person des Reichskanzlers. Die Rede des Reichskanzlers in der Sitzung am 24. September enttäuschte allgemein. Man hatte ein Eingehen auf die Fragen des Tages erwartet, statt dessen behandelte er die wiederholt erörterte Schuldfrage am Ausbruch des Krieges. Hertling war nicht mehr der Unterstützung seiner eigenen früheren Fraktionskollegen sicher. Der Zentrumsabgeordnete Gröber beklagte den Zwiespalt zwischen Zivilleitung und den Auffassungen gewisser militärischer Stellen. Die Klagen über Mißgriffe der Zensur und Übergriffe der militärischen Behörden häuften sich. Hertling sah sich am 26. September gezwungen zu versprechen, daß bei dem nächsten Zusammentritt des Reichstags im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Änderung eingetreten sein werde.

Die Entwicklung der Dinge verlief aber schneller, als er bei der Abgabe dieser Versicherung ahnte. Wieder waren es Ereignisse der äußeren Politik, die diese rasche Entwicklung herbeiführten. Am 25. September machte der bulgarische Ministerpräsident Manilow der Entente ein Waffenstillstandsangebot. Jeder Politiker in Deutschland war sich über die ernsten Folgen eines solchen Waffenstillstandsangebotes klar. Es beraubte Deutschland und Österreich der direkten Verbindungen mit der Türkei. Es mußte auf Rumänien unheilvolle Rückwirkung ausüben. Zunächst glaubte man in Berlin und Wien, noch sei nicht alles verloren. Man stellte Bulgarien deutsche und österreichische Waffenhilfe in Aussicht. Auf die ihm gemachten Anträge ging Bulgarien jedoch nicht ein; am 29. September schloß es den Waffenstillstand mit der Entente ab.

Unter dem Eindruck dieser Nachricht trat der Ausschuß der Mehrheitsparteien am Nachmittag des 28. Septembers zusammen. Der Kanzler war zur Reise ins Große Hauptquartier entschlossen. Er war über seine eigene Lage durchaus noch nicht im Klaren. Am Nachmittag einigte sich nun der Ausschuß dahin, die Abänderungen des Artikels 9 der Reichsverfassung und eine Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen zu fordern. Das bedeutete das Verlangen nach Hertlings

Rücktritt. Hertling erklärte nach Mitteilung dieses Beschlusses, er werde dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch unterbreiten.

Hertling so gut wie die Reichstagsmitglieder waren sich dessen bewußt, daß Deutschland schweren Zeiten entgegenging; auch dessen, daß man die Mitarbeit der Massen nicht entbehren und die Sozialdemokratie in die Regierung aufnehmen müsse, um durch sie der Massen sicher zu sein. In diesem Sinn berichtete Hertling dem Kaiser. Es kam darauf zum Erlaß des Kaisers vom 30. September. Er willigte in Hertlings Entlassung ein und fügte hinzu: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung."

Als Nachfolger Hertlings kamen zwei Männer in Betracht, Payer und Prinz Max von Baden. An Payer als Nachfolger dachten zunächst die Mehrheitsparteien. Hertling schlug Prinz Max von Baden vor. Der Kaiser entschied sich für Max von Baden. Am 1. Oktober traf dieser in Berlin ein. Er brachte ein inner- und außerpolitisches Programm mit. Auch die Mehrheitsparteien traten ihm mit einem solchen entgegen.

Prinz Max von Baden sah den Krieg als für Deutschland verloren an. Er wollte nur dahin streben, für Deutschland erträgliche Friedensbedingungen zu erzielen. Dieser Gesichtspunkt bestimmte sein außer- und innerpolitisches Programm. In der äußeren Politik bekannte er sich zu Wilsons Gedanken vom Völkerbund. Er hoffte dadurch die Unterstützung amerikanischer, englischer und französischer Kreise zu gewinnen. In der inneren Politik betrachtete er als seine Hauptaufgabe, innere Erschütterungen, vor allen Dingen einen gewaltsamen Umsturz, zu verhüten. Bürgertum und Arbeiterschaft hoffte er zu gemeinsamer Arbeit gewinnen zu können.

Das sollte erreicht werden durch Verstärkung der Befugnisse des Reichstags und Ausschaltung der bis-

her geltenden militärischen Diktatur. Diese sollte dazu gebracht werden, sich freiwillig unterzuordnen. Durch den Ausbau der verfassungsmäßigen Einrichtungen hoffte der Prinz innere Erschütterungen vermeiden zu können, die Deutschland bei einem Friedensangebot den Feinden wehrlos überliefert hätten. Seine Politik wurde ihm unmöglich gemacht durch das Eingreifen Ludendorffs. Am 1. Oktober forderte dieser in einem Telegramm aus dem Hauptquartier ein Waffenstillstandsangebot an die Feinde binnen 24 Stunden. Ludendorff hielt die militärische Lage für so gefährdet, daß er darauf unbedingt bestehen zu müssen glaubte. Es war ein Nervenzusammenbruch von den verhängnisvollsten Folgen. Hatten die gescheiterten Offensiven die Stimmung für die Revolution vorbereitet, so bahnte dieses Telegramm der Revolution den Weg. Dieses Waffenstillstandsangebot war das Signal zum Zusammenbruch draußen und daheim.

Das Waffenstillstandsangebot wurde dem Prinzen fertig vorgelegt, als er in Berlin eintraf. Es kam im Kronrat am Nachmittag des 2. Oktobers zur Sprache. Mit Recht wehrte sich der Prinz leidenschaftlich dagegen, es auszuführen. Er war sich über dessen verhängnisvolle politische Wirkung klarer als die Militärs. Niemand von den Feinden hielt Deutschland bis jetzt für so schwach, daß es einen solchen Schritt unternehmen mußte. Vor allem aber in der Heimat war niemand auf einen solchen Vorschlag vorbereitet. Ludendorff selbst hatte durch seine täglichen Heeresberichte, durch seine Aussprüche, durch seine Anweisungen an die Presse das Volk in Sicherheit gewiegt. In großem Vertrauen schaute es in seiner Mehrzahl zu seinen Heerführern auf. Es empfand das Zurückweichen der Front als demütigend und bitter, aber es traute seinem Heer und seinen Führern die Kraft zu weiterem energischen und siegreichen Widerstande zu. Ja, weithin gab es noch Kreise, die in dem Zurückweichen eine List Hindenburgs sahen und glaubten, im gegebenen Augenblick werde er wieder zur Offensive übergehen.

Prinz Max mußte wider Willen nachgeben. Die Militärs drohten, daß, wenn er sich weigere, das Waffenstillstandsangebot herauszubringen, die alte Regierung es übernehmen müsse. Der Prinz schlug vor, statt des Waffenstillstandsangebots ein detailliertes Kriegszielprogramm aufzustellen. Es sollte darlegen, daß die deutsche Regierung willens sei, die Wilsonschen Grundsätze anzunehmen. Aber der Prinz drang damit nicht durch. Am 3. Oktober wurde er zum Reichskanzler ernannt. In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober sandte er durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Note, in der er ihn bat, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note erklärte, sie nähme das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßrede vom 8. Juni 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Dieses Programm enthielt 14 Punkte. Darin befand sich auch die Zusicherung, daß Polen innerhalb seiner Grenzen hergestellt und den freien Zugang zum Meer erhalten solle.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebotes auf das Ausland wie auf das Inland rechtfertigte die schlimmsten Befürchtungen des Prinzen. Im Inland stand das Bürgertum völlig fassungs- und führerlos da. Alle, die bisher der Regierung unbedingt vertraut hatten, fragten sich: Sind wir bewußt alle die Jahre hindurch getäuscht und belogen worden, oder wußten es die militärischen Machthaber selber nicht besser? Und war das der Fall, wie konnten sie bei einem solchen Mangel an Voraussicht, bei einer solchen falschen Einschätzung der Lage an der Spitze bleiben?

Das Ausland nahm die Botschaft als ein Geständnis des Zusammenbruchs Deutschlands auf. Mit einem Schlag verschwanden die so oft gepredigten Grundsätze eines gerechten, eines Verständigungsfriedens, einer wahrhaften Begründung des Völkerrechts aus den Spalten der feindlichen Zeitungen. In Frankreich, Eng-

land und Italien triumphierten die ärgsten Kriegshetzer. Sie rieten von jedem Entgegenkommen ab. Sie hofften Deutschland völlig niederschlagen und ihm diktatorisch die Friedensbedingungen aufzwingen zu können. Sie waren dafür, die Antwort auf das Waffenstillstandsangebot, koste es, was es wolle, hinauszuzögern. Auch in Amerika erhielt diese Stimmung das Übergewicht. Der Präsident mußte aus parteipolitischen Gründen darauf Rücksicht nehmen. Für den 4. November standen die Kongreßwahlen in Aussicht. Wilsons Gegner, die Republikaner, benutzten das deutsche Waffenstillstandsangebot sofort als dankbares Agitationsmittel. Sie brandmarkten seine Politik als eine Politik der Schwäche.

Bange Tage der Erwartung vergingen. Erst am 9. Oktober wurde die Wilsonsche Antwort bekannt. Sie ging auf die deutschen Forderungen gar nicht ein. Sie enthielt nur eine Reihe von Fragen. So die: Ob der Kanzler zu sagen wünsche, daß die deutsche Regierung rückhaltlos die von Wilson aufgestellten Grundsätze annehme, oder ob der Zweck der Besprechung nur der sein solle, über die praktische Anwendung der Einzelheiten zu reden. Ferner: Ob die Zentralmächte bereit seien, sofort alle ihre Streitkräfte aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, und schließlich: Ob der Kanzler für die verfassungsmäßigen Behörden des Reiches spräche, die bis jetzt den Krieg geführt hätten.

Wilson warf so sehr geschickt eine innerpolitische Frage in die Debatte. Er drang augenscheinlich auf eine Änderung der bestehenden deutschen Verfassung. Am 12. Oktober, nach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden militärischen Stellungen, erfolgte die deutsche Antwort: Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen sei lediglich der, sich über praktische Einzelheiten der Anwendung der Wilsonschen Sätze zu verständigen. Man setze von seiten Deutschlands voraus, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte Wilsons Programm annähmen. Im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn sei Deutschland bereit, zur Herbeiführung eines

Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Eine gemischte Kommission möge die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen treffen. Die jetzige deutsche Regierung sei gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. Schon am 14. Oktober erfolgte Wilsons Antwort. Sie war keineswegs ermutigend. Der Ton klang abweisender als in der früheren Note. Zugleich stellte Wilson neue Forderungen auf. Die Fragen der Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes sollten Sache der militärischen Berater der amerikanischen und der alliierten Regierungen sein. Nur solche Abmachungen könnten angenommen werden, die die bestehende militärische Überlegenheit der amerikanisch-alliierten Heere im Felde aufrecht erhielten. Die deutschen Truppen wurden angeklagt, sie führen fort, in barbarischer und unmenschlicher Weise zu kämpfen. Die Unterseeboote versenkten nach wie vor Passagierschiffe, und die deutschen Truppen leisteten sich auf ihrem erzwungenen Rückzuge nutzlose Verheerungen. Vor allem verlangte Wilson die Berücksichtigung einer von ihm am 1. Juli 1918 erhobenen Forderung. Er habe damals gesagt: „Wir verlangen die Vernichtung jedweder militärischen Macht, wo sie auch besteht, die allein, im geheimen und aus einem einzelnen Willen heraus den Frieden der Welt stören kann, und wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, diese Macht zu vernichten, soll sie wenigstens zu tatsächlicher Machtlosigkeit zurückgebracht werden.“ Die Macht, die bisher das Schicksal der deutschen Nation verwaltet habe, sei eine von den Mächten, die der Präsident hier gemeint habe. Es liege in der Macht der deutschen Nation, dies zu ändern. Der Frieden könne nur durch das Auftreten des deutschen Volkes selbst herbeigeführt werden. Er hänge ab von den Garantien, die in dieser Hinsicht gegeben werden könnten; die Regierungen müßten wissen, mit wem sie es zu tun hätten.

Der Präsident stellte damit die Frage der Abdankung des Kaisers zur Diskussion. Sie erregte sogleich, wie

er es wohl beabsichtigt hatte, den heftigsten Zwiespalt der Meinungen. Jedermann wußte, was der Präsident wollte, aber keiner sprach es zunächst offen aus. Der Kaiser erschien der Mehrheit des Volkes als die Verkörperung der Reichseinheit. Er war der Träger der Kommandogewalt; ihm hatten die Offiziere Treue geschworen. In der Verwirrung, die einzubrechen drohte, schien er der einzige feste Punkt, von dem Ordnung ausgehen könne. Der Kaiser selbst erwog den Gedanken der Abdankung. Aber einflußreiche Kreise in seiner Umgebung brachten ihn davon ab. Für Augenblicke traten Vorschläge hervor, die zum Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und die zur Militärdiktatur rieten. Die Front hatte sich trotz aller wütenden Anstürme des Feindes durch überragende Tapferkeit des Heeres gehalten. Sie erschien Ludendorff nicht mehr so gefährdet, als nach seinem übereilten Telegramm vom 1. Oktober. Er glaubte einen längeren Widerstand des Heeres in Aussicht stellen zu können. Wenn man Verstärkungen an die Front warf, wenn man entschlossen war, das ganze Land zur Verteidigung aufzurufen, dann ließ sich dem Anstürmen des Feindes begegnen.

Zwischen diesen zwei Wegen: weiteres Verhandeln mit Wilson, wie es die Mehrheitsparteien, namentlich die Sozialdemokratie forderten, und Aufrichten der Militärdiktatur, wie es in vielen Kreisen des Militärs vertreten wurde, blieb dem Kanzler die Wahl.

Prinz Max von Baden bebte vor dem zweiten Wege zurück. Ihn zu beschreiten, wäre eine Verleugnung seiner selbst gewesen. Er hielt dafür, es bedeute die Proklamierung des Umsturzes in Deutschland. Er hatte Vertreter der Sozialdemokraten und des Zentrums in sein Ministerium aufgenommen. Sie blieben nur, wenn er weiter verhandelte. Aus innerer Überzeugung, und weil er es für Deutschlands Heil für geboten hielt, entschied er sich für den ersten Weg. Er glaubte Wilson genug entgegenzukommen, wenn er eine tatsächliche Verringerung der bisherigen kaiserlichen Machtbefugnisse erreichte. Am 15. Oktober stimmte der Bundesrat einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11

der Reichsverfassung zu. Danach war künftig zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reiches die Zustimmung des Bundestags und des Reichstags erforderlich. Das Gleiche sollte der Fall sein bei Friedensverträgen. Damit erhielt die Volksvertretung die volle Mitwirkung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden. Am gleichen Tage verordnete der Kaiser: Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter. Das bedeutete eine ganz wesentliche Einschränkung der Machtbefugnisse der Militärgewalten.

Es waren sehr wesentliche Bestimmungen der bisherigen Reichsverfassung, die so eine Änderung erfuhren. Die Parlamentarisierung des Reiches, die Annäherung seiner Verfassung an die der westlichen Demokratien, rückte um ein gut Stück vorwärts. All diese Maßnahmen übten sofort ihre Rückwirkung auf die einzelnen Bundesstaaten aus. Sie mußten versuchen, den Bau ihrer Verfassungen mit der umgestalteten des Reiches in Übereinstimmung zu bringen. Die für das Ganze gewährte größere Freiheit durfte von den Einzelstaaten nicht mehr verweigert werden. In Bayern, in Baden, in Sachsen und den anderen Bundesstaaten erhob sich der Ruf nach einer durchgreifenden Reform, nach einer Veränderung des Wahlrechts, nach einer Neubesetzung der Ministerien. Überall zeigten sich die Regierungen willig, diesem Verlangen zu entsprechen.

Freilich fehlte es nirgends an Widerspruch. Man empfand die Änderungen als von außen aufgezwungen, als demütigend. Man wollte eigener Herr im Hause sein. Aber war Deutschland dazu noch in der Lage? Wie sehr die verschiedenen Meinungen um die Herrschaft miteinander rangen, zeigte das lange Hinauszögern der Antwort an Wilson. Erst am 21. Oktober ward sie gegeben. Sie erklärte sich mit dem Wilsonschen Vorschlag betreffs der Räumung einverstanden und sprach nur die Erwartung aus, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der

Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sei.

Die deutsche Regierung protestierte dann gegen die den deutschen Truppen gemachten Vorwürfe. Sie versprach die Einstellung des Torpedierens von Passagierschiffen durch U-Boote. Sie gab dem Präsidenten Kenntnis von den grundlegenden Wandlungen im Wesen der deutschen Volksvertretung. Künftig werde keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen können, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Das Waffenstillstandsangebot gehe von einer Regierung aus, die, frei von jedem willkürlichen und verantwortlichen Einfluß, getragen werde von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

In der Reichstagssitzung vom 22. Oktober sprach sich der Prinz erneut für einen Rechtsfrieden und den Völkerbund aus. Wollten freilich die feindlichen Regierungen den Krieg, dann bleibe Deutschland keine andere Wahl, als sich zu wehren mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum Äußersten gehe. Das Ziel, dem er nachstrebe, sei die politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

Aber konnte man auf die Wirkung eines Appells an das Volk rechnen? Jeder, der die Stimmung im Volke kannte, hielt das für unwahrscheinlich. Das Volk in seiner Mehrheit verlangte nach Frieden, einerlei um welchen Preis. Die Note Wilsons vom 24. Oktober erklärte, daß sich der Präsident nicht mehr weigern könne, mit den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet seien, der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten. Allerdings müßten außerordentliche Sicherungen verlangt werden. Noch besitze das deutsche Volk keine Mittel, um zu befehlen, daß die deutsche Militärbehörde sich dem Volkswillen zu unterstellen habe. Die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter Kontrolle zu halten, sei noch nicht beschränkt. Die entscheidende Initiative liege noch immer bei denen, die bis jetzt die Herrscher von Deutschland gewesen. Die Nationen der Welt könnten

kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen, die bis jetzt die Herren der deutschen Politik gewesen seien. Beim Friedensschluß könne die Regierung der Vereinigten Staaten mit keiner andern Macht als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. Müsse man mit dem militärischen Meister und mit dem monarchischen Autokraten Deutschlands verhandeln, dann könne nicht von Friedensverhandlungen, sondern nur von Übergabe die Rede sein.

So kehrte die Forderung der Abdankung des Kaisers wieder. Mit Beflissenheit suchte die Regierung die Erfüllung der 14 Wilsonschen Punkte durchzuführen. Den Elsaß-Lothringern, den Polen und Dänen wurde die Erfüllung ihrer nationalen Ansprüche zugesagt. Freilich mit wenig Dank von deren Seite. Bei den Verhandlungen des Reichstags am 23. und 24. Oktober trat das recht zutage. Die Fremdvölker, gestützt auf Wilsons Erklärung, glaubten die geeignete Stunde gekommen, um sich gänzlich von Deutschland loszureißen. Wegen der Wilsonschen Note und des Betragens der Polen im Reichstag ging die heftigste Erregung durch das Land. In einer Entschließung der Rechten vom 24. Oktober hieß es: „In der heute veröffentlichten Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers und die Entlassung unserer Heerführer, die volle Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden gefordert. — — Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutung zurückweist. Die Sicherheit des Landes erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft. Heer und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen; noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feinde, der bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum Äußersten.“ Freiherr von Vietinghoff veröffentlichte durch Maueranschlag in Stettin einen Brief Hindenburgs, in dem es hieß, für das deutsche Volk gebe es nur zwei Wege: ehrenvoller Friede oder Kampf bis zum Äußersten. Sollte man ihn wagen? Noch einmal versuchte Ludendorff einzugreifen. Zum letzten

Mal. Er war für Nichtbeantwortung der Wilsonschen Note, für den Abbruch der angeknüpften Verhandlungen. Doch drang er mit seinen Ansichten nicht durch. Am Freitag, den 25. Oktober, fiel die Entscheidung gegen ihn. An diesem Tage unterzeichnete Ludendorff zum letzten Mal den Heeresbericht. Am 26. Oktober erhielt er seine Entlassung. Es war ein entscheidender Augenblick der deutschen Geschichte. Bis dahin war er der Diktator gewesen, eine Art Nebenkaiser. Sein Abschied bedeutete das Ende eines Systems. Die Kriegspartei unterlag. Aber mehr als das. Es war der Zusammenbruch des alten militärischen Preußens mit seinen ruhmreichen Traditionen. In Ludendorff sprach es sich in seinen Vorzügen und seinen Schwächen noch einmal charakteristisch aus. In seinen Vorzügen: der selbstlosen Hingabe an das Ganze, dem nimmermüden Pflichtgefühl, der Tapferkeit, die nach der Zahl der Feinde nicht fragte. In seinen Schwächen: der Neigung zur Diktatur, zur rücksichtslosen Unterdrückung jeder fremden Meinung, der falschen Einschätzung der Kräfte der öffentlichen Meinung und der daraus entspringenden fehlerhaften Politik.

Hindenburg blieb. Er war der Meinung, daß die mit Wilson begonnenen Unterhandlungen weiter geführt werden müßten. In der Note vom 27. Oktober an Wilson konnte die Regierung darauf hinweisen, daß auch die militärischen Gewalten künftig der Volksvertretung unterständen. Sie sehe den Vorschlägen des Präsidenten für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleite, wie ihn Wilson in seinen Kundgebungen gekennzeichnet habe.

Jetzt brach das Unglück über Deutschland von allen Seiten herein. Österreich-Ungarn und die Türkei fielen vom Bündnis ab, wie Wochen zuvor Bulgarien. Sie hatten nur das Bestreben, zu retten, was zu retten möglich sei. Österreich-Ungarn erklärte sich schon am 28. Oktober bereit, in Verhandlungen über den Frieden und über einen sofortigen Waffenstillstand einzutreten, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten.

Ebenso die Türkei. Österreich-Ungarn brach bald völlig auseinander. Am 28. Oktober kam es in Prag zur Revolution und zur Ausrufung des tschechischen Staats. Schon den Tag darauf sandte das österreichische Oberkommando einen Parlamentär zu den Italienern. Ehe es zu entscheidenden Besprechungen kam, wurde die österreichische Front durchstoßen und in wilder Unordnung fluteten die österreichischen Streitkräfte zurück.

Die Gefahren, die Deutschland bedrohten, wuchsen. Ein Einmarsch der Italiener in Bayern, ein Vorstoß der Tschechen, durch Truppen der Entente unterstützt, gegen Sachsen und Schlesien rückten in den Bereich der Möglichkeit. Bayern begann an eine Sicherung seiner Grenzen zu denken. Bayerische Truppen unter Krafft von Delmensingen rückten gegen den Brenner vor. In Sachsen wurden gleichfalls Truppen zum Schutz der Grenze aufgeboten. Die Frage war: Würde Deutschland in der Lage sein, einem konzentrischen Angriff von allen Seiten standzuhalten?

Militärisch gab man die Sache noch nicht verloren. Es ist unzweifelhaft, daß ein Deutschland, das sich zum Äußersten entschlossen gezeigt, das einmütig hinter den Truppen gestanden und sich zum Verzweiflungskampf bereit erklärt hätte, den Friedensfreunden in den feindlichen Ländern Unterstützung geboten, den Feinden Achtung eingeflößt und sie zu einem Verständigungsfrieden bereit gefunden hätte.

Aber dazu war keine Lust und Stimmung in den Massen vorhanden. Sie wollten nur Frieden, und sei es auf die schimpflichsten Bedingungen hin. Prinz Max von Baden war kein Mann, der die Massen hinreißen konnte, selbst die Parteien hatte er nicht in seiner Hand. Von Anfang an begegnete man ihm mit Mißtrauen. Kaum war er Reichskanzler geworden, da spielte jemand einen Brief von ihm aus dem Januar 1918 in die Presse. Er war an seinen Vetter Alexander von Hohenlohe gerichtet und enthielt das Bekenntnis, daß er den westlichen Parlamentarismus für Deutschland und Baden ablehne. Zwar gab er den Reichstags-

abgeordneten der Mehrheitsparteien beruhigende Erklärungen über den Inhalt des Briefes, aber ein Mißtrauen gegen ihn auf der linken Seite des Reichstags blieb.

Tage bangster Spannung folgten. Während Hunderttausende noch immer nicht glauben wollten, daß Deutschland den Krieg endgültig verloren habe und nicht mehr länger standhalten könne, während sie einen Aufruf der Regierung zum letzten Endkampf erwarteten, war sich die Regierung darüber klar, daß daran nicht mehr zu denken sei. Alles kam nur darauf an, daß die Front standhielt und daß der Anschein erweckt wurde, die Heimat stehe entschlossen hinter ihr. Aber das war nicht mehr der Fall. Einberufungen zum 1. November hatten Beunruhigung in die weitesten Volkskreise getragen. Allüberall begann es zu gären.

Freilich schien die Abdankungsfrage erledigt zu sein. Unerklärlicherweise ward erst am 3. November ein Erlaß veröffentlicht, den der Kaiser bereits am 28. Oktober an den Reichskanzler gerichtet hatte. In ihm erkannte der Kaiser an, es trete eine neue Ordnung in Kraft, die grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk übertrage. Damit werde eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen werde. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber seien alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. „Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. . . . Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.“

Diese Kundgebung kam zu spät. Ebenso das Bekenntnis des Kaisers, das er bei dem Empfang der neuen Staatssekretäre gesprochen: „Das deutsche Volk soll als das freieste Volk dastehen.“

Immer lauter forderten die Unabhängigen die Abdankung des Kaisers. Die Mehrheitssozialisten mußten das gleiche verlangen, wenn sie ihren Einfluß bei den Massen nicht verlieren wollten. Auch in den Kreisen

der bürgerlichen Linken meinte man, die Beseitigung des Kaisers sei notwendig.

Noch stritt man darüber, da kam es über Vorgängen in Kiel zum Ausbruch der Revolution. Die Regierung suchte die Geschehnisse zuerst zu verheimlichen. Sie hielt sie wohl für lokaler Natur. Aber mit Schnelligkeit griffen sie um sich. Es kam zum völligen Zusammenbruch des alten Systems. Es geschah einen Tag vor dem Abschluß des Waffenstillstands. Im Augenblick, wo Deutschland seine größte, innere Stärke und Einheit zeigen sollte, bot es seinen Feinden den Anblick größter Schwäche und Zerrissenheit dar.

II. Ausbruch der Revolution.

Das Eigentümliche an der Revolution, die am 5. November in Kiel beginnt und im Lauf einer Woche ihren Siegeszug vollendet, ist, daß sie vom Militär ausgeht und von der Arbeiterschaft getragen wird. Dadurch erhält die Revolution von vornherein ein anderes Gesicht als die deutsche Revolution vom März 1848. Damals erhob sich das Bürgertum. Zwar fehlte es nicht an sozialen Forderungen der Arbeiterschaft. Doch spielte diese keine ausschlaggebende Rolle. Die Revolution scheiterte im letzten Grunde, weil das Militär, besonders in Preußen, den Fürsten treu blieb. Darum konnten sich die Fürsten auf ihren Thronen halten. 1919 machten Arbeiter und Soldaten die Revolution. Die ganze Revolution hat gleichsam einen militärischen Anstrich. Sie läuft bald wie am Schnürchen ab. Es herrscht bei ihr strenge Disziplin. Mit Angst geht man Unordnungen aus dem Wege; Plünderern stellt man die strengsten Strafen in Aussicht. Aus dem ganzen Verlauf der Revolution geht hervor, daß ein fester Plan für das Vorgehen in den einzelnen Städten bestanden haben muß. Die gleiche Art des Vorgehens, das gleiche Programm bliebe sonst unerklärlich.

Der Ausbruch der Revolution erfolgte in Kiel am 4. November. Die Matrosen bildeten dort einen Soldatenrat und rissen die Herrschaft an sich. Zum ersten Mal erfuhr die weitere Öffentlichkeit von der Stimmung in der Marine.

Der Ausbruch der Revolution in Kiel hatte schon eine Vorgeschichte auf der Flotte. In der letzten Woche des Oktobers wurden die Kriegsschiffe in Kiel für ein kriegerisches Unternehmen in Bereitschaft gesetzt. Die Mannschaften der Schiffe glaubten, es gelte einen letzten Endkampf gegen die englische Flotte. Man nahm an, die Engländer würden die Auslieferung der deutschen Flotte verlangen und dem solle durch das Aufsuchen einer Entscheidungsschlacht entgegengewirkt

werden. Die Mannschaft schloß das aus aufgefangenen Briefen von Offizieren und aus Abschiedsfeiern. Sicher beherrschte die Mehrzahl der Offiziere das Gefühl: Lieber ruhmreicher Untergang, als schimpfliche Auslieferung der Flotte! Dies Gefühl teilte aber die Mannschaft nicht. Unter ihr war seit Jahren agitiert worden. Die Verhandlungen im Reichstag im Herbst 1917 hatten schon gezeigt, daß es unter den Matrosen zahlreiche Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihrer Ideale gab. Eine Reihe Matrosen waren damals wegen Meuterei erschossen worden. Von anderer Seite ist der von den Matrosen für richtig gehaltenen Meinung, es handle sich um einen Entscheidungskampf, lebhaft widersprochen worden. Es habe sich nur um einen Vorstoß in den Kanal zur Sicherung des Abzugs der deutschen Truppen gehandelt. Nach der Darstellung, die der Kapitänleutnant Persius über den Stand der deutschen Flotte gemacht hat, muß man zweifeln, ob die deutsche Flotte zu einem letzten Entscheidungskampf überhaupt in der Lage war. Aber mag die Absicht zu einem Endkampf vorhanden gewesen sein oder nicht, die Matrosen hielten dafür, sie bestände. Als am 28. Oktober die Flotte den Befehl zum Auslaufen erhielt, widersetzten sich die Matrosen der Ausfahrt. Es kam zu Verhandlungen mit ihnen. Man suchte beruhigend auf sie einzuwirken, aber ohne Erfolg. Auch ein zweiter Versuch der Ausfahrt gelang nicht. Ebensowenig ein dritter. Auf den geheimen Befehl „Vorhaben ist unbedingt auszuführen“, mußte die Antwort gegeben werden „Vorhaben ist nicht ausführbar“. Die Matrosen machten sich zu Herren der Schiffe, setzten ihre Offiziere ab und hißten auf den Schiffen die rote Fahne. Sie kamen dann am 4. November ans Land und zwangen den Gouverneur, ihre Wünsche gegen Mittag entgegenzunehmen und zu bewilligen. Sie hielten eine Versammlung im Gewerkschaftshause ab und stellten ihr Programm auf. Sie forderten Anerkennung des Soldatenrats, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Grußpflicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften, Aufhebung der Offizierkasinos,

Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, Straflosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgekehrten Mannschaften. Ihrerseits verpflichteten sich die Matrosen, den Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben. Sie versprachen unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jeder, der bei Plünderungen ertappt werde, solle sogleich standrechtlich erschossen werden. Am Nachmittag bildete sich ein Zug von Arbeitern und Matrosen (etwa 15- bis 20000 Mann). Mit roten Fahnen im Zuge zogen sie vor das Arrestlokal. Die Gefangenen wurden befreit. Ein Teil des Zuges begab sich dann zum Bahnhof, um die Reichstagsabgeordneten Haußmann und Noske, die von Berlin herbeigeeilt waren, zu empfangen. Es kam zu Verhandlungen. Haußmann sah sich gleichfalls gezwungen, die Forderungen der Matrosen anzunehmen und deren schleunigste Durchsetzung bei der Regierung zu versprechen. Er gestand die Abbrechung sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen zu, ebenso ein Hinwirken auf Einlaufen der Flotte. Dem Arbeiter- und Soldatenrat sollten schließlich die Akten der letzten in Haft befindlichen Personen vorgelegt werden. Zur Vervollständigung des Ausschusses wurden Haase und Ledebour telegraphisch nach Kiel berufen. Noske hielt eine Rede, in der er mitteilte, daß in einigen Tagen der Waffenstillstand folgen würde. Er bat um Ruhe und Besonnenheit und warnte vor nutzlosen Gewalttaten. Seiner Rede folgten Hochrufe auf die Republik.

Eigentlicher Widerstand gegen die Meuterei erwies sich als aussichtslos. Von vier Infanteriekompagnien, die am 4. November gegen Kiel eingesetzt wurden, schlossen sich drei der Bewegung an, die vierte wurde entwaffnet. Wandsbecker Husaren wurden von Matrosen mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Auf Schiffen, die die rote Fahne noch nicht gehißt hatten, wurde sie gezogen. Das Linienschiff „König“, das im Dock war und noch die Kriegsflagge führte, wurde vom Land aus beschossen. Hier verteidigten der Kommandant und ein Leutnant die

Flagge. Mit widerstreitenden Gefühlen las man in den Leipziger Zeitungen vom 13. November die Todesanzeige: „An der Seite seines Kommandanten, bei Verteidigung der Kriegsflagge auf S. M. Schiff König von einer deutschen Kugel niedergestreckt, erlag am 8. November seiner schweren Verletzung im Festungslazarett zu Kiel-Wiek der Kaiserliche Leutnant zur See Wolfgang Zenker, Inhaber des Eisernen Kreuzes, im Alter von 20 Jahren.“ Am 5. November war der Sieg der Revolution in Kiel vollständig. Die ganze Stadt war in der Hand der Matrosen. Vom Rathausturm flatterte die rote Fahne. Die Einzelnen trugen rote Schleifen. Alle Offiziere, Ingenieure und Deckoffiziere wurden angehalten. Sie wurden gezwungen, ihre Kokarden abzunehmen, ebenso ihren Säbel abzuliefern.

Die Berliner Regierung, die von den Vorfällen in Kiel am 4. November sofort unterrichtet worden war, erkannte sogleich den Ernst der Lage. Sie erließ noch am selben Tage eine Proklamation an das deutsche Volk, unterzeichnet vom Reichskanzler Prinz Max von Baden und von sämtlichen Mitgliedern der Reichsregierung, darunter auch den beiden Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer. In ihr wurde aufgezählt, was bisher erreicht worden sei: Das gleiche Wahlrecht in Preußen, eine neue Regierung, gebildet aus Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die Genehmigung der Kriegserklärung und des Friedensschlusses durch den Reichstag, die Unterstellung der Militärverwaltung unter den Reichskanzler, Erlaß einer Amnestie und Gewährleistung von Preßfreiheit und Versammlungsrecht. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat werde entschlossen weitergeführt; aber Selbstzucht und Ordnung tue Not. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wolle den Frieden. Sie wolle ihn ehrlich und bald. Bis dahin aber müßten die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes geschützt werden. Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen müsse Ruhe durch Ablösung geschaffen werden, deshalb seien die Einberufungen der letzten Zeit erfolgt. Arbeits-

beschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge seien teils ausgeführt, teils in Angriff genommen. Nach Friedensschluß werde sich bald eine Besserung der Ernährung wie auch aller Lebensverhältnisse einstellen. „Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern“, schloß der Erlaß. Obgleich die Vorräte sehr knapp waren und es eigentlich nicht zuließen, wurde am 7. November, um beruhigend auf die Volksmassen einzuwirken, eine Erhöhung der Brotration vom 1. Dezember ab versprochen.

Aber dieser Erlaß und diese Maßregeln der Regierung konnten den Gang der Revolution nicht aufhalten. Schon am 5. November griff die Bewegung nach Hamburg über. Am Morgen dieses Tags zeigten die Arbeiter der Vulkanwerft Neigung zum Streik. Er ward zunächst verhindert, und es wurde beschlossen, für Donnerstag, den 7. November, eine Sitzung aller Vorstandsmitglieder und Delegierten der Sozialdemokratie einzuberufen. Dieser Sitzung sollten Vorschläge für die von der Arbeiterschaft aufzustellenden Forderungen unterbreitet werden, und sie sollte über das weitere Verhalten der Arbeiter entscheiden. Zu ihr kam es aber nicht. Noch am Dienstag Abend, am 5. November, beriefen die Unabhängigen eine Versammlung im Gewerkschaftshause ein. An 5000 Personen nahmen daran teil. Unter ihnen befand sich auch eine Abordnung von Kieler Matrosen, ferner eine Reihe von Soldaten, die nachmittags aus dem Untersuchungsgefängnis der Kasernen ausgebrochen waren. Dittmann, einer der Führer der Unabhängigen, der eben erst aus der Festungshaft entlassen worden war, die man über ihn wegen seiner Agitation gegen den Krieg verfügt hatte, war der Hauptredner. Die Abdankung des Kaisers betrachtete er als selbstverständlich. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch weitere bürgerliche Kreise wünschten sie. Die Republik, die kommen müsse, müsse die sozialistische Republik sein. Die Stunde sei da, in der das Proletariat die Macht ergreifen könne. Hamburg müsse wieder die Hochburg der Arbeiterbewegung werden. Ein Matrose aus Kiel begrüßte die Versammlung. Ham-

burger Unabhängige, besonders Düwell, forderten sofortige Einführung der Republik und Überwindung des Widerstandes, der sich der Herbeiführung der sozialistischen Republik in den Weg stelle. Sie verlangten die Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates. In den Arbeiterrat dürften nur Unabhängige gewählt werden. Gewerkschaftliche Beamte hätten in ihm keinen Platz. Ebenso verlangte er die Herausgabe einer Zeitung, die die Grundsätze der Unabhängigen vertrete. Eine Resolution versprach dem Kieler Arbeiter- und Soldatenrat seine Unterstützung und forderte die Hamburger Arbeiterschaft auf, für diesen Zweck unverzüglich in den Sympathiestreik einzutreten. Im Anschluß an die Sitzung kam es zu einem Zug durch die Stadt. Offiziere wurden aus den Wagen der Straßenbahnen herausgeholt und entwaffnet. Im Hauptbahnhof wurden Urlauber, die an die Front zurückkehren wollten, zum Bleiben gezwungen. Den Soldaten nahm man die Kokarde ab. Am 6. November fuhren aufständische Kriegsschiffe in den Hamburger Hafen ein. Die Werftarbeiter, die am Morgen die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurden veranlaßt, die Werften zu verlassen. Am Nachmittag fand eine Massenversammlung auf dem Heiligen Geist-Felde statt. An 15000 Personen waren zugegen. Die Versammlung zog dann durch St. Pauli nach Altona. Unterwegs kam es zu Schießereien. Es wurde behauptet, aus einigen Häusern sei von Soldaten geschossen worden. Auch wurden verschiedene Läden und Lebensmittelgeschäfte geplündert. Der Stadtkommandant sah sich so gut wie in Kiel genötigt, die Forderungen der Aufständischen anzunehmen. Hauptpunkte waren: Freilassung aller inhaftierten Militärpersonen, Abschaffung aller Unterscheidungsmerkmale zwischen Offizieren und Mannschaften, Übernahme der Lebensmittelverteilung durch den Soldatenrat. Dieser konstituierte sich im Gewerkschaftshause. Auf das Gerücht hin, von auswärts kämen Truppen nach Hamburg, wurde der Verkehr um den Hauptbahnhof abgesperrt und der Zugverkehr nach auswärts eingestellt. Zivilpersonen wurde verboten, von

6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens die Straßen zu betreten. Schon am 6. November erschien das „Hamburger Echo“ in Sonderausgabe unter dem Titel: „Die Rote Fahne, amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates“. Die ordnungsmäßig bestehenden Gewalten, den Senat und die ihm zur Seite stehende Volksvertretung, die Bürgerschaft, ließ man zunächst in Wirksamkeit, doch ging man bald gegen beide vor.

Noch am 5. November schlossen sich die Mannschaften der in Brunsbüttel liegenden Großkampfschiffe Posen, Ostfriesland, Nassau und Oldenburg der Bewegung an. Sie besetzten die Flakstation Ostmoor und die Schleusenanlagen. Ebenfalls am 5. November wurde Lübeck eine Beute der Bewegung. Am Nachmittag dieses Tages erschienen Kriegsschiffe von Kiel im Lübecker Hafen. Es wurden Matrosen ans Land gesetzt, die nach den Kasernen zogen und die Soldaten zum Anschluß an ihre Bewegung aufforderten. Wie überall fielen die Mannschaften ab. Die Offiziere entwaffnete man, und noch abends wurde ein Soldatenrat gebildet. Ein Aufruf an die Bevölkerung wurde erlassen, der besagte: der Zweck des Vorgehens sei die Herbeiführung eines sofortigen Waffenstillstandes und des Friedens. Es werde nichts unternommen werden, was die Betriebe zur Aufrechterhaltung der Ordnung stören könnte. Ausschreitungen, Plünderungen und Diebstahl würden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibe in den Händen der Zivilverwaltung.

So fielen die beiden Hansestädte Hamburg und Lübeck im ersten Ansturm in die Gewalt der neuen Bewegung. Am 6. November folgte als letzte Schwesterstadt Bremen. Dort befand man sich gerade im Kampf um das Wahlrecht zur Volksvertretung, der sogenannten Bürgerschaft. Kurz vorher war bestimmt worden, daß von den 150 Vertretern der Bürgerschaft Dreiviertel aus allgemeiner Wahl und das letzte Viertel aus berufsständischer Wahl hervorgehen solle. Unter dem Druck der allgemeinen Lage war die Bürgerschaft zu weiterem Entgegenkommen bereit und beschloß am 6. November die Einführung des allgemeinen und glei-

chen Wahlrechts für alle Sitze in der Bürgerschaft. Als das geschah, war es aber schon zu spät. Die Unabhängigen waren dabei, die Herrschaft an sich zu reißen. Schon am 5. November abends hatten sie eine Versammlung der Mehrheitssozialisten gesprengt. Am 6. November kam es zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Auch hier waren Matrosen die Führer. Etwa 100 Marinearrestanten, die am Vormittag des 6. Novembers aus Wilhelmshaven eintrafen und nach dem Gefangenenlager in Rethem an der Aller gebracht werden sollten, verweigerten die Weiterreise und befreiten sich am Nachmittag aus der Gewalt ihrer Begleitmannschaft. Sie verließen den Bahnhof und zogen zur Kaserne. Landsturmleute vom Seebataillon traten auf ihre Seite. Die Garnison ging, als sie vor der Kaserne erschienen, zu ihnen über. Es wurde eine Kommission gebildet, die aus dem Garnisonältesten, 2 Offizieren und 4 Vertretern der Mannschaften bestand. Die Offiziere behielten Epauletten und Waffen und blieben Vorgesetzte im Dienst. Auf dem Bremer Marktplatz fand eine Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten statt. Der Menge wurde Mitteilung davon gemacht, daß sich ein Arbeiterrat bilde, und sie wurde zur Bewahrung der Ordnung ermahnt. Soldaten drangen in den Dom und zwangen den Küster, die Domglocken zur Feier des Siegs der Revolution eine halbe Stunde läuten zu lassen. Am 7. November kam es zur Arbeitsniederlegung in allen industriellen Betrieben, zu einer Massenversammlung und einem großen Umzug durch die Stadt. Ängstlich suchte man sich vor einem Überfall zu sichern. Die Stadt wurde nach außen durch eine starke Postenkette gesperrt, um den Heranmarsch von auswärtigem Militär zu verhindern. Auf dem Bahnhof wurde eine größere Anzahl von Maschinengewehren aufgestellt.

Doch blieb ein Eingreifen auswärtigen Militärs hier so gut aus wie in Lübeck und Hamburg. Es zeigte sich, daß der alten Gewalt keine Soldaten mehr zur Verfügung standen, um die Bewegung niederzuschlagen Auch schreckte sie vor einem Bürgerkrieg zurück. Wie Funken bei einem Brande in benachbarte Ge-

bäude überspringen und dort zünden, so griff die Bewegung mit rasender Schnelligkeit in Deutschland um sich. Im Lauf der nächsten Tage schlossen sich eine Menge norddeutscher und mitteldeutscher Städte der Bewegung an: Noch am 6. November Cuxhaven und Rendsburg; am 8. November Magdeburg, Halle, Hildesheim, Essen, Düsseldorf, Schwerin, Rostock, Darmstadt, Nürnberg und das ganz besonders bedeutsame Köln. Mit dieser Stadt fiel eine Festung, die zur Deckung eines Rückzugs nicht zu entbehren war, in die Hände der Aufständischen. Im Großen Hauptquartier erkannte man die drohende Gefahr sofort und begann sogleich Verhandlungen mit dem Kölner Arbeiter- und Soldatenrat. Am selben Tag brach die revolutionäre Bewegung in Leipzig aus, ebenso in Dresden und Chemnitz. Am 9. November folgte Frankfurt. Fast in allen diesen Städten war es das Eintreffen von Matrosen, das die Bewegung in Gang brachte. Abordnungen der Matrosen reisten im ganzen Lande umher. An manchen Orten brach die Bewegung früher aus, als es im Programm gelegen hatte. So war für Leipzig der Ausbruch erst für den 10. November vorgesehen. Auf das Eintreffen der Matrosen hin entschloß man sich hier schon am 8. November zum Vorgehen. Fast nirgends gab es Widerstand. Die alten Gewalten kapitulierten beim ersten Ansturm bedingungslos. Die Behörden bekamen von der Regierung überall die Weisung, nachzugeben. Ohne Würde sanken sie ruhmlos dahin. Der einzelne Bürger stand wie betäubt bei diesem rettungslosen Zusammenbruch des alten Systems. Er begriff den Vorgang zunächst nicht. Daß nirgends Widerstand versucht wurde, daß keiner der Offiziere sich energisch gegen die ihnen zugefügten Beschimpfungen zur Wehr setzte, erschien ihm unfaßbar. Das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte glich sich fast in allen Städten. Höchstens wies das eine oder andere einen stärkeren Einschlag von Forderungen der Kommunisten auf. So forderte der Arbeiterrat in Köln Abschaffung aller Dynastien im deutschen Reiche und die Annullierung der Kriegsanleihen.

Von der größten, ja von entscheidender Bedeutung waren aber die Vorgänge in München. Am 7. November wurden hier die Massen zu einer großen Versammlung auf der Theresienwiese berufen. An 100000 Menschen nahmen angeblich an ihr teil. 12 Redner sprachen. Von den 8 Punkten der von der Versammlung angenommenen Entschließung verlangte der erste den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht des Thronfolgers; der fünfte die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und die grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Nach der Versammlung begab sich ein Zug, dem Soldaten mit roter Fahne vorangingen, vor das Königliche Schloß. Sie brachten dort Hochrufe auf die deutsche Republik aus. Die Truppen gingen zu den Revolutionären über. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich in der Nacht vom 7. zum 8. November ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern. Zum Vorsitzenden wählte man den Schriftsteller Kurt Eisner. Er war ein 51 jähriger Literat, der sich in München niedergelassen hatte. Es wurde behauptet, er stamme aus einer jüdischen Familie und sein eigentlicher Name sei Salomon Kusnowski. Von 1898—1905 war er in der Redaktion des „Vorwärts" tätig gewesen; er war entlassen worden, weil er für die Grundsätze der Revisionisten eingetreten war. Während des Kriegs war er zum Radikalen geworden und zu einem Führer der Unabhängigen. 8½ Monate hatte er, weil er die Arbeiter zum Streik aufgefordert hatte, seit Ende Februar 1918 in Haft zugebracht. Jetzt glaubte er seine Stunde gekommen. Unermüdlich war er im Reden und Schreiben für seine Sache. Von reinen Absichten beseelt, war er ein Phantast. Er sah nicht die Dinge wie sie waren, sondern wie sie nach seiner Meinung sein sollten. Mit Hilfe der ihm ergebenen Münchener Radikalen riß er, der Fremde und Andersgläubige, die Herrschaft in dem katholischen Bayern an sich. Aus dem Landtag erließ er noch in der Nacht einen Aufruf, der erklärte, Bayern sei fortan ein freier Staat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der

Massen getragen werde, solle unverzüglich eingesetzt und eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Frauen und Männer das Wahlrecht hätten, so schnell wie möglich einberufen werden. Bayern werde fortan Deutschland für den Völkerbund rüsten. Eine neue Zeit hebe an. Die demokratische und sozialistische Republik Bayern habe die moralische Kraft, für Deutschland den Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahre. Die jetzige Umwälzung sei nötig gewesen, um im letzten Augenblick durch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne all zu schwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluteten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführten. Es wurde weiter verkündet, der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt werde verschwinden, der Austausch der Lebensmittel werde rationell organisiert, allem Blutvergießen müsse ein Ende gemacht werden, der Bruderkrieg der Sozialisten in Bayern höre auf. „Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Friede. Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen.“ So schloß der Aufruf, der in ganz Deutschland noch im Lauf des 8. Novembers das größte Aufsehen erregte. Das Polizei- und Sicherheitspersonal wurde unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates gestellt. Der Münchener Polizeipräsident erklärte, den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten.

Der Übergang des nach Preußen größten Bundesstaates im Reiche in das Lager der Revolution mußte natürlich sofort seine Rückwirkung auf die anderen Staaten, vor allem auf Preußen, ausüben. In Berlin war es bis jetzt noch verhältnismäßig ruhig geblieben.

Aber auch hier war man schon seit längerer Zeit mit Vorbereitungen für das Inswerksetzen der Revolution beschäftigt. Bis in die Mitte des Jahres 1916 reichten sie zurück. Nach dem Januarstreik 1918 setzten sie besonders energisch ein. Man traf alle Maßnahmen, um im gegebenen Augenblick wirksam hervortreten zu

können. Barth und ein Redakteur des „Vorwärts“ namens Däumig taten sich besonders hervor. Barth kaufte in größeren Mengen Waffen an. Mit Truppenteilen der Westfront stand das Berliner Revolutionskomitee in enger Verbindung. Nach dem Zusammenbruch an der Westfront hielt es die Lage zum Losschlagen für günstig. Am 2. November fand eine Sitzung statt, in der man über einen genaueren Plan beriet. Haase, Dittmann und Liebknecht nahmen an der Sitzung teil. Sie wußten, daß sie sich auf die Berliner Truppen verlassen und daß sie sich nach kurzem Kampf der Herrschaft über Berlin bemächtigen könnten. Als Tag zum Losschlagen bestimmte man den 4. November. Am Abend vorher fand noch eine Besprechung der Führer der Bewegung mit Vertretern der Betriebe statt. In dieser Sitzung waren nicht alle des Sieges sicher. Haase und Dittmann erhoben ihre warnende Stimme und erklärten, die Zeit sei noch nicht reif. Mit Rücksicht auf die Marine, bei der noch nicht alles genügend vorbereitet war, verschob man den Ausbruch der Revolution auf den 9. November. Im letzten Augenblick drohte alles verraten zu werden, und der ganze Plan schien zu scheitern. An den Vorbereitungen war ein Oberleutnant Walz mit beteiligt. Seit Jahren schon huldigte er sozialistischen Anschauungen. Nur schwer gelang es ihm, das Vertrauen Ledebours zu gewinnen. An den Vorbereitungen zur Revolution hatte er regen Anteil genommen und die ihm unterstellte Kompanie für die Sache der Revolution zu gewinnen gesucht. Am 6. November wurde er plötzlich verhaftet und wegen Hochverrates angeklagt. Als der Richter ihm mitteilte, Barth, Däumig und andere Führer der Bewegung seien gleichfalls verhaftet, ließ er sich die Führer der Bewegung schwer belastende Angaben entreißen. Und nicht nur das. Er machte geltend, er habe sich an die Führer der Bewegung nur herangemacht, um Material zu sammeln, das er dann seinem Korpskommandeur habe übermitteln wollen. Zugleich gab er den Behörden Fingerzeige, wie die drohende Bewegung am besten zu bekämpfen sei!

Die Regierung wußte also genau über die revolutionären Pläne der Unabhängigen Bescheid. Sie dachte zunächst nicht daran, bedingungslos nachzugeben. Verschiedene Strömungen in Regierungskreisen rangen miteinander um die Herrschaft. Der Oberkommandierende in den Marken, der aus den Kämpfen im Osten wohlbekannte Generaloberst von Linsingen, war für entschlossenen Widerstand. Er verbot am 6. November jede Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster und die Teilnahme daran. Als die Unabhängigen für den Abend des 7. Novembers sechs große Versammlungen zum Gedenken an die vor Jahresfrist ausgebrochene russische Revolution einberiefen, untersagte er sie gleichfalls. Das Verbot war zu spät bekannt geworden, und die Menge versammelte sich. In den meisten Lokalen fügte sie sich den Anordnungen der Polizei und verließ den Raum. Nur im Königsbau geschah das nicht. Als hier die Menge sich weigerte, dem Polizeioffizier zu gehorchen, traten an 50 Schutzleute hinter einem Vorhang der Bühne hervor und drängten die Anwesenden mit vorgehaltenem Revolver aus dem Saal. Am 8. November wurde das Parteibüro der Unabhängigen Sozialdemokratie polizeilich geschlossen und zwei ihrer Mitglieder, der Parteisekretär Barth und der Redakteur Däumig, verhaftet. Den Berliner Blättern wurde nicht gestattet, nähere Mitteilungen über die revolutionären Vorgänge im Reich zu bringen, die Berliner mußten sich darüber aus den Blättern der Provinzpresse unterrichten. In den amtlichen Mitteilungen stellte die Regierung die Vorfälle in Hamburg, Bremen und Lübeck als bedeutungslos hin. Die Regierung besetzte die Gas- und Elektrizitätswerke der Stadt sowie die Wasserwerke militärisch. Sie sperrte am 7. November den Eisenbahn- sowie den Telephon- und Telegraphenverkehr. Kleinere Kolonnen von Matrosen und anderen Truppen, die am Nachmittag und Abend des 7. Novembers aus Hamburg in Berlin eintrafen, wurden am Lehrter Bahnhof von militärischen Wachtmannschaften in Empfang genommen und nach den Moabiter Kasernen gebracht. Dabei zeigte

sich aber, daß die Truppen der Regierung nicht mehr gehorchten. Von einem ungefähr 250 Mann starken Matrosentrupp entfernten sich alle bis auf 70 in die Stadt. Soldaten des 4. Gardefeldartillerieregiments, die sie aufhalten sollten, leisteten passiven Widerstand. Um eine verläßliche Truppe zu seiner Verfügung zu haben, befahl das Oberkommando in den Marken, daß sich sämtliche in Groß-Berlin auf Urlaub befindlichen Offiziere am Freitag, den 8. November, 12 Uhr mittags, soweit möglich feldmarschmäßig ausgerüstet auf der Kommandantur zu melden hätten.

Aber hatte militärischer Widerstand noch Zweck? War man der Truppen in Berlin wirklich Herr? Und vor allem: War man der Arbeiterschaft sicher, und war man imstande, eine aus ihren Reihen entstehende Bewegung niederzuhalten? Der Kanzler Prinz Max von Baden zweifelte daran. Er sah den Umsturz und seinen Sieg als gewiß voraus. Er glaubte nicht mehr an die Kraft der militärischen Machtmittel. Was er zu erreichen sich vornahm, war ein Umsturz auf friedlichem, nicht auf gewaltsamem Wege. Er erstrebte weitgehende Parlamentarisierung der Regierung, eine Monarchie auf demokratischer Grundlage nach englischem Vorbild. Der Volkswille sollte sich in Wahlen zu einer Nationalversammlung aussprechen. Sie sollte dem neuen Deutschland eine veränderte Verfassung geben. Von diesen Anschauungen her drängte es ihn zum Vermitteln. Er bebte vor dem Gedanken einer Militärdiktatur zurück. Durch Verhandeln mit allen in Betracht kommenden Personen suchte er dem neuen Deutschland, von dem er träumte, freie Bahn zu schaffen. Am 6. November erließ er einen mahnenden Aufruf an das deutsche Volk: Präsident Wilson habe heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, seine Verbündeten hätten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt habe, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt. Die Waffenstillstandsbedingungen würden durch Marschall Foch übermittelt. Damit sei die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstands-

verhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sei die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist. Die Verhandlungen würden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet. Über vier Jahre habe das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes größere Gefahren für seine Zukunft abwenden könne, die inneren Kräfte versagten, so seien die Folgen nicht abzusehen. Aufrechterhaltung der bisher gewahrten Ordnung in freiwilliger Manneszucht sei in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen müsse.

Aber für all diese Ermahnungen hatte niemand mehr ein Ohr. Die Berliner Arbeiter drängten ihre Führer zum Losschlagen. Der glückliche Erfolg ihrer Genossen in den andern deutschen Städten spornte sie an. Während der Kanzler noch hoffte, vermitteln zu können, schob die Entwicklung der Dinge ihn schon beiseite. In den Kreisen der Rechten wie der Linken empfand man sein Tun als Halbheit. Soviel begriff der Kanzler, daß schnellstes Handeln not tue. Er rüstete sich zu einer Reise ins Große Hauptquartier. Bei einer Besprechung mit dem Kaiser gedachte er, all seine Pläne durchsetzen zu können. Ehe er abfuhr, suchte er Ebert, den Führer der Sozialdemokratie, auf. Er machte diesen mit seinen Absichten bekannt und bat ihn, seine Partei dahin zu bringen, daß sie das Ergebnis seines Besuches abwarte. Aber dazu waren Ebert und neben ihm Scheidemann nicht mehr in der Lage. Die Massen drängten zu ungestüm vorwärts. Es bestand die Gefahr, daß sie die Zügel der Leitung aus der Hand verloren. Die Unabhängigen waren zu längerem Warten nicht zu bestimmen. Die Ziele des Kanzlers genügten diesen entfernt nicht mehr. Sie erwarteten das Heil für Deutschland allein aus einer für dieses Reich passen-

den Nachbildung der russischen Regierungsformen. Wollten die Sozialdemokraten nicht allen Einflusses verlustig gehen, sondern die Arbeiterschaft auf ihrer Seite behalten, so mußten sie schnell mit ihren Forderungen hervortreten. Die beiden sozialdemokratischen Parteien begannen Verständigungsverhandlungen. Am 6. November tagten der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie. Am 7. November wurden die Besprechungen fortgesetzt. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die Frage der Abdankung des Kaisers. Scheidemann hatte sie schon früher von der Regierung gefordert. Er hatte darauf hingewiesen, daß, wenn Kaiser Wilhelm nicht abdanke, die Unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern würden. In diesem Fall müßten die Regierungssozialisten sich an die Seite der Unabhängigen stellen. Der Minister des Innern Dr. Drews war darauf in das Hauptquartier gefahren und hatte dem Kaiser die Scheidemannsche Forderung vorgetragen. Der Kaiser gab ihm, wie verlautete, zur Antwort, im Hinblick auf die jetzige verworrene Lage werde er freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen. Im Augenblick des Friedensschlusses könne er Deutschland unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung werde eine völlige Anarchie und ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solch furchtbare Zustände wolle er die Verantwortung nicht übernehmen und deswegen jetzt nicht abdanken. Mit dieser Auskunft gab sich die sozialdemokratische Partei nicht zufrieden. Sie mußte darauf sehen, die Massen bei ihrer Fahne zu behalten. Die Massen aber forderten immer ungestümer die Beseitigung des Kaisers. Die Forderungen der Parteileitung verdichteten sich zu einem Ultimatum. Ebert und Scheidemann wurden beauftragt, es dem Kanzler zu überbringen. Es geschah am Nachmittag des 7. Novembers kurz nach fünf Uhr. Das Hauptverlangen betraf die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen bis zum 8. November mittags. Die anderen Forderungen traten daneben zurück. Sie be-

trafen: Aufhebung der Versammlungsverbote vom 7. November, Anhalten des Militärs zu äußerster Zurückhaltung, sofortige Umgestaltung der preußischen Regierung im Sinne der Reichstagsmehrheit und Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsleitung. Angefügt war die Erklärung: Würden diese Forderungen nicht erfüllt, so trete die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Dies Ultimatum machte alle weiteren Verhandlungen des Kanzlers im Hauptquartier überflüssig. Es bedeutete das Scheitern seiner Politik. Von einem langsamen Hinüberleiten der Entwicklung in die neuen Verhältnisse war keine Rede mehr. Das kurzbefristete Ultimatum verlangte eine klare Antwort. Zwischen dem Rat zur Abdankung oder dem gewaltsamen Umsturz hatte die Regierung die bange Wahl. Und auf die Abdankung drängten nicht nur die sozialdemokratischen Parteien hin. Auch die Fortschrittliche Volkspartei forderte sie. Nur das Zentrum, die Nationalliberalen und die Konservativen bebten vor diesem Schritt zurück. Noch am 7. November wollte die Nationalliberale Korrespondenz von einer Abdankung des Kaisers nichts wissen und warnte vor der Weltgefahr des Bolschewismus. Das Zentrum und die Nationalliberalen bemühten sich, den Gang der Dinge etwas zu verlangsamen. Als am 8. November Beratungen zwischen den Mehrheitsparteien darüber stattfanden, in der nächsten Reichstagssitzung einen Initiativantrag einzubringen, des Inhalts, daß die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten durch geheimes, gleiches und unmittelbares Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stattfinden und jeder ohne Unterschied des Geschlechts wahlberechtigt sein solle, der das 24. Lebensjahr vollendet habe, da lehnten die Nationalliberalen das Frauenwahlrecht ab, und das Zentrum wich einer Antwort durch den Hinweis auf die Notwendigkeit einer neuen Fraktionssitzung aus.

Aber zu jeder Art von Bremsen war es zu spät. Die Frage mußte beantwortet werden: Welches war das

geringere Übel: die Abdankung des Kaisers oder der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung? Geschah das Letztere, dann wurden die Regierungssozialisten auf die Seite der Unabhängigen gedrängt. Die Gefahr einer völlig radikalen Politik lag vor. Das Ziel beider Richtungen konnte dann nur sein, offen auf die Republik hinzuarbeiten. Die Personen des Monarchen und seines ältesten Sohnes spielten dann keine Rolle mehr. Es handelte sich um die ganze Dynastie, um die Staatsform der Monarchie überhaupt. Wohin die Dinge trieben, zeigte wiederum das Beispiel Bayerns. In München beschloß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat in einer Sitzung im Landtagsgebäude am Vormittag des 8. Novembers die Absetzung der Dynastie Wittelsbach. Die bürgerlichen, vor allem die rechtsstehenden Parteien mußten einen ähnlichen Lauf der Dinge in Preußen zu verhindern sich bemühen. Die monarchische Staatsform sollte gerettet, aber die Person des Kaisers mußte geopfert werden. Unter dem Gewicht dieser Gründe erkannten alle Mehrheitsparteien den Rücktritt des Kaisers als notwendig an. Die Reichsregierung beschloß, dem Kaiser den Thronverzicht nahezulegen mit allen gegen eine Stimme, wahrscheinlich die des Kanzlers. Dem Kaiser wurde über die Lage Bericht erstattet. Der Reichskanzler reichte sein Abschiedsgesuch ein. Das Gleiche tat am 8. November der Oberstkommandierende in den Marken, der Generaloberst von Linsingen. Die Ereignisse begannen sich zu überstürzen. Die Regierung blieb nicht mehr Herrin der Lage. Am 8. November kam es zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin. Die Truppen zeigten sich völlig unzuverlässig. Noch am Vormittag des 8. Novembers gingen die Naumburger Jäger, die nach Berlin gerufen waren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, zum Volk über und schickten Abgesandte an den Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenteile schlossen sich an. Das Alexanderregiment trat nach einer Ansprache des sozialdemokratischen Reichtagsabgeordneten und Parteisekretärs Wels geschlossen zum Volk über. Auch bei den Garderegimen-

tern zeigte sich Neigung, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

Das Streben des Kanzlers blieb in diesen drohenden Gefahren immer darauf gerichtet, soweit es angehe, einen gesetzmäßigen Übergang zu schaffen und jede gewaltsame Revolution zu verhindern. Er wollte Erhaltung der Monarchie vor allem, um die Reichseinheit aufrecht zu erhalten. Veranlaßt durch die Vorgänge in Berlin und in Furcht vor einer Herrschaft der Massen, entschloß er sich zu einem, wie es scheint, eigenmächtigen Vorgehen. Ohne noch die Zustimmung des Kaisers zu haben, machte er am 9. November bekannt, der Kaiser habe sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler werde noch solange im Amte bleiben, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt seien. Der Reichskanzler werde dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung vorschlagen. Ihr solle es obliegen, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, festzustellen.

So wäre eine gesetzmäßige Überleitung des alten Deutschlands in das neue möglich gewesen. Es wäre kein revolutionärer Bruch mit der Vergangenheit erfolgt. Das ganze Volk wäre über die Umwandlung befragt worden. Für die Verhandlungen nach außen wäre eine Regierung geschaffen worden, die als Ausdruck des gesamten Volkswillens hätte gelten können.

Ein schweres Problem freilich blieb. Die Einsetzung einer Regentschaft war notwendig. Berechtigter Thronfolger war nach der Abdankung des Kaisers und nach Verzicht des Kronprinzen ein elfjähriges Kind. Und gerade in diesen Tagen kam es auf schnelles und energisches Handeln an. Als Regenten dachten sich viele den Prinzen Max von Baden. Es hätte eines schnellen, entschlossenen Zugreifens bedurft. Der Prinz

hätte die Parteien des Reichstags hinter sich haben müssen. Aber das war nicht der Fall. Der Prinz hatte keinen Halt bei den Parteien und im Volk. Auch war er in seinem Handeln zu ängstlich. Er wollte kein Blutvergießen. Er wollte eine geregelte, gesetzliche Entwicklung. Der Lauf der Dinge war mächtiger als er. Aber vielleicht hätte auch ein Stärkerer als der Kanzler ihn nicht mehr aufzuhalten vermocht.

Am 9. November übertrug der Kanzler dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert die Führung der Geschäfte. Es geschah in einer für Deutschland verhängnisvollen Lage. Seine Unterhändler waren auf dem Weg zum Feinde. Der Nachbarstaat Österreich brach völlig auseinander. Kaiser Karl hatte abgedankt. Die Tschechen forderten einen eigenen Staat. Die deutschen Teile rissen sich aus dem Verbande Österreichs los und erstrebten Anschluß an Deutschland. Dringender als je bedurfte Deutschland einer starken und entschlossenen Führung und der inneren Einheit. Wie sollte es aber eine energische äußere Politik führen bei den Unruhen im Innern, die das Heer in Feindesland seines letzten Haltes beraubten?

III. Die Republik im Reich und in den Einzelstaaten.

Nach Verlauf von noch nicht einer Woche war Norddeutschland der revolutionären Bewegung erlegen. Süddeutschland schloß sich ihr an. Mitteldeutschland war ihr in dem Augenblick verfallen, in dem sie in Berlin siegte. Noch richteten manche ihre Blicke hoffend nach der Reichshauptstadt. Das energische Vorgehen des Generalobersten von Linsingen hatte ihren Beifall. Man glaubte, er verfüge über genügend treue Truppen, um jede revolutionäre Regung im Keime zu ersticken. Daß Preußen, daß namentlich die Gebiete östlich der Elbe von der Revolution überwältigt werden könnten, hielten viele für ganz undenkbar. In Leipzig wurden am Morgen des 9. Novembers noch Stimmen laut, die meinten, in Berlin werde der bisherige Siegeslauf der Revolution sein Ende finden. Preußisches Militär werde dann in Sachsen und in die übrigen Bundesstaaten einrücken und die Arbeiter- und Soldatenräte überall davonjagen.

Diese Hoffnungen erwiesen sich als völlig trügerisch. Die Arbeitermassen Berlins standen geschlossen mit ihrer Sympathie auf der Seite der Revolution. Im Fall eines ernstlichen Widerstandes der Regierung drohten sie mit dem Generalstreik. Dessen Folgen aber waren unübersehbar. Die Truppen in Berlin handelten wie überall im Reich; sie gingen zu den Revolutionären über. Es wurde noch einige Tage in den Berliner Straßen, namentlich zur Abendzeit, geschossen. Der Generaloberst von Linsingen verschanzte sich im Marstall und leistete dort noch mehrere Tage Widerstand. Aber das war alles, was geschah. Auch in Berlin regte sich ernstlich keine Hand zur Verteidigung des alten Systems.

So war die Hauptstadt verloren und die Abdankung des Kaisers bekannt gegeben, ohne daß man noch wußte, ob er damit einverstanden sei.

Seit dem 6. November weilte der Kaiser im Großen

Hauptquartier zu Spa. Manche schalten auf seine Reise dorthin und bezeichneten sie als Flucht. Andere lobten sie. Nur im Großen Hauptquartier wahre er sich die Freiheit des Handelns. Vielleicht hoffte der Kaiser noch auf die Treue des Feldheeres. Bald mußte er erfahren, wie sehr die Disziplin bei manchen Truppenteilen gelockert sei. Zum Schutz des Kaisers waren umfangreiche Vorkehrungen getroffen worden. Ein bewährtes Sturmbataillon diente zu seiner Bewachung. Für den Vormittag des 8. Novembers wurden zahlreiche Regiments-, Brigade- und Divisionskommandeure zu einer Besprechung nach Spa berufen. Sie sollten über die Stimmung der kämpfenden Truppen berichten. Einzelne der Truppenbefehlshaber sagten aus, daß ihre Regimenter nicht mehr zuverlässig seien. Fast einstimmig ging das Urteil dahin, daß die alten Mannschaften bereit seien, bis zum letzten Atemzug standzuhalten, daß aber für die „Ausgekämmten" und Neuherausgekommenen keine Bürgschaft übernommen werden könne. Die jungen Arbeiter, verwöhnt durch die hohen Löhne, die sie vor ihrer Einziehung in der Heimat bezogen, und nicht gewillt, auf das ungebundene Leben zu verzichten, dem sie sich hingegeben, weigerten sich vielfach zu kämpfen. Der General von Groener hielt darauf dem Kaiser Vortrag und stellte ihm vor, daß die Truppe nicht mehr zuverlässig sei und „nicht mehr hinter dem Kaiser stehe", daß das Heer „unter seinen Oberbefehlshabern und kommandierenden Generälen geordnet in die Heimat zurückmarschieren werde, aber nicht unter der Führung des Kaisers", daß „Fahneneid und Kriegsheer nur eine Idee" seien. Danke der Kaiser nicht ab, dann bleibe nichts übrig, als „unter nachdrängendem Feinde in vieltägigen Märschen ohne Verpflegung das Westheer zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen".

Manche Stimmen, die sich aus den Kreisen des Heeres vernehmen ließen, stimmten mit der vorgetragenen Ansicht von Groeners überein. So schrieb ein Frontoffizier in diesen Tagen an die „Vossische Zeitung": „Das wirkliche Heer ist so kriegsmüde, hat so Namen-

loses durchgemacht, so Herrliches geleistet ohne anderen Dank als leere Worte, dieses Heer ist abgestumpft gegen die Frage, ob der Kaiser bleibt oder geht, dieses Heer will Frieden. In seinen besten Teilen will es den Frieden in Ehren, aber Mannschaften und Offiziere dieses Heeres werden um des Kaisers willen den Krieg auch nicht einen Tag länger fortsetzen wollen.“

Die gleiche Stimmung kam in der nächsten Umgebung des Kaisers noch am 8. November zum Ausdruck. Die wilden Gerüchte, die in ganz Deutschland umliefen, fanden auch im Großen Hauptquartier unter den Mannschaften Eingang. Am Abend des 7. Novembers wurde bekannt, daß in Hamburg, Rostock, Hannover, Köln die rote Fahne wehe. Man sprach von dem Anrücken großer Matrosenabteilungen. Ein Kampf schien bevorzustehen. Da erklärten am Abend des 8. Novembers viele Angehörige der zur Bewachung des Kaisers bestimmten Truppen, sie würden sich weigern, das Leben Wilhelms II. und das der Offiziere des Großen Hauptquartiers gegen eigene Volksgenossen zu verteidigen.

Es war so kein unbedingter Verlaß auf die Schutztruppe mehr. Am Vormittag des 9. Novembers suchte Prinz Max von Baden telephonisch den Kaiser dazu zu bringen, seine Abdankungserklärung auszusprechen. Er wies darauf hin, nur dadurch sei der Bürgerkrieg und der blutige Straßenkampf in Berlin zu vermeiden und biete sich für die Monarchie Aussicht auf Rettung.

All das blieb auf den Kaiser nicht ohne Eindruck, und nach langem inneren Kampf entschloß sich Wilhelm II. zur Abdankung. Heer und Flotte, die beiden Mächte, auf deren treueste Anhänglichkeit er bis dahin gerechnet hatte, ließen ihn im Stich. In der Heimat fiel man von ihm ab. Der Gedanke, Deutschland durch seine Abdankung den Bürgerkrieg zu ersparen und dem deutschen Heer die sichere Rückführung nach der Heimat zu ermöglichen, bestimmten ihn wohl hauptsächlich zu seinem Entschluß.

Noch ehe er seinen Willen kundgemacht, gab Prinz Max die Abdankung Wilhelms II. als deutscher Kaiser

und König von Preußen in Berlin am Nachmittag des 9. Novembers bekannt. Der Kronprinz verzichtete auf den Thron. Einige Stunden gab es ein Schwanken, wohin der Kaiser sich begeben solle. Dann entschied er sich für den Aufenthalt in Holland. Noch am Abend des 9. Novembers fuhr er dorthin ab.

Hindenburg blieb. Noch am gleichen Abend sandte er ein Telegramm an das Westheer, das durch die Regiments- und Bataillonskommandeure den Truppen sofort bekannt gegeben werden sollte. In ihm wies er darauf hin, daß der Waffenstillstand mit aller Beschleunigung abgeschlossen würde. Gleichzeitig vollziehe sich in der Heimat eine Umwälzung der politischen Zustände. Die an der Spitze stehenden Männer erklärten, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollten. In erhöhtem Maße gelte das für das Heer. Keiner dürfe seine Truppe ohne Befehl verlassen. Jeder habe wie bisher seinem Vorgesetzten zu gehorchen. Für die Führer war der Zusatz hinzugefügt: Mit den sich bildenden Arbeiter- und Soldatenräten sei auf gütlichem Wege ein Einvernehmen zu erzielen. Das Gleiche riet der General von Groener bei einer Besprechung am Abend des 9. Novembers den Offizieren des Generalstabs. Die Pflicht der Offiziere sei, die Auflösung des Heeres zu verhindern, die Rückführung in die Heimat durchzuführen, auf dem Posten zu bleiben und Konflikte zu vermeiden.

Dementsprechend handelten die einzelnen Heeresstellen. Noch am Abend des 9. Novembers kam es zur Bildung von Soldatenräten bei verschiedenen Stellen des Großen Hauptquartiers. In der Nacht zum 10. November traf eine Soldatenabordnung aus Berlin ein, um eine Verbindung mit dem Großen Hauptquartier herzustellen. In den nächsten Tagen fanden bei dem Westheer überall die Wahlen zu den Soldatenräten, oder wie sie Hindenburg in einem Erlaß vom 10. November bezeichnete, zu den Vertrauensräten statt. Die Revolution hatte damit auch bei dem Heer gesiegt.

Wer aber regierte nun in Deutschland? Prinz Max von Baden hatte die Führung der Reichsgeschäfte an

den Sozialdemokraten Friedrich Ebert übergeben. Dieser bezeichnete sich als Nachfolger des Prinzen zunächst als Reichskanzler.

Als solcher erließ er einen Aufruf, in dem er sich an alle Behörden und Beamten in Stadt und Land wandte, ihm beizustehen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Er wisse, daß es vielen schwer fallen werde, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber er appelliere an ihre Liebe zum deutschen Volk. Ein jeder möge auf seinem Posten ausharren, bis die Stunde der Ablösung gekommen sei. Von der Einsetzung einer Regentschaft sagte er nichts. Es zeigte sich bald, daß Ebert nicht in der Lage war, die Regierung in dem Sinne weiterzuführen, wie sich das Prinz Max von Baden gedacht hatte. Die Abdankung des Kaisers und der Verzicht des Kronprinzen retteten keineswegs die Monarchie. Die Unabhängigen und, von ihnen gedrängt, auch ein Teil der alten sozialdemokratischen Partei arbeiteten auf die Ausrufung der Republik hin.

Noch am Nachmittag des 9. Novembers erklärte Scheidemann von einem Fenster des Reichstags aus Deutschland als Republik. An die Stelle der vom Prinzen Max von Baden gewünschten gesetzmäßigen Überleitung in den neuen Zustand trat die Revolution. Denn das war sie unzweifelhaft. Die Ausrufung war ein Akt der Willkür. Sie war nicht getragen von der Zustimmung des Reichstags oder einer andern vom Volk dazu gewählten Körperschaft. Der Reichstag wurde ohne sein Befragen und ohne seine Zustimmung beiseite geschoben. Weitere Kreise im Lande verstanden nicht, warum kein Protest von seiner Seite erfolgte. Die Frage: Wo bleibt der Reichstag? schwebte auf vieler Lippen. Erst am 19. November erfolgte ein Einspruch des Reichstagspräsidenten Fehrenbach gegen das mit dem Reichstag beliebte Verfahren. Aber da war es zu spät, und der Protest tat keine Wirkung mehr. Fehrenbach erklärte, daß er die Auflösung des Reichstags für ungesetzlich erachte und sich die Zusammen-

berufung im gegebenen Augenblick vorbehalte. Es könnten Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen wie einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstags als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen ließen. Ebenso wurde der Bundesrat beiseite gedrängt. Freilich sah man sich genötigt, diesen nach einiger Zeit wieder zusammenzuberufen und ihm die bisherigen Verwaltungsbefugnisse zuzugestehen.

Die Regierung ging über an ein Sechsmännerkollegium. Drei seiner Mitglieder waren Mehrheitssozialisten, drei Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratie. Schon seit dem Morgen des 9. Novembers fanden Verhandlungen zwischen den beiden Parteien statt. Man erstrebte eine gemeinsame Regierung unter beiderseitiger völliger Gleichberechtigung. Die Unabhängigen schlugen Haase, Liebknecht und Barth von ihrer Seite als Mitglieder der gemeinsamen Regierung vor. Außerdem stellten sie eine Reihe von Bedingungen. Sie forderten: Deutschland solle eine sozialistische Republik sein. In dieser Republik solle die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein. Alle bürgerlichen Mitglieder sollten aus der Regierung ausgeschlossen sein. Die Beteiligung der Unabhängigen solle nur für drei Tage als ein Provisorium gelten, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen. Die Ressortminister seien nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts zu betrachten. Für beide Teile des Kabinetts ward Gleichberechtigung verlangt. Die Mehrheitssozialisten nahmen nicht alle von diesen Forderungen an. Sie antworteten: Die sozialistische Republik sei auch das Ziel ihrer Politik. Die Entscheidung darüber liege indessen bei dem Volk und der konstituierenden Versammlung. Sie sprachen sich weiter gegen die Diktatur eines Teils einer Klasse aus, hinter dem nicht die Volksmehrheit stehe; die Macht ausschließlich in die Hände der werktätigen Bevölke-

rung und der Soldaten zu legen, gehe nicht an, weil das den demokratischen Grundsätzen widerspreche. Ebenso lehnten sie ab, alle bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung auszuschließen. Tue man das, so werde die Volksernährung erheblich gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Mehrheitssozialisten hielten weiter dafür, daß nicht ein Zusammenwirken für drei Tage, sondern mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung erforderlich sei. Der Forderung bezüglich der Ressortminister stimmten sie zu. Gleichberechtigung sollten nicht nur die beiden Leiter des Kabinetts, sondern alle Mitglieder haben. Die Entscheidung darüber habe indeß die konstituierende Versammlung.

Die Unabhängigen erwiderten auf dies Schreiben, daß sie unter bestimmten Bedingungen in das Kabinett einzutreten willens seien. Das Kabinett dürfe nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stünden. Für die Fachminister gelte diese Beschränkung nicht. Sie seien nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von diesen würden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eines. Eine Fristbestimmung werde an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett nicht geknüpft. Jede Partei entsende drei Mitglieder in das Kabinett. Die politische Gewalt liege in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen seien. Die Frage der konstituierenden Versammlung werde erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und solle deshalb späterer Erörterung vorbehalten bleiben. Die Bedingungen seien von dem Wunsch eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert. Würden sie angenommen, dann seien als Mitglieder, die von seiten der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten sollten, Haase, Dittmann und Barth delegiert.

Die sozialdemokratische Partei ging auf diese Be-

dingungen ein. Sie nahm ihrerseits die Abgeordneten Ebert, Landsberg und Scheidemann als Minister in Aussicht.

Auf diese Weise konstituierte sich die neue Regierung der Volksbeauftragten. Sie vervollständigte sich in den nächsten Tagen. In die leitenden Ämter traten überall neue Männer ein. Kommandant von Berlin wurde der sozialdemokratische Parteisekretär und Abgeordnete Otto Wels; Staatssekretär des Innern wurde Dr. Hugo Preuß, bisher Professor an der Handelshochschule zu Berlin. Durch eine Reihe von Schriften zur Kommunalpolitik, besonders durch sein Werk über die Entwicklung des deutschen Städtewesens und seine Schrift aus dem Jahre 1916 „Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke“, hatte er sich weiteren Kreisen bekannt gemacht. Solf, der bisherige Staatssekretär des Kolonialamts, führte das Auswärtige. Ihm zur Seite stand Karl Kautsky, der Theoretiker und unermüdliche Ausleger der marxistischen Lehre. Er war Tscheche, 1854 in Prag geboren, und als Ausländer hätte er ein solches Amt gar nicht übernehmen können. Er hätte erst Reichsdeutscher werden müssen. Aber man sah bei ihm über alle Bedenklichkeiten dieser Art hinweg. Bei der Verteilung der Ämter kam es hier wie überall weniger auf die Fähigkeit als auf die Gesinnungstüchtigkeit an. Ein weiteres Mitglied des Kabinetts wurde Hellmuth von Gerlach, der Leitartikler der „Welt am Montag“, ein früherer Nationalsozialer. In seiner Geschichte des preußischen Wahlrechts (1908) hatte er sich als einen der heftigsten Gegner des Dreiklassenparlaments gezeigt. In seinen Ansichten stand er den Mehrheitssozialisten sehr nahe.

Eine gewisse Schwerfälligkeit und Ungleichartigkeit war dem neuen Kabinett von allem Anfang an eigen. Ein einheitlich geschlossenes Regierungsprogramm konnte von ihm nicht durchgeführt werden, dazu waren die Ziele der einzelnen Mitglieder zu verschieden. Dachten sie doch schon über die grundlegende Frage, von der alles abhing, über die Berufung der Nationalversammlung, sehr verschieden.

Der gleiche Zwiespalt trat nun auch in der Besetzung der Ministerien in den einzelnen Bundesstaaten hervor. Überall ging man von dem Grundsatze der Parität aus. Mehrheitssozialisten und Unabhängige sollten in gleicher Stärke vertreten sein. Der zwiespältige Zug, der schon in der Reichsleitung bemerkbar war, mußte bei der Leitung der Einzelstaaten sich also wiederholen. Zunächst in Preußen. Der Umsturz in Berlin, der die Reichsregierung in die Hände der beiden sozialdemokratischen Parteien brachte, führte auch zur Ergreifung der Macht durch diese beiden Parteien in Preußen. Auch hier trat ein Sechsmännerkollegium an die Spitze. Die sozialdemokratische Partei entsandte hierzu die Mitglieder Hirsch, Braun und Hänisch; die Unabhängigen wählten Ströbel, Adolf Hoffmann und Kurt Rosenfeld zu ihren Vertretern. Am meisten Aufsehen erregte die Ernennung Adolf Hoffmanns zum preußischen Kultusminister. Er hatte sich bis dahin der weiteren Öffentlichkeit durch sein kleines Schriftchen „Die 10 Gebote und die besitzende Klasse" und durch eine Reihe von Aussprüchen bekannt gemacht, die bewiesen, daß er mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuße stand. Zu denken, daß ihm die preußischen Universitäten untergeordnet seien, und daß er über Männer von Weltruf wie Harnack und von Wilamowitz-Moellendorf zu befinden habe, hatte etwas Groteskes an sich. Eigentlicher Widerspruch gegen die Bildung der neuen Regierung erfolgte aber auch in Preußen nicht. Man ließ alles stumm über sich ergehen.

Wie im Reich und in Preußen brachen in der Woche vom 10. bis 17. November die übrigen deutschen Throne zusammen. Überall kam es in den einzelnen Staaten zur Bildung provisorischer Regierungen und zum Ausrufen der Republik. Die monarchischen Verfassungen fielen wie Kartenhäuser zusammen. Nirgends trat das Volk entschlossen für die Fürsten ein, nirgends gab es irgendwelchen Widerstand. Die Fürsten räumten überall kampflos den neuen Machthabern das Feld. Die Anhänger der Monarchie erwarteten von den Fürsten wenigstens einen Abgang mit Würde. In banger Span-

nung hofften sie auf einige Worte voll Trost, voll ruhiger Vornehmheit. Besonders vom Kaiser, von ihm, der sonst soviel geredet, und so manches Wort am unrechten Platz. Hätte er öffentlich erklärt: er danke ab und gehe in das Ausland, um sein Volk vor dem Bürgerkrieg zu bewahren, seine heißesten Wünsche bis zum letzten Atemzug gälten dem deutschen Volk, niemals werde seine Liebe zu diesem Volk erkalten, das ihm in den vier Kriegsjahren in treuer Anhänglichkeit so große Opfer gebracht, — mit Jubel und inniger Bewegung würden das Millionen gelesen haben. Aber nichts dergleichen geschah. Am 10. November las man nur, ohne über die Motive, die dazu geführt, etwas näheres zu erfahren, der Kaiser sei nach Holland geflohen, ohne ein Wort des Abschieds an das deutsche Volk. In Amerongen fand er seinen Zufluchtsort. Seine offizielle Thronentsagung folgte erst am 28. November. Vielen erschien seine Laufbahn im Licht eines tragischen Verhängnisses. Sie entsannen sich, wie er einst Bismarck, den Schöpfer der Reichseinheit, beiseite geschoben, wie er in vermessenem Mut geglaubt, aus eigener Kraft das Steuer des Reichsschiffes lenken zu können. Voll Bitternis erinnerte sich mancher des Ausspruchs vom 24. Februar 1892 auf dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtags: „Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe Ich euch noch entgegen.“ Und des Wortes aus der gleichen Rede: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert.“ Und nun lag dieses Reichsschiff wrack auf den Klippen. Der Sturm umheulte es von allen Seiten. Der stolze Bau, für den Millionen gearbeitet, geblutet und ihr Leben dahingegeben hatten, schien verloren. Der Kronprinz folgte seinem Vater ins Ausland. Irgendwelcher besonderen Vorliebe hatte er sich nie zu erfreuen gehabt. Niemand hatte an ihn als Thronfolger gedacht, und man nahm sein Verschwinden mit dem größten Gleichmut auf. Er ward auf einer Insel des Zuidersees interniert. Auch er verzichtete erst später für sich auf den Thron.

Wie im Reich und in Preußen bildeten sich auch in

den übrigen Bundesstaaten in den nächsten Tagen provisorische Regierungen. So am 9. November in Stuttgart für Württemberg, am 10. November in Karlsruhe für Baden. Am gleichen Tag folgten das Königreich Sachsen, das Großherzogtum Hessen, das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, das Herzogtum Braunschweig, das Fürstentum Reuß jüngere Linie. Mit ein wenig Verspätung geschah das gleiche in den anschließenden Tagen in Anhalt, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Koburg-Gotha, Altenburg, Mecklenburg-Schwerin. Der letzte deutsche Fürst, der vom Throne wich, war der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt. Am bedächtigsten ging man bei der Neubildung der Regierung in Württemberg und Baden vor. Die sozialdemokratische Partei zog hier in ausgedehntem Maße Vertreter der Bürgerlichen Parteien zur Mithilfe heran. Der in langer politischer Erziehung gereifte staatsbürgerliche Sinn dieser Süddeutschen trat auf diese Weise deutlich zutage. Er bewies sich auch darin, daß in diesen Ländern die Unabhängigen mit ihren radikalen Bestrebungen so gut wie keinen Boden gewannen.

In mehr oder minder feierlicher und förmlicher Art sprachen die einzelnen deutschen Fürsten ihren Thronverzicht aus. Am vornehmsten geschah es durch den Großherzog Friedrich von Baden in einer Kundgebung vom 22. November. Er entsagte darin dem Thron für sich und seinen Vetter, den Prinzen Max von Baden. Sie schloß: „Mein und meiner Vorfahren eifrigstes Bestreben war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie war es auch heute bei diesem meinem letzten, schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf. Gott schütze mein liebes Badener Land!“

Am gemütlichsten nahm König Friedrich August III. von seinen radikalen Sachsen Abschied. Er versicherte, als man ihn zur gewaltsamen Unterdrückung der Revolution in Dresden aufforderte, seinetwegen solle kein Blut in der Schloßstraße fließen. Vom Thron nahm er Abschied mit den Worten: „Nun, dann macht euren Kram alleene!“

Der monarchische Gedanke erlitt durch diese Massenabdankung der Fürsten, durch ihr unrühmliches Kapitulieren, unheilbaren Schaden. Nicht nur in den konservativen Kreisen regte sich ein bitteres Gefühl. Der in manchen Fällen würdelose Abgang der Fürsten erleichterte es vielen, die bisher treue Anhänger der Monarchie gewesen waren, sich entschlossen auf den Boden der Republik zu stellen. Allem, was an Kaisertum, Königtum und Fürstenherrschaft erinnerte, wurde nun der Krieg erklärt. An die Stelle der ruhmvollen Reichs- und Landesfahnen trat die rote Fahne als Symbol der siegreichen Revolution. Die Hoflieferanten zogen ihre Schilder ein oder verdeckten und vertilgten die an ihre Beziehungen zu einem Hofe erinnernden Bezeichnungen. Aus den Erkenntnissen der Amtsgerichte wich die Formel: „Im Namen des Königs". Bei der „Kreuzzeitung" verschwand in der Überschrift das Motto: „Mit Gott für König und Vaterland", unter dem sie im Sommer 1848 im Kampf gegen die damalige Revolution gegründet und bisher erschienen war; bei der „Deutschen Tageszeitung" die Devise: „Für Kaiser und Reich".

Ein Rausch kam über die Massen. Mit dem siegreichen Ausgang der Revolution, mit dem Ausrufen der Republik mußte sich alles zum Besseren wenden. Jetzt gab es Frieden und Brot. Eine goldene Zukunft eröffnete sich. Aller bisher oft drückend empfundene Zwang fiel fort. Die Fröhlichkeit erhielt wieder ihr Recht. In den Tanzlokalen erscholl wieder Musik. Es gab Licht in den Häusern und Gassen. Geschmückt mit roten Schleifen zogen die Arbeiter und Arbeiterinnen, zogen Soldaten und Matrosen in den ersten Tagen der Revolution durch die Straßen der Städte. Ihnen gehörte die Welt. Sie hatten Deutschland die Freiheit geschenkt. Ihre Fäuste stürzten die Thronsessel und zerrissen die drückenden Ketten. Am 12. November teilte die neue Reichsregierung in einem Aufrufe dem deutschen Volke mit, sie setze sich zur Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkünde schon jetzt mit Gesetzeskraft, der Be-

lagerungszustand sei aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliege keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur finde nicht statt, auch keine Theaterzensur; Meinungsäußerungen in Wort und Schrift seien frei. Die Freiheit der Religionsausübung werde gewährleistet. Niemand dürfe zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten werde Amnestie gewährt. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst werde aufgehoben. Die Gesindeordnung werde außer Kraft gesetzt, ebenso das Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen träten wieder in Kraft. Spätestens am 1. Januar 1919 werde der achtstündige Maximalarbeitstag eingeführt. Die Regierung werde alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung der Erwerbslosen sei fertiggestellt. Sie verteile die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung werde die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 M. ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot werde durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung werde hingearbeitet werden. Die Regierung werde die geordnete Produktion aufrecht erhalten und das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Sicherheit der Personen schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften seien fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionalwahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Dieses Wahlrecht werde auch für die konstituierende Versammlung gelten.

Es ging so eine wahre Fülle von Verheißungen auf das Volk nieder. Alle Beschränkungen schienen damit beseitigt. Was keine bürgerliche Regierung bis dahin durchzusetzen und einzuführen die Kraft gehabt, schien das siegreiche Proletariat durchführen zu wollen. Vor allem hielt man auf Aufrechterhaltung der Ordnung.

Ängstlich war man bedacht, keine Stockung in der bisherigen Verwaltungsmaschinerie eintreten zu lassen. Freilich gab es hin und wieder Ausschreitungen, doch waren sie zunächst geringfügiger Natur. Sie gingen von Anfang an von den Anhängern der Spartakusgruppe aus. Deren Bestreben ging in verschiedenen Städten dahin, mißliebige Zeitungen am Erscheinen zu verhindern oder sich in den Besitz der Zeitungen zu setzen, um daraus Organe ihrer Richtung zu machen. So wurden in Leipzig die „Neuesten Nachrichten" in der Nacht nach der Revolution am Druck des Morgenblattes verhindert. Auch in den folgenden Wochen wurden sie des öfteren bedroht. Doch ließ man sie sonst unangefochten. Ernsterer Natur war der Kampf um den „Lokalanzeiger" in Berlin. Anhänger Liebknechts belegten am Sonnabend den 9. November die Räume des Hauses Scherl mit Beschlag. Der „Lokalanzeiger" erschien am Sonntag den 10. zum maßlosen Erstaunen seiner Berliner Leser als ein Organ der Spartakusgruppe unter dem Titel „Die Rote Fahne". Da die Besetzung spät abends geschehen war, mußte zur Füllung des Blattes eine Reihe bereits gesetzter Mitteilungen aufgenommen werden. Der Aufruf Eberts, der dringend darum bat, die Straßen zu verlassen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wurde mit dem Zusatz versehen: „Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Straßen zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und in jedem Augenblick auf der Hut zu sein. Die Sache der Revolution ist nur in den Händen des Volkes sicher. Die Aufforderung des vom gestürzten Kaiser neugebackenen Reichskanzlers verfolgt nur den Zweck, die Massen heimzusenden, um die alte „Ordnung" wiederherzustellen." In ähnlichem Stil war der Aufruf an die Arbeiter und Soldaten von Berlin gehalten. Inbezug auf die Regierungssozialisten wurde darin erklärt: „Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben." Erst nach langem Hin- und Herverhandeln, das sich eine Woche hinzog, und nachdem sich der Besitzer des Blattes an die provisorische Regierung gewendet hatte, gelang es ihm,

wieder in den unangefochtenen Besitz seines Blattes zu kommen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte ein ähnliches Schicksal. Sie erschien am 10. November unter dem Titel „Die Internationale“. Der Leitaufsatz begann mit den Worten: „Wir grüßen die Freiheit, wir grüßen die sozialistische Republik Deutschlands mit dem Rufe, der ein Gelöbnis, ein Schwur ist: Hoch lebe die Republik! Hoch lebe die Internationale!“ Auch hier gelang es dem Besitzer, sein Blatt zurückzuerhalten. Die „Norddeutsche Allgemeine“ wandelte sich jetzt in die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ um.

Doch blieben diese Übergriffe zunächst nur vereinzelter Natur. Man nahm sie noch nicht so ernst. Zwar erfüllte Tieferblickende, wenn sie sahen, wie schwächlich die neue Berliner Regierung gegen das Treiben der Anhänger Liebknechts im Falle des „Lokalanzeigers“ vorging, schon damals ernste Sorge. Aber man hörte nicht recht auf sie. Es schien, als könne eine haltbare Regierung zustande kommen. Der Siegesrausch des Proletariats wirkte ansteckend. Er kannte keine Grenzen. Schon sah man die ganze europäische Welt in Revolution. Die „Leipziger Volkszeitung“ forderte geradezu dazu auf, den Brand der Revolution nach Frankreich und England hinüberzuwerfen. Auf englischen Schiffen sollte die rote Fahne wehen, und sie sollte über französischen Schützengräben flattern. Man berichtete von einer Verbrüderung zwischen englischen und deutschen und zwischen deutschen und französischen Truppen. Das alles erwies sich nur zu bald als Täuschung. Ebenso die Nachricht von der Ermordung Fochs. Mancher Patriot wünschte, daß die Nachrichten von einer internationalen Erhebung des Proletariats richtig sein möchten, weil er hoffte, daß in diesem Fall die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen für Deutschland günstiger ausfallen würden. Aber die Schwärmerei für die Internationale blieb auf Deutschland beschränkt. Ängstlich schlossen sich Frankreich, England, Amerika und Italien wie vor dem bolschewistischen Rußland, so vor dem sozialistischen

Deutschland ab. In Frankreich flammte nach dem unerwarteten Sieg ein Geist der Rachgier sondergleichen auf. Der Appell, den die Berliner Unabhängigen und Mehrheitssozialisten am 11. November an die Internationale richteten, blieb wirkungslos. Das gleiche Schicksal hatte ein anderer Aufruf der Unabhängigen Partei. Der Hinweis auf die Klassensolidarität, das Gerechtigkeitsgefühl, die sozialistische Gesinnung der Proletarier in den feindlichen Ländern fand kein Echo.

Es war das erste Wasser, das in den Wein der sozialistischen Begeisterung gegossen wurde. Manches andere trug zur weiteren Ernüchterung bei. An vielen Orten kam es zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Sie rissen die Herrschaft an sich, beseitigten vielfach die alten Stadt- und Gemeindeverwaltungen und setzten sich an deren Stelle. An manchen Stellen waren es fähige Köpfe, die in den Arbeiter- und Soldatenräten saßen. In vielen Fällen aber handelte es sich um Männer, die durch ihre sozialistische Gesinnung und ihre Fertigkeit der Rede sich ausgezeichnet hatten, aber von den behördlichen Geschäften wenig oder gar nichts verstanden. Mit täppischer Hand griffen sie in die komplizierte Maschinerie des deutschen Wirtschaftslebens ein. Sie hielten Lebensmitteltransporte an, beschlagnahmten Lebensmittelvorräte, verteilten die Bestände von Militärdepots, setzten ihnen nicht zusagende Verwaltungsbeamte ab, entfernten Schuldirektoren und Lehrer, die ihnen zu patriotisch waren, aus ihren Stellen, strichen den Religionsunterricht vom Schulplan, kurz, fühlten sich als souveräne Herren. Die einzelnen Soldaten- und Arbeiterräte, deren Zahl man bald auf über 10000 berechnete, geboten ohne Rücksicht auf das Ganze und verfuhren, als bestände Deutschland aus lauter kleinen, voneinander unabhängigen Gemeinwesen. Die Einheit des Ganzen drohte auseinanderzubrechen. Auf die Anordnungen der oberen Behörden nahm man keine Rücksicht. Wohl bestimmten die Reichsregierung und die einzelnen Landesregierungen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nur als Kontrollinstanzen der Behörden zu betrachten seien,

aber der Machtdünkel der einzelnen Arbeiter- und Soldatenräte gab sich damit nicht zufrieden. Es fehlte der Zentralregierung sowohl im Reich wie in den einzelnen Staaten bald an jeder Autorität, ihren Willen durchzusetzen. Aufrufe der Zentralbehörden im Reich und in den einzelnen Staaten, der Arbeiter- und Soldatenräte in den einzelnen Orten jagten sich. Man hatte früher über die Unzahl der kriegswirtschaftlichen Verordnungen gespottet. Die Fülle der Verfügungen, die jetzt über Deutschland herniederging, war aber damit nicht zu vergleichen. Die Zeitungen wurden überall gezwungen, diese Verordnungen an leitender Stelle zu bringen. Ihr Widerspruch dagegen half nichts. Schon nach 14 Tagen republikanischen Regiments bot Deutschland den Eindruck vollkommener Anarchie dar.

Am schlimmsten wirkte die neue Freiheit auf das Heer. Der Haß auf die Offiziere entlud sich überall spontan. Ihnen wollte man nicht mehr gehorchen. Man riß ihnen die Epauletten von den Schultern und beraubte sie ihres Degens. Sie hatten keine Autorität mehr. Die Wirkung zeigte sich sogleich. Eine vollkommene Desorganisation des Heeres, soweit es noch in der Heimat war, griff um sich. Mit der Entfernung der Offiziere entschwand jede Disziplin; niemand wollte mehr gehorchen. Früh genug und doch schon zu spät erkannten die Führer das Unheil, das heraufzog. Schon am 12. November sprach die Volksregierung in einem Telegramm an die oberste Heeresleitung aus, daß die Heeresdisziplin erhalten bleiben müsse. Unbedingter Gehorsam im Dienst sei von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung der Truppen in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müßten unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Aber der Zersetzungsprozeß griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich. Solange die Fronttruppen vor dem Feinde standen, hielten sie sich in leidlicher Ordnung. Aber selbst hier schon häuften sich die Fälle von Widersetzlichkeit. In der Heimat gar war von irgend einem Gehorsam bald keine Rede mehr, und gerade in diesen Tagen kam es darauf an,

daß das Heer intakt blieb. Nach außen, den Feinden gegenüber, konnte Deutschland nur solange etwas bedeuten, als es eine zu respektierende Macht blieb. Je stärker die Anarchie um sich griff, je mehr das Heer sich auflöste, um so leichter wurde Deutschland eine Beute der rachgierigen Feinde. Das siegreiche Proletariat war zu sehr auf die Durchführung seines innern Programmes bedacht. Es übersah einen wichtigen Punkt, von dem die Durchführung aller innern Reformen und das Gelingen der Revolution abhängig blieb: die Abhängigkeit Deutschlands von den Faktoren der äußern Politik. Keiner der Männer der neuen Regierung war ein in den Geschäften der äußern Politik erfahrener Mann. Und dabei bedurfte Deutschland gerade in diesen Tagen Männer von hervorragendem diplomatischem Geschick. Deutschland einen günstigen Frieden zu schaffen, war zunächst wichtiger als innere Reformen. Sie blieben ohne Wirkung, wenn Deutschland zerstückelt wurde, wenn man seine Industrie vernichtete, wenn man seinen Handel für immer zerstörte und es dadurch verarmte. Es war ein tragisches Verhängnis für Deutschland, daß das die neuen Gebieter des Reichs nicht bedacht hatten, und daß die Revolution, welthistorisch gesehen, in dem für Deutschland ungünstigsten Augenblicke ausbrach. Der Druck von außen machte sich bald in nicht vorausgesehener Weise in Deutschland bemerkbar und führte das einst so stolze und mächtige Reich an den Rand des Abgrunds.

IV. Die Bedingungen des Waffenstillstands.

Für Deutschland kam in dem Augenblick, in dem es an seine Gegner mit dem Vorschlag herantrat, die Feindseligkeiten einzustellen und einen Waffenstillstand abzuschließen, alles darauf an, im Innern einig zu sein und dem Feinde neben der Bereitwilligkeit zum Frieden zugleich den Willen zum entschlossenen Widerstand zu zeigen, falls die Bedingungen, die man ihm auferlegte, mit seiner nationalen Würde unvereinbar waren. Die Oberste Heeresleitung bereitete sich, ehe sie von dem Umsturz in der Heimat wußte, auf ein „Unannehmbar" vor. Durch eine wesentliche Verkürzung der Front hoffte sie Kräfte zu weiterem energischem Widerstand zu gewinnen. Es wurde festgestellt, daß die Betriebsmittel noch bis zum Sommeranfang 1919 reichten, die anderen Rohstoffe noch weiter. Eine der Hauptsorgen der deutschen Unterhändler sollte sein, für eine genügend lange Frist zur Räumung Belgiens zu sorgen, damit das Heeresgerät, das sich im Lande befand und Milliarden wert war, gerettet werden könne.

Durch die ausgebrochene Revolution ward Deutschland wehrlos. Der Feind wußte, das Deutschland an weiteren Widerstand nicht denken konnte. Er stellte darum Bedingungen von einer Härte, wie sie demütigender nicht zu ersinnen waren. Dabei hatte dies Volk sich über vier Jahre ruhmvoll gegen eine Welt von Feinden behauptet. Sein Heer war wohl unter dem Anprall der feindlichen Angriffe zurückgewichen, war aber sonst unbesiegt. Noch stand es in Feindesland. Wäre dem Feind das „Unannehmbar", auf das die Oberste Heeresleitung sich gerüstet hatte, bei der Bekanntgabe seiner Bedingungen entgegengeklungen, hätte er gesehen, daß das deutsche Heer und das deutsche Volk zu weiterem Widerstande einmütig entschlossen gewesen, wäre die Ablehnung geschickt diplomatisch ausgenutzt worden, es wäre sicherlich zu

Gegenbewegungen in den feindlichen Ländern gekommen, und Amerika hätte seinen mäßigenden Einfluß wirksamer zur Geltung bringen können. Auch bei dem Gegner mangelte es an Mannschaftsersatz; er litt unter Kohlen- und Schiffsraumnot. Die Aussicht auf einen weiteren Kriegswinter war auch für ihn unerfreulich. Nun diktierte die blindeste Rachgier die Bedingungen des Waffenstillstandes. Der Feind blieb bei dem, was festgesetzt worden war, nicht stehen. Die Bedingungen wurden fortwährend verschärft und übertreten.

Am Mittwoch den 6. November reiste die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes von Berlin nach dem Westen. Es gehörten zu ihr der General von Winterfeld, Kapitän Vanseloh, der Reichstagsabgeordnete Erzberger, Graf von Oberndorff und General von Gündell. Am Abend des 8. Novembers erreichten die deutschen Unterhändler, im Auto von Spaa aus kommend, die französischen Linien. Im Auto ging es zunächst durch Frankreich weiter. Abends stiegen sie in einen Zug. Er fuhr ab, ohne daß sie wußten wohin. Als sie am Morgen aufwachten, hielt er im Walde von Compiègne. Dort fanden sie einen zweiten Zug, der Foch und seine Begleiter enthielt. Der Empfang, der den deutschen Unterhändlern zuteil wurde, war außerordentlich kalt. Foch, ein Sechziger, gemessen und kühl, zeigte sich nur zweimal, am Beginn und am Schluß der Verhandlungen. Jeder äußerte sich in seiner Sprache. Dadurch zogen sich die Verhandlungen sehr lange hin. Alles ward übersetzt. So dauerte die Verlesung der Bedingungen beinahe zwei Stunden. Auf der deutschen Seite waren zwei Zivilisten tätig, auf der gegnerischen nur Militärs. Die deutsche Kommission unter der Führung Erzbergers teilte die Verhandlungsgegenstände nach dem militärischen, dem diplomatischen und marinetechnischen Gesichtspunkt ein. An Unterhandeln war von deutscher Seite allerdings kaum zu denken. Man mußte die Waffenstillstandsbedingungen annehmen, wie sie geboten wurden. Das einzige, was den deutschen Unterhändlern übrig blieb, war, gegen die technische Unmöglichkeit der

Ausführung einzelner Bestimmungen zu protestieren. So wurde die Ablieferung von 160 U-Booten gefordert. Soviel besaß aber Deutschland gar nicht. Es wurde den Deutschen erlaubt, die Station des Eiffelturms zur Übermittelung chiffrierter Depeschen nach Deutschland zu benutzen. Sonst blieben sie von jedem Verkehr abgeschnitten. Die Abdankung des Kaisers erfuhren die deutschen Unterhändler am Sonntag Morgen erst aus Pariser Blättern. Trotz der Abdankung des Kaisers nahmen die Arbeiten ihren Fortgang. Die Beglaubigungen der Gesandten waren auf die deutsche Regierung ausgestellt. Sie setzten sich sofort mit Ebert ins Einvernehmen. Irgendwelchen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen hatte der Umschwung der Dinge in Deutschland nicht. An der Härte der Bedingungen ward dadurch nichts gemildert. Nur zwei Vollsitzungen fanden statt, je eine am Beginn und zum Schluß. Vor dem Schluß der zweiten und letzten Vollsitzung brachten die deutschen Abgeordneten einen Protest in deutscher Sprache zum Vortrag. Der General von Winterfeld weinte, als es an das Unterzeichnen des Vertrages ging. Erzberger blieb standhaft. Verlangt wurde sofortige Räumung der besetzten Gebiete Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs, ebenso die Elsaß-Lothringens. Die Räumung war binnen eines Zeitraums von vierzehn Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchzuführen. Die deutschen Truppen, die in dem angegebenen Zeitraum die Gebiete nicht geräumt hatten, galten als Kriegsgefangene. Die Einwohner der aufgezählten Länder, die aus kriegerischen Rücksichten abtransportiert worden waren, waren binnen vierzehn Tagen zurückzuführen. Man verlangte von Deutschland die Ablieferung von 5000 Kanonen, davon 2500 schwere und 2500 Feldgeschütze, 25000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern, 1700 Jagd-, Bomben- und Abwurfflugzeugen. Das linke Rheinufer sollte geräumt werden. Dessen Besetzung übernahmen Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten. Diese erhielten weiter das Recht zur Besetzung der hauptsächlichsten Rheinübergänge, je eines Brücken-

kopfes von 30 km Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem der strategischen Punkte des besetzten Gebietes. Auf dem rechten Rheinufer wurde eine neutrale Zone festgesetzt. Sie erstreckte sich längs des Rheines in einer Breite von 10 km von der holländischen bis zur Schweizer Grenze. Das Gebiet der Rheinlande und der neutralen Zone war in einer Frist von weiteren sechzehn Tagen zu räumen. Aus den geräumten Gebieten durften keine Einwohner fortgeführt und keine Zerstörungen irgendwelcher Art darin vorgenommen werden. Alle militärischen Einrichtungen, alle Vorräte an Lebensmitteln, an Munition und Ausrüstungsstücken, die nicht in der für die Räumung festgesetzten Zeit mitgeführt werden konnten, verfielen dem Feinde. Jede Beschädigung von Verkehrswegen und Verkehrsmitteln war untersagt. An Verkehrsmitteln waren abzuliefern 5000 Lokomotiven, 150000 Waggons in gutem, fahrbereitem Zustande und 5000 Lastautomobile; alles in einem Zeitraum von sechsundreißig Tagen. Die elsaß-lothringischen Wagen waren mit allem organisch dazu gehörigem Personal und Material in einem Zeitraum von einunddreißig Tagen zu übergeben. Der Feind erhielt das Recht der Requisition in dem besetzten Gebiet. Der Unterhalt der Besatzungstruppen der rheinischen Gebiete mit Ausnahme Elsaß-Lothringens erfolgte auf Kosten der deutschen Regierung. Sämtliche Kriegsgefangenen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten waren in ihre Heimat zu befördern ohne das Recht auf Gegenseitigkeit. Die deutschen Gefangenen blieben zunächst in der Hand der Feinde. Die verbündeten Mächte und die Vereinigten Staaten behielten das Recht, nach Gutdünken über sie zu verfügen.

Alle diese Bestimmungen betrafen die Westfront. Für die Ostfront waren sie nicht weniger hart. Hier wurde sofortige Rückkehr aller deutschen Truppen aus den Gebieten, die vor dem Kriege zu Österreich, Rumänien und der Türkei gehört hatten, verlangt, ebenso der Truppen aus Rußland hinter die deutsche Grenze, wie sie am 1. August 1914 bestand; ferner wurde ge-

fordert Verzicht auf die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest; freier Zugang der Alliierten zu den Gebieten, die die Deutschen an der Ostgrenze geräumt, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, um die Bevölkerung versorgen und die Ordnung aufrecht erhalten zu können. Für Ostafrika Räumung von allen deutschen Streitkräften innerhalb eines von den Verbündeten zu bestimmenden Zeitraumes.

Von den allgemeinen Bestimmungen kamen namentlich die finanziellen in Betracht. Sie forderten die Wiederherstellung aller Beschädigungen; sofortige Zurückstellung des Kassenbestandes der Banque nationale de Belgique, Rückerstattung des russischen und rumänischen Goldes, Verwahrung dieses Goldes durch die Verbündeten bis zur Unterzeichnung des Friedens.

Zur See wurde verlangt sofortige Einstellung jeder Feindseligkeit; Auslieferung aller Kriegsgefangenen der Kriegs- und Handelsflotte der Verbündeten ohne Anspruch auf Gegenseitigkeit; Auslieferung aller U-Boote einschließlich der U-Bootkreuzer und Minenleger an die Alliierten und die Vereinigten Staaten; sofortige Abrüstung der von den Verbündeten und den Vereinigten Staaten bezeichneten Kriegsschiffe der deutschen Hochseeflotte und deren Internierung in neutralen Häfen oder Häfen der verbündeten Mächte; vollständige Abrüstung aller Schiffe der Hochseeflotte und der Binnengewässer, Zusammenziehung der deutschen Flottenstationen und Überwachung durch die Verbündeten und die Vereinigten Staaten; freie Ein- und Ausfahrt der Kriegs- und Handelsflotten der Verbündeten für die Ostsee; Aufrechterhaltung der Blockade für Deutschland. Deutsche Handelsschiffe, die auf offener See getroffen wurden, blieben der Beschlagnahme unterworfen. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten versprachen, sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes zu beschäftigen. Sämtliche Luftstreitkräfte waren zu demobilisieren. Die Dauer des Waffenstillstandes wurde auf sechsunddreißig Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Die Kündigung konnte von beiden Seiten erfolgen,

doch mußte davon 48 Stunden im voraus Kenntnis gegeben werden. Die Sicherung der Ausführung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen blieb die Aufgabe einer permanenten internationalen Waffenstillstandskommission; deren oberste Leitung hatte der Oberbefehlshaber der Marine und der alliierten Heere.

Von den zwei Zusatznoten regelte die erste die Räumung der Gebiete in drei Zeitstufen, die zweite die Bedingungen betreffend die Verkehrswege.

Die Einstellung der Feindseligkeiten zu Wasser, zu Land und in der Luft sollte sechs Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstands eintreten.

In diesen Bedingungen hatte die deutsche Waffenstillstandskommission schon eine Reihe von Milderungen durchgesetzt. Sie war sich der Schwere der Bedingungen völlig bewußt. Sie protestierte gegen die Kürze der Räumungsfrist sowie gegen die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel. Dadurch werde ein Zustand herbeigeführt, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen werde. Die Durchführung des Abkommens werde das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen. „Das deutsche Volk“, so hieß es in der Erklärung der deutschen Bevollmächtigten, „das 50 Monate standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.“

In Deutschland wurden die Bedingungen auszugsweise am Sonntag Nachmittag, den 10. November, bekannt. Alle patriotisch empfindenden Deutschen packte bei ihrer Lektüre Entsetzen. Wer nicht auf der Seite der Sozialisten stand und nicht ganz berauscht war von dem Umsturz des alten Regiments, wer sich kühle Überlegung bewahrt hatte, dem war klar, daß diese Bedingungen Deutschland auf Jahrzehnte hinaus schwer belasten, ja an den Rand des Untergangs bringen würden. In jeder Hinsicht ging Deutschland geschwächt und verarmt aus dem Kriege hervor. Seine Menschen-

verluste betrugen rund 1600000 Tote; Vermißte zählte man 260000 Mann. Auch sie waren größtenteils der Liste der Toten zuzuzählen. Dazu kam der erschreckende Rückgang der Geburtenzahl. In einer Stadt wie Leipzig betrug die Anzahl der lebend Geborenen im ersten Halbjahr 1914 6552, im ersten Halbjahr 1918 2988. Sie war also weit unter die Hälfte der Zahl vor dem Kriege gesunken. Die Zahl der Sterbefälle nahm dagegen zu. Die Grippe, die im Sommer 1918 Deutschlands Gaue verwüstend durchzog, forderte erschreckend viele Opfer. Die entkräfteten Menschen waren ihrem Anfall zum großen Teil nicht gewachsen. Die Zahl der deutschen Gefangenen berechnete sich auf 490000. Da sie zunächst in feindlicher Hand blieben, gingen auch sie der deutschen Volkswirtschaft verloren. Dazu kamen die Tausende von Krüppeln, die zu jeder Arbeit unfähig waren und vom Staat aus auch fernerhin unterhalten werden mußten. Die Läden und Magazine waren leer von Rohstoffen. Es fehlte an Baumwolle und damit an Bekleidungsstücken, es mangelte an Leder, an mancherlei Metallen. Die Abgabe des Eisenbahnmaterials mußte, da Gutes gefordert wurde und der größte Teil des Vorhandenen sehr defekt war, zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen. 1915 standen Deutschland 32272 Lokomotiven, 228538 gedeckte und 498507 offene Güterwagen zur Verfügung. Was davon noch als gut anzusprechen war, mußte nun dem Feinde überliefert werden. Und er war sehr genau bei der Prüfung. Alles ihm nicht Zusagende wies er rücksichtslos zurück. Ein großer Teil der Wagen mußte zum Rücktransport der Truppen, ein anderer zur Rückbeförderung der Gefangenen, ein dritter zur Aufrechterhaltung namentlich des Güterverkehrs in der Heimat benutzt werden. Aus dem allen ergaben sich große Schwierigkeiten. Es konnte leicht eine verhängnisvolle Katastrophe eintreten.

Mit aller Macht setzten von deutscher Seite Bemühungen ein, eine Milderung der Deutschland mit Vernichtung bedrohenden Bedingungen herbeizuführen. Lansing wurde in der Nacht vom 10. zum 11. November

durch Funkspruch mitgeteilt, die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade werde die Ernährungslage Deutschlands verzweifelt gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten. Am 13. November bat Ebert im Namen der deutschen Regierung Wilson um eine Mitteilung, ob er damit rechnen dürfe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, ohne Zeitverlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Lansing antwortete, es solle alles, was nur möglich sei, getan werden, um die Völker mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Hilfeversuche sollten in gleich systematischer Weise organisiert werden wie bei Belgien. Er schlug die Benutzung der stillliegenden Tonnage der Zentralmächte dazu vor. Vorbedingung für die Verabfolgung von Lebensmitteln sei, daß nachweislich in Deutschland die öffentliche Ordnung bestehe und fortbestehen werde, und daß eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln nachweislich garantiert werde. Am 15. November schlug der Staatssekretär des Äußeren, Solf, Lansing vor, so schnell wie möglich nach dem Haag oder einer anderen Stadt Bevollmächtigte zu entsenden, die dort mit Bevollmächtigten Deutschlands über die Einzelheiten der Hilfeleistung Amerikas sprechen könnten. Vielleicht könne die Angelegenheit in die erprobten Hände von Hoover gelegt werden, der sich bereits in Belgien große Verdienste erworben habe. Hoover wurde wirklich nach Europa entsandt; aber zu einer praktischen Hilfeleistung Amerikas kam es zunächst noch nicht. Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinlande richteten einen Notschrei an die Zeitungen in der ganzen Welt. Solf sandte an Lansing am 18. November eine neue Note. Gleichzeitige Hungerrevolten in vielen Teilen des Reiches seien nicht unwahrscheinlich. Durch die Blockade in der Ostsee würden die für die deutsche Industrie nötigen Transporte aus dem Norden wie die für Skandinavien unentbehrliche Lieferung deutscher Kohle unmöglich gemacht. Auch werde die völlige Lahmlegung der Nord-

und Ostseefischerei während einer Blockade fortdauern. Bei Besprechungen in Spaa, die von deutscher Seite angeknüpft worden seien, hätten die Vertreter der Alliierten behauptet, keine Vollmachten zu besitzen. Angesichts der drohenden Gefahr, die Deutschland aus den erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen erwachse, bat er, möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem die deutschen Vertreter mit bevollmächtigten Vertretern der alliierten Regierungen zur Beratung dieser Fragen zusammenkommen könnten. Die Stimmen, die aus England als Antwort auf diese Notschreie herüberklangen, waren nicht gerade ermutigender Natur. Cleyne in Manchester erklärte: „Unsere erste Pflicht gilt unserem eigenen Volke. Die Deutschen sollen Lebensmittel erhalten, wenn es humanitär notwendig und zugleich eine gute Politik ist.“ Schnelle Hilfe tat aber not. Am 27. November erklärte der Volksbeauftragte Barth dem Großberliner Arbeiterrat, in einigen Wochen seien wir ohne Fett, in drei Monaten ohne Mehl und in fünf Monaten ohne Kartoffeln. Die ganze trostlose Lage der Ernährungsaussichten enthüllte dann eine Note des Reichsernährungsamtes an das Auswärtige Amt im Beginn des Dezembers. Es hieß in ihr: Infolge der Grippe, der Unruhen, der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen sei ein erheblicher Teil der Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Dazu komme die ungeheure Transportkrise, die gleichfalls dazu beigetragen habe, daß die Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig eingeliefert worden seien. Die Folge sei, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versehen seien. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheine daher schon heute vollkommen ausgeschlossen. Höchstens die Hälfte der Ration werde allgemein ausgegeben werden können. Die Lage der Reichsgetreidestelle sei nicht weniger bedrohlich. Ihre Lagerbestände reichten nur noch bis zum 7. Februar 1919. Vorbedingung sei aber selbst dann, daß die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Frühjahre erfolgten. Das erscheine je-

doch nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich im günstigsten Falle nur eine tägliche Kopfration von 80 gr Mehl, d. h. 1/3 der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessere sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dez. zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht werde. Die Fettwirtschaft gestatte nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur einen Wirtschaftsplan bis 1. April. Sie sei auf die Zufuhr der in Rußland angekauften Ölsaaten eingestellt gewesen. Da diese nicht eingetroffen seien, so sei der ganze Plan über den Haufen geworfen worden. Bis zum 1. April stehe an Milchfett und Margarineerzeugnissen nur noch eine Tageskopfmenge von 3,3 gr zur Verfügung. Die Fleischversorgung, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 gr vorsehe, könne auch nur noch unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Blieben diese Zufuhren aus, dann müsse spätestens Anfang Februar mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen gerechnet werden. Schon jetzt betrage der Nährwert des Dargereichten nur noch 1/3 des Normaldurchschnittswertes. Dann aber sinke er auf die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes. Diese Tatsache bedeute ein langsames, aber sicheres Verhungern.

Bis zum 13. Dezember, dem Tag, an dem der Waffenstillstand um einen Monat, bis zum 17. Januar 1919, verlängert wurde, waren noch keinerlei Lebensmittelsendungen in Deutschland eingetroffen. Damals wurde im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover mitgeteilt, daß die in Deutschland liegenden zweieinhalb Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands zur Verfügung gestellt werden müßten. Die Schiffe könnten selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden. Die Versorgung mit Lebensmitteln solle von zwei Kommissionen geregelt werden. Die eine zum Aufkauf

der Lebensmittel bestimmte solle ihren Sitz in Paris, die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte solle den ihren in London erhalten. Erzberger, der die Verhandlungen führte, erklärte sich mit dieser Regelung des Transports und dieser Benutzung des deutschen Schiffsraums einverstanden.

Foch erklärte den deutschen Unterhändlern, das Oberkommando der Alliierten behalte sich vor, von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachte und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Für die Abgabe des Verkehrsmaterials wurde festgesetzt, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein sollten. Die Engländer verlangten, daß das Linienschiff Baden anstelle des Panzerkreuzers Mackensen abgeliefert würde. Dieser war nicht schleppbereit. Erzberger legte gegen diese Forderung Protest ein, hatte damit aber keinen Erfolg.

Immer wieder wurde Deutschland namentlich von französischer Seite gezeigt, daß es besiegt sei und sich jedem Machtspruch zu fügen habe. Wie die deutschen Unterhändler es vorausgesagt, stellte sich bald heraus, daß Deutschland gar nicht in der Lage war, die ihm auferlegten Verpflichtungen bezüglich der Abgabe der Verkehrsmittel zu erfüllen. Die deutschen Eisenbahnbehörden, sämtliche deutsche Lokomotivwerkstätten und Wagenbauanstalten arbeiteten ununterbrochen, um den Anforderungen der Alliierten gerecht zu werden. Doppelschichten wurden in den Fabriken eingeführt, bestehende Betriebe vergrößert, neue Betriebe für Lokomotiv- und Wagenbau herangezogen und der Verkehr auf das geringste Maß beschränkt. Am 5. Januar übernahmen die Alliierten 1821 Lokomotiven und 63 304 Wagen. Zur Übernahme vorgeführt wurden 4907 Lokomotiven und 105 523 Wagen. Als Ersatz für das nicht gelieferte Eisenbahnmaterial wurde Deutschland bei der Verhandlung über die abermalige Verlängerung des Waffenstillstandes am 16. Januar auferlegt, eine

bestimmte Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte zu liefern. Gefordert wurden 400 vollständige Dampfpfluggruppen mit doppelter Maschine und den dazu eingerichteten Pflügen, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Brabantpflüge, 12 5000 Eggen, 6500 Messereggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Creskill, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Windmäher. Dies Material sollte neu oder in gutem Zustande sein. Es sollte mit dem zu jedem Gerät gehörigen Zubehör und mit Serien der für einen Betrieb von 18 Monaten nötigen Ersatzstücke versehen sein.

Die Gegner taten nichts, um Deutschlands unerträgliche Lage zu mildern. Die Blockade wurde nicht aufgehoben. Die deutschen Gefangenen wurden zurückbehalten. Dabei war die Rückbeförderung sämtlicher Kriegsgefangenen der Alliierten am 13. Januar 1919 vollendet. Erzberger wies am 15. Januar darauf hin, daß die einstigen Vertreter des Völkerbundgedankens jetzt der deutschen Bevölkerung als Erfinder immer neuer Verschärfungen der Waffenstillstandsbedingungen erschienen. Die Entente zwang Deutschland ein Finanzabkommen auf, das Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente auslieferte.

Im Februar war noch immer nichts von seiten der Gegner geschehen, um der Deutschland drohenden Hungersnot zu begegnen. Am 8. Februar wurde in Spa ein Lebensmittelabkommen abgeschlossen, das Deutschland 30 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch in Aussicht stellte. Die Bezahlung dieser Mengen wurde deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. Die Alliierten versprachen, außerdem 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen hierüber gefunden werde. Auch erklärten sie sich bereit, den Wunsch der neuen Regierung für die weitere

Versorgung Deutschlands in Erwägung zu ziehen, aber gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen werde. Die Erfüllung des Abkommens wurde abhängig gemacht von der Annahme oder der Ausführung der Bedingungen, die Deutschland betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt worden waren und noch weiter auferlegt wurden.

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, die so dringend notwendig war, wurde so immer weiter hinausgezögert. Noch Ende März war für Deutschland trotz aller Versprechungen und Versicherungen nichts geschehen. Es erweckte den Anschein, als ob es im Plan der Alliierten läge, Deutschland zum äußersten in Anarchie und Hungersnot zu treiben. Umso mehr als sich die Alliierten auf keinerlei Verhandlungen zur Herbeiführung eines Präliminarfriedens einließen.

Schon am 12. November hatte die deutsche Regierung Amerika gebeten, den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen. Wegen der drohenden Lebensmittelnot lege die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert. Aber dazu kam es nicht. Im Januar 1919 mußte Erzberger darüber klagen, daß die deutsche Regierung mehr als sechsmal darum ersucht habe, die Verhandlungen über den Präliminarfrieden einzuleiten. Sie sei ohne Antwort geblieben. Statt daß es zu Friedensverhandlungen kam, schien es, als sollte es durch das rigorose Vorgehen der Franzosen zum Abbruch aller Erörterungen über den Frieden kommen. Alles wurde von deutscher Seite getan, um trotz der unerhört harten Bedingungen den Heimmarsch des Heeres ordnungsmäßig vorgehen zu lassen. Es war ein Entschluß von welthistorischer Größe, daß Hindenburg erklärte, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Heer in die Heimat zurückgekehrt sei; sich und das ganze Heer stellte er der neuen Regierung zur Verfügung. Nur dadurch wurde ein geordneter Rückzug möglich. Mit beschwörenden Worten wandte sich Hindenburg am 12. November in einem Aufruf an die Armee. „Aufrecht und

stolz", so hieß es in ihm, „gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. . . . Der Waffenstillstand verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat. Unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampf habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen; ich vertraue auch jetzt auf Euch."

Die deutschen Truppen hatten sich im Westen bis hinter den Rhein zurückzuziehen. Sie hatten den Osten aufzugeben; sie hatten das Gebiet der Türkei, Serbien und Rumänien zu verlassen. Im Westen ging der Rückzug verhältnismäßig geordnet vor sich. Am schlechtesten bewährten sich die Truppen der Etappe. Sie liefen oft ohne Befehl davon und strömten der Heimat zu. Magazine und Depots wurden von ihnen geplündert und die nachrückenden Truppen, die auf die darin lagernden Vorräte angewiesen waren, dadurch in die größte Verlegenheit gesetzt. Auch sonst verließen Truppenteile ihre Verbände und strebten auf dem schnellsten Weg nach Haus. Am 28. November mahnte Hindenburg in einem Aufruf das Feldheer, es sei unendlich wichtig für Heer und Heimat, daß sich die Zurückführung des Heeres und die Entlassung seiner Verbände in voller Ruhe und Ordnung vollziehe. Jeder müsse treu auf seinem Posten bleiben, bis die Stunde der Entlassung für ihn gekommen sei. Alle Truppen aus den Jahrgängen 1896/99 sollten so schnell wie möglich entlassen werden. Sie sollten sich nicht verführen lassen, vorzeitig und eigenmächtig sich von ihrem Truppenteil zu entfernen. Keiner werde vergessen werden. Jeder solle sobald wie möglich seinen Angehörigen zugeführt werden; doch tue eins dabei not: Ruhe und Ordnung. Freilich blieb schwierig, sie aufrecht zu erhalten. Überall, im großen Hauptquartier selbst, dann aber auch bei allen sonstigen Truppenverbänden entstanden Soldatenräte. Sie griffen oft hemmend in die Befehlsgewalt ein. Es blieb ein Wun-

der, daß der Rückzug sich trotz alledem in so geordneten Formen vollzog. Große Verdienste um die Vermeidung eines Chaos erwarb sich der Arbeiter- und Soldatenrat in Köln durch seine Anordnungen. Hier wurden die zurückflutenden Truppen gesammelt und zum Teil ihren Truppenteilen zugeführt. Ein Kordon wurde an allen Rheinübergängen gebildet. Natürlich blieben bei dem übereilten Rückzug große Bestände an Munition und Ausrüstungsgegenständen, an Bekleidungs- und Lebensmittelvorräten liegen. Der Verlust, der Deutschland dadurch entstand, betrug sicherlich mehrere Milliarden. Zum Teil plünderten die Truppen die Depots. Pferde, Waffen und Ausrüstungsgegenstände verkauften manche billig an die Bevölkerung.

Sobald die Bevölkerung namentlich in Belgien den Rückzug der deutschen Truppen bemerkte, kam es zu Angriffen auf diese. Die deutschen Truppen wehrten sich. Darauf beschwerte sich Foch über Ausschreitungen der deutschen Truppen. Die Oberste Heeresleitung erwiderte darauf, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen zur unausbleiblichen Folge haben müsse. Der Waffenstillstand möge in einem Geist durchgeführt werden, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließe. Die Ausschreitungen der Bevölkerung richteten sich ebenso gegen die wohlhabenden Klassen wie gegen die deutschen Soldaten. Erreicht wurde durch den Protest aber nichts. An der Härte der Bedingungen wurde nichts gemildert. Die kurze Frist für den Rückzug blieb bestehen. Die großen Truppenverbände bewahrten Disziplin genug, um geordnet den Rhein zu erreichen und ihn zu überschreiten. In den Städten der Rheinprovinz, in Trier, Köln, Aachen, Düsseldorf wurden sie von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Bald folgten ihnen die Feinde auf dem Fuße und nahmen von den geräumten Gebieten Besitz. In das Gebiet von der holländischen Grenze bis Düsseldorf rückten Belgier ein, von da bis Koblenz Engländer und Amerikaner, in die Pfalz und

nach Elsaß-Lothringen die Franzosen. Diese zeigten sich am härtesten und unversöhnlichsten. Ihre Freude über die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens kannte keine Grenzen. Am 17. November kam es in Paris zu einer großen Kundgebung. Poincaré führte aus, daß die Statue der Stadt Straßburg 48 Jahre lang mit Kranz und Trauerschleiern geschmückt gewesen sei. Jetzt sei die Stunde der Freiheit gekommen. Elsaß-Lothringen sei wieder französisch. Eine Volksabstimmung werde an der Wucht dieser Tatsache nichts ändern können. Es hieße die Gerechtigkeit herausfordern, wolle man die Rückkehr der vergewaltigten Völker zur Freiheit von einer neuen Befragung abhängig machen. Die Franzosen betrachteten Elsaß-Lothringen sogleich als eine ihnen gehörige Provinz. Die eingewanderten deutschen Familien mußten ohne weiteres das Land räumen. Viele Beamte, so die deutschen Dozenten der Universität Straßburg, traf dies Schicksal außerordentlich schwer. Sie mußten all ihre Habe zurücklassen und froh sein, ungefährdet das rechte Rheinufer zu erreichen. Auch Alt-Elsässer traf, soweit sie zu Deutschland gehalten, harte Verfolgung. So wurde der frühere elsaß-lothringische Staatssekretär Baron Zorn von Bulach des Landes verwiesen.

Langsamer, aber nicht weniger ungefährlich, vollzog sich die Räumung der östlichen Gebiete. Die Bolschewisten rückten den deutschen Truppen auf dem Fuße nach. In Minsk kam es zu Angriffen auf die abziehenden Deutschen, ebenso in Litauen und Kurland. Am schlimmsten ging es in Polen zu. Hier mußten die Deutschen fluchtartig das Land verlassen. Große Geld- und Lebensmittelvorräte fielen den Polen in die Hände. So erbeuteten sie in Plozk 1½ Millionen Mark an Silbergeld, das von den Truppen zurückgelassen werden mußte. Die Werte, die im Osten verloren gingen, betrugen gleichfalls mehrere Milliarden. Die Polen plünderten die Deutschen bis aufs letzte aus. Und nicht nur das. Sie erhoben sogleich die maßlosesten politischen Ansprüche. Die preußische Provinz Posen betrachteten sie bald als ihnen zugehörig. Ebenso Teile

von Westpreußen und Schlesien. Die bisherigen Vertreter Polens im Reichstag und im Abgeordnetenhaus begaben sich nach Warschau. In Posen fand vom 3. bis 5. Dezember ein polnischer Teilgebietslandtag statt. In Polen wurden, Deutschland geradezu zum Hohn, Wahlen für die großpolnische Nationalversammlung am 26. Januar ausgeschrieben. Selbst auf Danzig machten die Polen Anspruch. Die Krakauer Bank erwarb in Danzig ausgedehnten Grundbesitz für mehrere Millionen Mark. Die Rückkehr des Klaviervirtuosen Paderewsky aus Amerika erfolgte über Danzig. In Posen wurde er gleichsam wie ein Herrscher Polens begrüßt. Die polnische Regierung brach die Beziehungen zur deutschen Regierung ab und stellte sich Deutschland feindlich gegenüber.

Mit am traurigsten gestaltete sich das Los der Heeresgruppe Mackensen. Sie konnte nicht schnell genug aus Rumänien abtransportiert werden. Nur Teile von ihr, die auf eigene Faust der Heimat zustrebten, gelangten nach Deutschland. Der Kern des Heeres wurde in Ungarn interniert. Die deutschen Truppen in der Türkei sammelten sich in Konstantinopel.

Ebenso unerbitterlich wie Foch bestand England auf der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen. Zuerst waren die U-Boote abzuliefern. Die Mannschaften, die die Ausführung übernahmen, wurden mit 10000 M. versichert. Für die Überführung zahlte man eine Prämie von 500 M. Sofort nach der Rückkehr sollte die Entlassung stattfinden. Die Einführung des Prämiensystems erwies sich verhängnisvoll, denn nun forderten die Mannschaften auch von den übrigen Schiffen, die in feindlichen Häfen zur Internierung kommen sollten, eine entsprechende Bezahlung. Es ergab sich der für deutsche Truppen schmähliche Zustand, daß zu der Schande der Überführung noch die Geldgier der Leute trat. Staffelweise erfolgte die Abgabe der Unterseeboote. Am 29. November ging die letzte, die sechste U-Boots-Staffel von Helgoland aus in See. Im ganzen gelangten 122 U-Boote zur Ablieferung. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes konnten die deutschen Schiffe

auch in neutralen Häfen interniert werden. Sie wurden aber alle nach englischen Häfen gebracht. Die Engländer liefen darauf Wilhelmshaven, Kiel und Danzig an, um sich von der Entwaffnung der deutschen Schiffe zu überzeugen. Zu gleicher Zeit erklärten sie die Blockade in der Ostsee. Jede deutsche Schiffahrt in der Ostsee wurde verboten und damit jeder Handel mit den skandinavischen Ländern unmöglich gemacht. Nur die Ausfuhr von Kali und Kohle aus Deutschland wurde erlaubt, dagegen die Ausfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten untersagt.

So fluteten von allen Seiten die Truppen in die Heimat zurück. In die Gebiete auf dem linken Rheinufer rückten die Feinde ein. Posen schien verloren. Keinerlei Milderung der Waffenstillstandsbedingungen war durchzusetzen. Die auswärtige Lage Deutschlands gestaltete sich trostlos. Aber noch schlimmer waren die Verhältnisse, die sich in den nächsten Wochen im Innern entwickelten.

Der Kampf um die Nationalversammlung.

Die neue Regierung litt an einem Fehler. Sie war in sich uneinig. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen saßen in ihr. Beide hatten aber im Grunde ganz verschiedene Ziele. Die Mitglieder der beiden Richtungen wirkten nach ganz verschiedenen Seiten hin. Ihre Handlungen bekamen dadurch etwas Schwankendes. Das war sowohl im Reich wie in all den Einzelstaaten der Fall, wo eine paritätische Zusammensetzung der Regierung aus Mitgliedern beider Richtungen stattgefunden hatte. Zielbewußte Politik konnte nur eine in sich einheitliche Regierung treiben. Das war hier nicht möglich. Um so weniger war es denkbar, als zu den Unabhängigen zunächst noch die Anhänger des Spartakusbundes zählten. Diese drängten die Unabhängigen immer entschiedener weiter nach links. Sie waren für eine Revolutionierung Deutschlands ganz nach russischem Muster.

Diese Uneinigkeit zwischen den beiden Richtungen trat an allen Ecken und Enden hervor. Am heftigsten prallten die Gegensätze bei der Erörterung der Frage über die Berufung der Nationalversammlung aufeinander. Diese Berufung, und zwar ihre baldige, war durchaus notwendig. Aussicht auf Frieden eröffnete sich nur, wenn sie zusammentrat; die Feinde konnten nur mit ihr abschließend über die Bedingungen des Friedens verhandeln. In der bestehenden Regierung erblickten sie nur die Vertretung einer Volksminderheit. Sie war kein gesetzmäßig zustande gekommener Ausdruck des gesamten Volkswillens.

Die erste Aufgabe der Revolutionsregierung mußte demnach sein, den Volkswillen durch Wahlen zu befragen, eine Regierung auf Grund dieses Volkswillens zu bilden und darauf mit den Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten.

Das war auch die Absicht der Mehrheitssozialisten. Ebert erklärte in einem seiner ersten Aufrufe, daß die

Berufung der Nationalversammlung möglichst bald geschehen solle. Anders aber war die Ansicht der Unabhängigen und der Spartakusleute. Der Streit spitzte sich auf die Frage zu: Soll erst sozialisiert und dann Frieden geschlossen oder soll erst der Frieden herbeigeführt und dann sozialisiert werden?

Den Anhängern des Spartakusbundes und den Unabhängigen war es vor allem um die Sicherung der Ergebnisse der Revolution, um möglichst schnelle Sozialisierung zu tun. Der Friede kam für sie erst in zweiter Linie in Betracht. Sie drängten auf ein Bündnis der Regierung mit der russischen Sowjetregierung hin. Die Verhältnisse, wie sie sich in Rußland entwickelt hatten, schienen ihnen in jeder Weise vorbildlich zu sein. Die Herrschaft des Volkes sollte durch die Arbeiter- und Soldatenräte gestützt und befestigt werden. Die Spartakusgruppe und die Unabhängigen strebten danach, die Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte zu einer dauernden zu machen. In diesen Arbeiter- und Soldatenräten erblickten sie den eigentlichen und reinen Träger des Volkswillens. Beide Gruppen zeigten eine erstaunliche Unkenntnis in den Fragen der äußeren Politik. Sie blieben reine Theoretiker.

Die Mehrheitssozialisten zeigten etwas mehr Verständnis für die Fragen der äußeren Politik. Sie sahen ein, daß an eine Sozialisierung nicht ohne weiteres zu denken sei. Sie begriffen, daß es zunächst darauf ankommen müsse, den Frieden herbeizuführen. Ihre führenden Köpfe waren sich darüber klar, daß die Ausführung der Sozialisierung reiflich überdacht werden müsse, und daß nicht blind in das komplizierte Wirtschaftsgefüge Deutschlands eingegriffen werden dürfe.

Zwischen diesen beiden Richtungen war im Grunde keine Versöhnung möglich. Wohl erhofften das manche Parteigenossen auf der einen oder der anderen Seite. Aber daß daran nicht zu denken sei, stellte sich von Tag zu Tag immer deutlicher heraus. Zum Ausdruck kam dieser Kampf namentlich in den Arbeiter- und Soldatenräten. Die Hauptrolle dabei spielte der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat. Er konstituierte sich

im Lauf des 10. Novembers. Am Vormittag traten die Arbeiter und Soldaten in den Kasernen und Lazaretten und die Arbeiter in ihren Betrieben zusammen und wählten Vertreter. Viele nahmen am Nachmittag an der ersten Sitzung des großen Arbeiter- und Soldatenrats im Zirkus Busch teil. Der Wunsch der Versammlung, besonders der Soldaten in ihr, ging auf ein Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien. Eberts Mitteilung über die zustandegekommene Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen rief lauten Jubel hervor. Bei den Beratungen über die Wahl eines Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates kam das gleiche Streben deutlich zum Ausdruck. Die Unabhängigen und die Anhänger der Spartakusgruppe suchten die Herrschaft in diesem Aktionsausschuß an sich zu bringen. Sie stellten eine Liste auf, die nur Namen von Parteiangehörigen ihrer Richtung enthielt. Das rief heftigen Widerspruch in der Versammlung hervor. Die Vertreter der Soldaten verlangten paritätische Zusammensetzung des Aktionsausschusses. Nach stürmischen Auseinandersetzungen wurde ein zwölfköpfiges paritätisch zusammengesetztes Aktionskomitee des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt. Vertreter der Spartakusgruppe fanden in ihm überhaupt keinen Platz. Die Versammlung erkannte die Wahl der provisorischen Regierung an. Bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands übernahm der Ausschuß die Führung der Geschäfte. Er betrachtete sich als die Kontrollinstanz der Regierung. Sie war von ihm abhängig und ihm verantwortlich. Nach der Versammlung im Zirkus Busch trat das Kabinett zusammen und konstituierte sich mit gleichen Rechten als Rat der Volksbeauftragten. Den Vorsitz übernahmen Ebert und Haase.

Der Ausgang der Beratungen bedeutete eine schwere Niederlage der Unabhängigen und der Spartakusgruppe. Sie gaben aber damit den Kampf nicht auf. Sie strebten mit allen Mitteln danach, die Herrschaft an sich zu reißen und die Mehrheitssozialisten aus der Regierung zu verdrängen. Weitere Kreise wurden über den Zwie-

spalt durch ein Plakat belehrt, das am 14. November an allen Berliner Plakatsäulen klebte. Es enthielt einen Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie. Unterzeichnet war er von zwei Mitgliedern der Regierung, den Volksbeauftragten Dittmann und Haase. Man sprach in ihm die Arbeiter- und Soldatenräte als die alleinigen Träger der politischen Macht an. Der Partei Scheidemann wurde der Vorwurf gemacht, sie habe in der Stunde der Revolution geschwankt und ihr Gebot nicht erkannt. Das hieß den Mehrheitssozialisten offen die Fehde ansagen. Es stand im offenbaren Widerspruch zu deren Erklärung, sobald wie möglich die Nationalversammlung einzuberufen. Noch deutlicher wurde die „Leipziger Volkszeitung", eines der Organe der Unabhängigen. Sie schrieb am 14. November: „Die Reichsregierung in Berlin, in der 3 Reichssozialisten und 3 unabhängige Sozialdemokraten sitzen, nimmt eine Haltung ein, die geradezu gegenrevolutionär genannt werden muß. Wiederherstellung des militärischen Vorgesetztenverhältnisses, schleunigste Einberufung der Konstituante — was kann das Bürgertum noch mehr verlangen? Wenn die Berliner Regierung fortfährt, den Schwerpunkt der politischen Macht nach rechts zu verlegen, so nötigt sie das revolutionäre Proletariat, sie zur Feindin der Revolution zu erklären und den schärfsten Kampf gegen sie aufzunehmen." Entrüstet fragte sie weiter, warum die Berliner Regierung immer noch dulde, daß der „Bluthund" Hindenburg den Oberbefehl habe und nicht zur Verantwortung gezogen würde, warum sie das schamlose Treiben bürgerlicher Elemente im Berliner Soldatenrat dulde, in dem die bekannten Kriegshetzer das große Wort führten? Der Artikel schloß: „Wenn die Berliner Regierung auf die Gewalt pochen sollte, dann wird das klassenbewußte Proletariat die Waffen erheben, um die Verräter an der Revolution hinwegzufegen."

Hier wurde der bestehenden Regierung mit offenbarer Gewalt gedroht. Jedem, der zu sehen verstand, war klar, daß die Entscheidung über die zwischen beiden Parteien strittigen Fragen nicht auf dem Wege

gütlicher Verständigung zu erreichen, sondern nur durch eine Machtprobe zu erzwingen war. Weil die Regierung ihr auswich, weil sie glaubte, jedes Blutvergießen, jede Anwendung von Gewalt vermeiden zu müssen, zog sie Zustände groß, die später nur durch blutigen Kampf beseitigt werden konnten.

Die Unentschiedenheit der Regierung nutzte die Spartakusgruppe entschlossen aus. An Karl Liebknecht, an Rosa Luxemburg gewann sie energische Führer. Von ihren Ideen blind überzeugt, verstanden sie es, die Massen zu fanatisieren. In der „Roten Fahne" schufen sich beide ein wirksames Organ. Mit den russischen Machthabern standen sie in engen Beziehungen. Wahrscheinlich verschmähten sie nicht Geldunterstützungen durch die bolschewistische Regierung. Jedenfalls hatten die Bolschewisten in Rußland das größte Interesse daran, daß eine Gruppe in Deutschland zur Herrschaft gelangte, deren Ideen sich stark mit den ihren berührten. Als die Spartakusleute am 9. November die Räumlichkeiten, in denen der „Lokalanzeiger" hergestellt wurde, besetzten und dies Blatt am 10. November als „Rote Fahne" herausgaben, schrieben sie darin: „Die Rote Fahne schickt ihren ersten und heißesten Gruß der föderativen, sozialistischen Sowjetregierung." Am 18. November entwickelte dann Rosa Luxemburg das Programm des Spartakusbundes: „Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution." Die ganze Macht gehöre in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Das Revolutionswerk müsse vor ihren lauernden Feinden gesichert werden. Die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte seien auszubauen. Sie hätten als Vertretungen der Masse ständig zu tagen. Die politische Macht des Vollzugsrates müsse auf die breitere Basis des Arbeiter- und Soldatenrates übertragen werden. Die schleunigste Berufung eines Reichsparlamentes der Arbeiter- und Soldatenräte sei notwendig, um die Proletarier ganz

Deutschlands als Klasse, als kompakte politische Macht zu konstituieren. Die ländlichen Proletarier und kleinen Bauern seien zu konstituieren. Zum ständigen Schutz der Revolution sei eine proletarische rote Garde zu bilden. Die übernommenen Organe des Absolutismus und militärischen Polizeistaates seien von der Verwaltungsjustiz und Armee zu verdrängen. Die dynastischen Vermögen und Besitzungen sowie der Großgrundbesitz seien sogleich zu konfiszieren. Die sofortige Berufung eines Arbeiterweltkongresses sei wünschenswert. Nur in der Internationale, in der Weltrevolution des Proletariats sei die Zukunft der deutschen Revolution verankert.

Das war ein konsequentes und klares Programm. Scharf zog Rosa Luxemburg die Trennungslinie zwischen ihrer Gruppe und den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Die heutigen Machthaber ließen den Staat als Verwaltungsorganismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der gestrigen Stützen des hohenzollernschen Absolutismus und der morgigen Werkzeuge der Gegenrevolution. Sie beriefen die konstituierende Nationalversammlung ein und schüfen damit der Arbeiter- und Soldatenvertretung ein bürgerliches Gegengewicht, sie verschöben damit die Revolution auf das Geleise einer bürgerlichen Revolution. Sie täten nichts, um die weiter bestehende Macht der kapitalistischen Klassenherrschaft zu zertrümmern, sie täten alles, um die Bourgeoisie zu beruhigen, um die Heiligkeit des Eigentums zu verkünden, um die Unantastbarkeit des Kapitalverhältnisses zu sichern; sie ließen die sich regende Gegenrevolution ruhig gewähren, ohne an die Masse zu appellieren, ohne das Volk laut zu warnen. Das Fazit der ersten Wochen der Revolution laute: Im Staate der Hohenzollern habe sich im wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldatenregierung fungiere als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden sei. Die Unabhängigen, die mit Scheidemann-Ebert zusammen Sozialismus machen zu können glaubten, bedachte Rosa Luxemburg mit ihrem Spott. Immer

wieder kam sie auf dies Thema zurück. „Die Frage der Nationalversammlung“, erklärte sie einige Tage später, „ist eine Prinzipienfrage, eine Frage der sozialistischen Selbsterkenntnis der Revolution. Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen, vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates.“ Die Spartakusleute wären nicht zufrieden mit der Einführung des Achtstundentages. Sie begriffen nicht die Freude der Unabhängigen darüber. Die Einführung wäre ein gewisser Fortschritt gewesen zu des seligen Berlepsch' Zeiten; heute müsse der Sechsstundentag verlangt werden. Ein halber Tag der Arbeiter müsse jetzt der Selbstaufklärung, der Bildung, der Politik, der Revolution gehören. Sie forderten Annullierung der Kriegsanleihen mit Ausnahme der Zeichnungen unter 5000 M. und der Sparkassenzeichnungen. Das sei die dringendste Pflicht der Regierung. Solange man sich scheue, in dieser einfachsten, selbstverständlichsten Art den Geldsack der Bourgeoisie anzutasten, solange man in so sichtlicher Weise die kapitalistischen Profite schone, sei Grund vorhanden, die angesagten Sozialisierungsmaßnahmen mit kühler Skepsis zu erwarten. Mit Freude begrüße die „Rote Fahne“ den Beschluß des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates, daß die politische Macht in den Händen der Berliner A.- und S.-Räte ruhe, bis die Früchte der Revolution gesichert seien. Alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz seien als Nationaleigentum zu erklären. Es sei Vorsorge zu treffen, daß alle Regierungsmaßnahmen nur auf die Sozialisierung hinarbeiteten und zwar im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten, und daß hierbei die Bourgeoisie vollständig ausgeschaltet werde. Ebenso freudig nahm sie von dem Beschluß des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates vom 19. November Kenntnis. Dieser erblickte in der Einberufung der Nationalversammlung ein gefährliches Hindernis für die sozialistische Republik und war gegen ihre Einberufung. Am

20. November klagte Liebknecht in der „Roten Fahne“: Die politische Macht des Proletariats, soweit sie ihm am 9. November zugefallen, sei heute schon zum größten Teil zerronnen und zerrinne von Stunde zu Stunde weiter. Selbst die Arbeiter und Soldaten seien nicht der proletarische Ausdruck des Volkswillens. In beide drängten sich bürgerliche Elemente. Die arbeitenden Massen müßten dem Prozeß ihrer weiteren Schwächung sofort Halt gebieten. „Sie müssen das Eroberte fest in den Fäusten halten, sie müssen zur Eroberung der übrigen Machtpositionen schreiten, um die herrschende Klasse endgültig niederzuzwingen und die Herrschaft des Proletariats zur Wahrheit und Wirklichkeit von Fleisch und Bein zu gestalten.“ Für besonders wichtig hielt man die Agitation im Heere. Um das Heer auf seine Seite zu ziehen, gab der Spartakusbund seit dem 24. November den „Roten Soldaten“ heraus. Er erschien als Organ des „Roten Soldatenbundes“, einer Soldatenorganisation, die es sich zur Aufgabe machte, die Soldatenbewegung in entschieden proletarische revolutionäre Bahnen zu lenken. Die Hauptaufgabe sollte die rücksichtslose Durchführung der Revolution im proletarischen Sinn sein.

Die Haupthoffnung des Spartakusbundes blieb die auf eine internationale Bewegung der Arbeiterschaft. Am 25. November erließen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Klara Zetkin im Namen des Spartakusbundes einen Aufruf an die Proletarier aller Länder. In ihm war zu lesen: „Die Stunde der Tat hat für die Internationale geschlagen. Wir fordern euch auf: Wählt überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen, und die zusammen mit uns den Frieden herstellen werden. . . . Unter dem wehenden Banner der sozialistischen Weltrevolution soll der Friede geschlossen werden. . . . Die Internationale wird die Menschheit sein.“

Dieser Appell blieb völlig wirkungslos. Die Arbeiter der fremden Länder schienen zunächst durchaus nicht gewillt, dem deutschen Beispiel zu folgen. Die Gegner betrachteten die deutsche Regierung als nicht vor-

handen. Sie verkehrten nicht direkt mit ihr, sondern benutzten zu Mitteilungen an sie den Umweg über neutrale Staaten. Immer wieder zeigte es sich, es mußte sobald wie möglich eine Regierung geschaffen werden, die Ausdruck des Volkswillens war. Nur die Berufung einer Nationalversammlung konnte dazu führen. Das sahen selbst die Unabhängigen ein. In diesem Punkte begannen sie sich von den Anhängern des Spartakusbundes zu scheiden. Freilich wünschten sie ein möglichst weites Hinausschieben des Termins der Berufung dieser Nationalversammlung. Erst sollte die sozialistische Republik gegen alle Gegenbestrebungen gesichert und der Sozialisierungsprozeß in die Wege geleitet werden. Erst wenn annähernd wirtschaftliche Gleichheit unter den Volksgenossen vorhanden sei, könne man an die Wahlen zur Nationalversammlung denken. Es hieß das, die Nationalversammlung auf den Sankt Nimmerleinstag hinausschieben.

So waren die Mehrheitssozialisten die einzigen unter den sozialistischen Parteien, die darin mit den bürgerlichen Parteien eines Sinnes waren, daß die Nationalversammlung sobald wie möglich einberufen werden müsse. Unterstützung fanden sie auch bei den Fronttruppen. Aber wie weit waren die Mehrheitssozialisten in der Lage, in der Regierung ihren Willen durchzudrücken? Die Regierung litt an zu großer Schwäche und Unentschlossenheit. Sie war nicht freier Herr ihrer Entschlüsse. Eine klare Abgrenzung der gegenseitigen Befugnisse zwischen ihr und dem Vollzugsausschuß der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war nicht erfolgt. Im ganzen Reich verwahrte man sich entrüstet dagegen, daß der Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat sich die Kontrolle über die Regierung und damit über das Reich anmaße. Hier mußte vor allen Dingen Klarheit geschaffen werden. Die Arbeiter- und Soldatenräte freilich zeigten wenig Lust, etwas von ihrer Macht preiszugeben. Sie begriffen, daß die Einberufung der Nationalversammlung das Ende der Arbeiter- und Soldatenräte bedeute. In einer Versammlung am 19. November im Zirkus Busch

rief der Vorsitzende des Vollzugsrats der A.- und S.-Räte, Richard Müller, unter großem Beifall der Versammelten leidenschaftlich aus: „Der Weg zur Konstituante geht über meine Leiche!“ Statt der Nationalversammlung forderte man die Einberufung einer Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte. Eine Resolution verlangte sie geradezu. So blieb alles im Ungewissen. Eine klare Abgrenzung der Gewalten zwischen dem Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte und der Regierung der Volksbeauftragten erfolgte zunächst nicht. Es tauchten Gerüchte von dem Rücktritt Eberts und Scheidemanns auf.

Gegen die Herrschaft des Berlinertums erhob sich nun aber immer kräftigerer Widerspruch im Reich. Vor allen Dingen regte sich der Süden. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ schrieb am 19. November: Bayern müsse in Berlin unzweideutig erklären, daß Bayern und Süddeutschland auf dem Wege des radikalen Terrors nicht mitgehen; ganz Süddeutschland müsse sich von der Berliner Blutherrschaft trennen. Ähnliches forderten die „Münchener Neuesten Nachrichten“. Dr. Heim ließ verlauten: Es könne sich für den deutschen Süden die Notwendigkeit ergeben, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen; und was er androhte, schien im Rheinlande wirklich zu werden. Seit Mitte November tauchten hier ganz unverhohlen separatistische Gelüste auf. Man ging damit um, eine Republik Rheinland ins Leben zu rufen, die das natürliche Industriegebiet mit umfassen und Anschluß an die Rheinpfalz und Hessen suchen sollte. Selbst Sachsen blieb von partikularistischen Bestrebungen nicht frei. Es hatte sich besonders viel Unmut angesammelt wegen der üblen Behandlung, die man von den Berliner Kriegsämtern und Kriegswirtschaftsstellen erfahren zu haben glaubte.

Die Reichseinheit zu wahren empfand die Regierung als ihre dringendste Pflicht. Sie fühlte das Bedürfnis, sich mit den Vertretern der einzelnen Regierungen in nähere Beziehung zu setzen. Für den 25. November berief sie eine Versammlung von Vertretern der ein-

zelnen deutschen Staaten zu einer Besprechung mit der Reichsregierung nach Berlin ein. Es sollte die Verteilung der Kompetenzen zwischen Reichsexekutive und Reichskontrollorgan, sowie zwischen Reichsleitung und Landesregierung klargestellt werden.

Ehe diese Konferenz noch zusammentrat, kam es am 22. November zu Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat. Es handelte sich dabei um Verhandlungen wegen einer schärferen Abgrenzung der Kompetenzen. Man einigte sich dahin, daß die Exekutive künftig in den Händen der Regierung bleiben, während der Vollzugsrat nur Kontrollorgan sein sollte. Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches sollten Mitte Dezember zu einer Delegiertenversammlung in Berlin zusammentreten. Diese sollte dann einen Zentralrat wählen, der als das Parlament des A.- und S.-Rates aufzufassen sei. Bis dahin habe der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Großberlin auszuüben. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und Preußens solle durch den zentralen Vollzugsrat erfolgen; dieser sei auch vor der Berufung von Fachministern zu hören. Am 23. November erfolgte eine dementsprechende amtliche Bekanntmachung. Am gleichen Tag schrieb der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates von Großberlin eine Delegiertenversammlung in Berlin für den 16. Dezember aus. In dem Einladungsschreiben wurde erklärt, der Vollzugsrat der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte maße sich keine Diktaturgewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er sei vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen A.- und S.-Räte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden könnten. Bestrebungen seien im Gange, das Reichsgebiet zu zerschlagen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen sozialen und demokratischen Ziele verlange aber die

Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebiets. Der Vollzugsrat der Großberliner Soldatenräte wolle keine feindliche Trennung zwischen Nord und Süd. Er wolle, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschlusse verbunden seien, Herr werde. Vor allem müßten die Gefahren, die der Volksernährung drohten, glatt und ohne Reibung beseitigt werden. Da es nicht möglich sei, ein einheitliches, allgemein gültiges Wahlsystem vorzuschlagen, empfehle er, aus den zur Zeit bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und nach Berlin zu senden. Die Versammlung dürfe, wenn sie arbeitsfähig sein solle, im Höchstfalle nur 500 Mitglieder zählen. Auf rund 2000 solle ein Delegierter entfallen; für die noch bestehenden großen Heeresverbände sei ein Delegierter auf je 100000 Mann genug. Am gleichen Tag veröffentlichte der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Großberlins Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Er teilte mit, daß er den Volksbeauftragten des Reichs und Preußens die exekutive Regierungsgewalt übertragen, daß er sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten habe. Dieses Kontrollrecht sprach er auch den übrigen Arbeiter- und Soldatenräten zu. Sie hätten dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut würden. Sie hätten sich aber jedes direkten Eingriffs in die Verwaltung zu enthalten. Es dürfe nicht vorkommen, wie es in der letzten Zeit wiederholt geschehen, daß Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständig Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung träfen. Der Verkehr müsse für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährungs- und Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert werden. Den Behörden, die sich in den Dienst des neuen Regimes gestellt, sei die Führung der Geschäfte überlassen. Verhaftungen dürften nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, ebenso Beschlagnahmen.

Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen sei absolut unzulässig, ebenso alle Eingriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr. Die Aufmerksamkeit der Arbeiter- und Soldatenräte möge sich auf die Sorge für die Einquartierung richten, ebenso auf Ernährungsfragen, gesundheitliche Maßnahmen, außerdem auf den ordnungsmäßigen Rücktransport der Soldaten mit der geschlossenen Formation und ihre vorschriftsmäßige Entlassung.

So drängte die Furcht vor der Absplitterung von Reichsgebiet die Arbeiter- und Soldatenräte dazu, sich zu einer ersten klaren Abgrenzung der Befugnisse zwischen sich und der Regierung zu verstehen. Die Regierung konnte mit größerem Vertrauen der Konferenz mit den Vertretern der Einzelstaaten am 25. November entgegensehen. Den Bundesstaaten war es bei der Einladung freigestellt worden, wieviele Delegierte sie zu den Beratungen nach Berlin entsenden wollten. Zu der Sitzung waren Vertreter von allen deutschen Staaten außer von Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck entsandt worden. Den Vorsitz führte Ebert. Er eröffnete die Versammlung. Dabei wies er auf die Schwierigkeit der Lage im Transport-, Ernährungs- und Kohlenversorgungswesen hin. Die Zusammenarbeit aller Bundesstaaten sei nötig. Über die Art der Zusammenarbeit habe die Nationalversammlung das letzte Wort zu sprechen. Bis dahin müsse aber ein Provisorium geschaffen werden. Als erster nahm darauf Staatssekretär Solf das Wort. Er schilderte die auswärtige Lage, den Siegesjubel in England, den Siegestaumel in Frankreich. Er ging weiter auf die Beziehungen der deutschen Regierung zu Polen und Rußland ein. Außerordentlich ernst klangen seine Worte über die Separationsgelüste im Reich und über unverantwortliche Eingriffe einzelner Stellen. Sie erleichterten dem Gegner das Spiel. Er wandte sich gegen einseitige Veröffentlichungen aus den Akten der Reichs- und Staatsbehörde, wie sie von dem Leiter der bayrischen Regierung Eisner geschehen waren. Ebenso gegen die Ver-

haftung eines vom Auswärtigen Amt nach Berlin gesandten Kuriers und gegen das Erbrechen von Siegeln der Reichsregierung. Von den Beschlüssen der Reichsregierung werde es abhängen, ob es gelingen werde, die Einheit Deutschlands aus dem drohenden Zusammenbruch heraus zu retten, ob Deutschland zum Frieden kommen werde. Würden die notwendigen Maßnahmen nicht getroffen, dann werde die Geschichte unter die Verhandlung das Schlußwort setzen: Finis Germaniae.

Nach Solf gab Erzberger einen Bericht über die Waffenstillstandsbedingungen. Als notwendig bezeichnete er den Abschluß eines Präliminarfriedens. In der Debatte kamen die gleichen Gegensätze zu Worte, die die Öffentlichkeit bewegten. Eisner wandte sich, wie er schon früher getan, gegen Solf und Erzberger. Er bezeichnete sie als kompromittiert. Der Friede sei in Deutschland nur durch unkompromittierte Männer zu erlangen. Er schlug die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundestags vor. Nur so könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei als je. Die Verhandlung spitzte sich auch hier auf die Frage zu: Ist es nicht besser, die Sozialisierung durchzuführen, ehe die Nationalversammlung zustande kommt? Manche der Abgeordneten waren dafür. Geithner aus Gotha rief aus: „Wir müssen für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Besetzung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland. Und dem Volk kann nur die Sozialisierung helfen.“ Auch Lipinski aus Sachsen meinte, die Nationalversammlung könne zurückgestellt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. Nicht alle, selbst von der Partei der Unabhängigen, waren der gleichen Meinung. Bernstein wies darauf hin, daß das deutsche weitverzweigte Wirtschaftsleben unmöglich in so kurzer Zeit zu sozialisieren sei. Auch Eisner warnte vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Die meisten der Anwesenden waren für baldige Ein-

berufung der Nationalversammlung, und es kam schließlich zur Annahme einer Entschließung, die betonte, die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands sei ein dringendes Gebot der Stunde. Alle Stämme ständen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichteten sich, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung stimmte man allgemein zu, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitung zur Nationalversammlung bald durchzuführen. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sollten die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens betrachtet werden. Die Reichsleitung wurde ersucht, auf die schleunigste Einführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Die Konferenz war ein unzweifelhafter Erfolg der Regierung. Vor allen Dingen war erfreulich, daß der Gedanke der Reichseinheit so stark betont worden war. Zwar blieb eine starke Verstimmung namentlich im Süden gegen Solf und Erzberger zurück, und Eisner gab seinen Kampf gegen Solf nicht auf. Aber alle separatistischen Gelüste hatte man von sich gewiesen und sich zur Erhaltung des Reiches bekannt. Außerdem hatte der Wunsch nach baldiger Berufung der Nationalversammlung einen unzweideutigen Ausdruck gefunden. Durch die Erklärungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten wurde die Stellung der Regierung ganz wesentlich gestärkt. Am 29. November nahm der Rat der Volksbeauftragten die Verordnungen über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung mit 4 gegen 2 Stimmen an. Das Reich wurde nach dem Gebietsumfang vom 1. August 1914 in 38 Verhältniskreise eingeteilt. Nach der Einwohnerzahl waren in einzelnen Kreisen je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen. Die Wahlen sollten unter Vorbehalt der Zustimmung der für den 16. Dezember einberufenen Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16. Februar 1919 stattfinden.

Der Großberliner Soldatenrat begrüßte nach einem

Referat von Cohn am 30. November den Beschluß der Reichsregierung vom vorangegangenen Tag. Das dringendste Gebot der Stunde sei es jedoch, bis zur Nationalversammlung mit aller Kraft für die Durchdringung des Volkes und der bestehenden Institutionen mit dem Geiste der sozialistischen Revolution zu wirken. Ähnliches erklärten über 300 Vertreter der Frontsoldaten, die am 1. Dezember in Ems tagten. Zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele müsse sobald wie möglich eine gemäßigtere Regierungsgewalt gegründet werden. Sie verlangten gleichfalls die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung.

Die Regierung war mit diesen Forderungen einverstanden. Ebert versicherte am 1. Dezember: „Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfügen". Bei der Regierung war der ehrliche Wille vorhanden, alles zu tun, damit die Reichseinheit gewahrt bleibe. Sie erklärte sich gegen die Abtrennungsbestrebungen in den Rheinlanden, wie sie am 4. Dezember in öffentlichen Versammlungen in Köln zutage traten. Sie lehnte ebenso entschieden einen Antrag Bayerns vom 2. Dezember ab, eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einzuberufen. Eisner forderte für diese Konferenz Beratungen über die Nationalversammlung, die Besetzung des Auswärtigen Amts und die Aktenveröffentlichungen. Bayern verlangte Einwirkung auf die Zentralinstanz und eine Art Ersatz für den aufgehobenen Bundesrat. Am 5. Dezember lehnte die Regierung die bayerische Forderung ab. Sie erklärte, sie könne ein Bedürfnis für eine solche Versammlung nicht anerkennen.

Die Mehrheit des deutschen Volkes und der größte Teil des Feldheeres, soweit es noch vorhanden war, standen unzweifelhaft hinter der Regierung. Aus dem Feldheer ward ein Flugblatt Hindenburgs bekannt, in dem die Soldaten aufgefordert wurden, die jetzige Regierung zu stützen. Je deutlicher dies alles wurde, desto energischer kämpften die Unabhängigen und Spartakus-

leute dagegen an. Die Unabhängigen zwar fanden sich schon mit einer Art Resignation darein, daß sie mit ihren Ansichten nicht durchdrangen. Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb am 2. Dezember: „Wir müssen mit der Unreife breiter proletarischer Massen für die konsequente sozialistische Republik, wie sie unsere Partei vertritt, mit dem Befangensein größerer Teile der Arbeiterklasse in reichssozialistischen, halbbürgerlichen Anschauungen rechnen.“ Der Antrag, den der Führer der Leipziger Unabhängigen Seger am 1. Dezember in einer Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte stellte, Hindenburg solle verhaftet werden, blieb nichts weiter als eine bloße Demonstration. Energischer äußerte sich Liebknecht: Die Nationalversammlung sei nur eine Fortsetzung der Reichstagsschwätzerbande. Rosa Luxemburg rief dazu auf, die Waffen zu ergreifen gegen die jetzige Regierung Ebert-Scheidemann. Ein 19gliedriger Reichsausschuß des Vollzugsrats, der sich aus 8 preußischen, 8 außerpreußischen Mitgliedern und 3 Vertretern der Ost- und Westfront zusammensetzte, führte einstweilen die Geschäfte.

Nicht nur die auswärtigen Verhältnisse machten die geforderte baldige Berufung der Nationalversammlung notwendig, sondern bald noch mehr die innere Lage, die immer weiter um sich greifende Anarchie. Aufstände, Streiks, Übergriffe der einzelnen Soldaten- und Arbeiterräte nahmen immer mehr überhand. Der Sozialdemokrat Cohn konnte in seinem Vortrag auf dem Rätekongreß Deutschland als eine einzige Reparaturwerkstatt bezeichnen. Die Arbeitgeber wurden durch Gesetz gezwungen, ihre aus dem Felde heimkehrenden früheren Arbeiter wieder einzustellen. Es geschah oft, ohne daß sie Beschäftigung für die aus dem Felde Heimkehrenden hatten. Den größeren Fabriken fehlte es an Kohle und an Rohstoffen. Einzelne Industrien wurden durch das Kriegsende besonders schwer getroffen. So die Metallindustrie. Während des Krieges herrschte in ihr stets Arbeitermangel; jetzt gab es Arbeiterüberfluß. Die Zahl der Beschäftigungslosen in den Großstädten stieg rapid. In Berlin gab es schon

am 5. Dezember 19000 Beschäftigungslose. Ihre Zahl stieg von Tag zu Tag. In Dresden betrug ihre Zahl Mitte Dezember 5000, in Leipzig 6000. Durch die Arbeitslosenunterstützung, die den einzelnen Beschäftigungslosen bezahlt wurde, wurden an die Finanzkraft der einzelnen Städte und des Staates außerordentlich hohe Ansprüche gestellt. Bei den hohen Preisen für Lebensmittel ging das Streben der Arbeitslosen ständig dahin, ihre Unterstützung zu steigern. Sie forderten in manchen Städten eine tägliche Unterstützung von 10 M.; dazu kam noch Unterstützung für die Frau und die Kinder. In sehr vielen Fällen bekam ein Arbeitsloser mehr als ein stark beschäftigter Arbeiter. In Bremen wurde berechnet, daß der Staat für 7000 Arbeitslose im Jahr 14 Millionen Mark aufzubringen habe, während er für alle seine Beamten, die Dienst taten, nur einen Aufwand von 9 Millionen zu tragen hatte. Die Arbeitslosen, die zu jeder Ansammlung bereit waren, wurden für viele Städte eine ernste Gefahr. Sie organisierten sich vielfach. Die Lehren der Spartakusgruppe fanden bei ihnen ein williges Ohr. Ganz besonders nahm sich Liebknecht ihrer an.

Während in den Großstädten sich die Zahl der Arbeitslosen häufte, litt das Land Mangel an Arbeitern. Die Landwirtschaft, die Kohlengruben riefen nach Arbeitskräften. Aber wenige bezeigten Lust, in die Gruben und auf das Land zu gehen. In Sachsen kamen bei den Arbeitsnachweisen des Landeskulturrats Mitte Dezember auf 1325 gemeldete offene Stellen für männliches Personal 343 Stellensuchende. Ähnlich stand es in Pommern und anderswo. In Pommern wurden über 1100 Arbeitskräfte gebraucht, aber nur etwa über 20 meldeten sich. Den Gruben waren zahlreiche Gefangene, die bis dahin in ihnen gearbeitet hatten, plötzlich entzogen worden. Im Rheinland und Westfalen betrug ihre Zahl 60—70000. Es war schwer, für sie Ersatz zu schaffen. Die übereilte Einführung des Achtstundentags trat für manche Betriebe gleichfalls verwirrend hinzu.

Dazu kamen die unaufhörlichen Streiks. In Berlin streikten am 27. November über 150000 Arbeiter. Der Streik griff dann nach dem Ruhrgebiet und nach Oberschlesien über. Die Arbeiter verlangen oft wahrhaft unsinnige Löhne. Die Grubenarbeiter in Oberschlesien forderten einen Tagelohn von 25 M. und eine Unmenge von Lebensmitteln. Sie nahmen oft gar keine Rücksicht, ob bei ihren Lohnerhöhungen das Werk noch weiterbestehen könne oder nicht. So bestanden die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser in Bremen auf einer Erhöhung der Bezüge, die das Verdienst der Werft um 15 Millionen Mark im Jahr überstieg. Bei der Firma Siemens & Halske betrugen die geforderten Lohnerhöhungen 47 Millionen Mark, dabei verdiente das Werk nur 13. Es wurde den Unabhängigen selbst angst und bang bei diesem Vorgehen der Arbeiterschaft. Am 27. November wandte sich der Volksbeauftragte Barth, ein Unabhängiger, gegen diese Bewegung der Arbeiterschaft. Er warnte, nicht aus der Revolution eine Lohnbewegung zu machen. Das allgemeine Interesse müsse sich jetzt auf andere Dinge konzentrieren als auf Arbeitskürzung und Lohnerhöhung. Er wies auf die Ernährungsschwierigkeiten hin. In einigen Wochen sei Deutschland ohne Fett, in drei Monaten ohne Mehl, in fünf Monaten ohne Kartoffeln. Durch die Bergarbeiteraufstände sei im Ruhrgebiet die Förderung auf $^1/_{10}$ zurückgegangen. Die Arbeiter hätten verstanden, die Revolution zu machen, aber er müsse gestehen, bisher hätten sie noch nicht verstanden, Arbeiterheere zu organisieren zur Durchführung der notwendigen Arbeit in der Ernährung. Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung sein solle, dann sei die Sache zu Ende.

Den allgemeinen Wirrwarr benutzten die Kommunisten, um immer kühner hervorzutreten. Rühle in Dresden erklärte sich ungescheut für den russischen Bolschewismus. Er prophezeite eine allgemeine Weltrevolution. Sie werde das internationale Proletariat gegen den Weltkapitalismus zusammenschließen. In Bremen beschlossen die Kommunisten am 27. Novem-

ber, der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat sei aufzufordern, sich gegen die Nationalversammlung zu erklären, sich mit den russischen Bolschewisten zu verbrüdern, um sofort die kommunistische Wirtschaftsordnung einzuführen. Ferner sei Propaganda unter den feindlichen Truppen zu treiben, die Entwaffnung der Soldaten und die Bewaffnung unter den revolutionären Arbeitern herbeizuführen.

Bei dieser Spannung, die auf allen Seiten bestand, war es nicht erstaunlich, wenn es in Berlin zu Zusammenstößen kam. Am 6. Dezember wurde der Vollzugsrat widerrechtlich verhaftet. Eine Gruppe von Matrosen rief Ebert am gleichen Tag zum Präsidenten der Republik aus. Ihr Führer erklärte: Die Vertreter des deutschen Volkes müßten in der kürzesten Zeit zusammentreten; die Nationalversammlung müsse auf den 20. Dezember einberufen werden; der Vollzugsrat dürfe nicht mehr mit linkischer Hand in die Regierungsmaschine eingreifen und die Regierung unter Druck setzen. Ebert lehnte das ihn überraschende Angebot mit klugen Worten ab. Die Regelung aller Fragen müsse man der Reichsleitung überlassen.

Am gleichen 6. Dezember kam es zu Straßenkämpfen in Berlin. Die Gardefüsiliere, die sogenannten Maikäfer, die Anhänger der Regierung waren, stießen mit Anhängern der Spartakusgruppe zusammen, die nach Schluß mehrerer Versammlungen einen Demonstrationszug veranstalteten. Es gab an 20 Tote und 40 Verwundete.

Liebknecht benutzte den Vorfall zu erneuter Agitation. Am 7. Dezember fuhr er die Linden entlang. Sein Auto war mit Maschinengewehren besetzt. Vor den öffentlichen Gebäuden hielt er Reden gegen die Regierung und den Stadtkommandanten Wels. Zugleich proklamierte der Spartakusbund für den 7. Dezember den Generalstreik. Für Sonntag den 8. waren 22 Versammlungen angesetzt. Nur der kalte Regen, der herabströmte, verhinderte wohl Straßenkämpfe. Liebknecht erklärte an diesem Tag: Die Bewegung in Berlin werde fortdauern, bis die gesamte Macht in die

Hände der Spartakusgruppe übergegangen sei. Bei dieser Unsicherheit war Scheidemanns Ausruf in einer der Versammlungen vom 8. Dezember zu verstehen: So wie bisher, könne es keine acht Tage weitergehen. Man suchte energisch durchzugreifen und veranstaltete am 9. Dezember eine Haussuchung in den Räumen des Spartakusbundes. Waffen wurden nicht gefunden, und der Vorfall lieferte den Spartakusleuten nur neuen Stoff zur Agitation.

In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember kam es auch in München zu schweren Ausschreitungen. Der „Bayerische Kurier“ wurde von Anhängern der Kommunisten mit Beschlag belegt und der Minister des Innern Auer gezwungen, sein Amt niederzulegen. Eisner griff persönlich ein. Die von Auer erpreßte Erklärung wurde für null und nichtig erklärt. Auch an anderen Orten waren die Anhänger des Spartakusbundes bei der Arbeit. In Bremen rissen sie die Herrschaft an sich.

Das Durcheinander schien gerade in dieser Woche immer mehr zuzunehmen. In Oberschlesien bei Kattowitz kam es auf dem Gräfin Johanna- und Gotthardt-Schacht zu schweren Ausschreitungen. In der Umgegend von Essen nahm der Kohlenstreik eine ernste Wendung. Am 15. Dezember stieg die Zahl der Streikenden auf 20000. Die Arbeiter- und Soldatenräte erlaubten sich immer mehr Übergriffe. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig erhob am 5. Dezember schärfsten Einspruch gegen die Verordnungen des Volksbeauftragten Fleißner und veranlaßte eine Gegenerklärung des Gesamtministeriums vom 8. Dezember. Den Geldverbrauch der neuen Regierung bezifferte der Minister Schiffer in einer Rede mit über 1 Millarde in der kurzen Zeit ihres Daseins. Dazu wurden die Ernährungsaussichten immer trostloser. Eine Note der Regierung behauptete, die Lagerbestände der Reichsgetreidestelle reichten nur bis zum 7. Februar 1919; mit dem Fett und Fleisch komme man nur bis zum 1. April 1919 aus. Es klang wie ein Verzweiflungsschrei, wenn der Rat der Volksbeauftragten am 14. Dezember sich an die deutschen Arbeiter wandte und ausrief: „Die

Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. . . . Ihr müßt arbeiten!“

Mit unter dem Eindruck all dieser Vorgänge berief der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach am 12. Dezember den Reichstag ein. Die Bestimmung für Ort und Zeit der Tagung behielt er sich vor. Unter diesen Vorzeichen trat der Rätekongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zusammen. Um Konflikten aus dem Wege zu gehen, hatte Solf seine Entlassung genommen. An seine Stelle trat am 20. Dezember der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau.

Am 9. Dezember hatte der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Großberlins eine Tagesordnung für die Sitzung des 16. Dezembers vorgeschlagen. Es sollte beraten werden über die Frage, ob Nationalversammlung oder Rätesystem, über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, über die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik. Schließlich sollte die Wahl des Vollzugsrates der Republik stattfinden.

Die Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember war seit dem Ausbruch der Revolution das wichtigste Ereignis. Von ihren Beschlüssen hing die Zukunft Deutschlands ab. Hier mußte entschieden werden, ob die von allen Seiten gewünschte Nationalversammlung zustande kommen oder nach russischem Vorbild das Rätesystem als dauernde Einrichtung in Deutschland bestehen bleiben solle. Liebknecht hatte insofern nicht unrecht, wenn er am Begrüßungsabend an die Versammelten die Worte richtete: Die Mitglieder würden zu entscheiden haben, ob sie gewillt seien, die Revolution, die Anfang November in Deutschland begonnen, zur sozialistischen Revolution des deutschen Proletariats weiter zu entwickeln. Alles dränge zur Entscheidung bei der einen großen Frage: Nationalversammlung oder Rätesystem?

Die Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte konnte man als eine Art Reichsparlament betrachten. Berlin gab zum ersten Male nicht allein mehr den Ausschlag. Das Reich verlangte sein Recht. Es war ein tumultuarisches Verhandeln. Zwang von außen fehlte nicht. Es fielen derbe Worte; aber auch Worte voll Idealismus, voll Glauben an die sozialistischen Ideale waren zu hören.

Ebert eröffnete die Versammlung und erklärte: Es gibt nur eine Rechtsquelle in der deutschen Republik, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Das war nicht die Meinung des Berichterstatters Richard Müller. Er meinte: Die Arbeiter- und Soldatenräte seien heute die einzige Errungenschaft der Revolution. Das Verhältnis zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat müsse sich ändern. So wie es jetzt sei, sei es unerträglich. Es habe den Anschein, als ob der Rat der Volksbeauftragten sich nicht länger unter die Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte stellen wolle. Die Truppen seien auf den Rat der Volksbeauftragten vereidigt worden. Die Souveränität des Volkes werde aber durch die Arbeiter- und Soldatenräte dargestellt. Also hätten sie auch darauf vereidigt werden müssen. Man habe sie ferner auf die deutsche Republik, nicht auf die deutsche sozialistische Republik vereidigt.

Schon seine Rede erfuhr eine Unterbrechung. In den Saal drang eine Abordnung von Arbeitern, die behauptete, im Namen von 250000 Arbeitern zu sprechen. Sie forderte eine einheitliche sozialistische Republik. Die ganze Macht solle an die Arbeiter- und Soldatenräte kommen. Der Reichsvollzugsrat solle höchstes Organ sein. Die jetzigen Behörden sollten abgeschafft und der Rat der Volksbeauftragten müßte beseitigt werden. Schließlich verlangte die Deputation Entwaffnung der Gegenrevolution und Bildung einer roten Garde. Mit Mühe wurde sie abgewehrt. Zu einem ungeheuren Tumult kam es, als der Antrag abgelehnt wurde, Liebknecht und Rosa Luxemburg mit beratender Stimme zum Kongreß zuzulassen. Die Spartakusleute brachten dann einen Zug der Jugendlichen zustande. Diese forderten

sechsstündige Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren, Abschaffung der Wehrpflicht und des Züchtigungsrechts, Schaffung eines Jugendgesetzes unter Mitwirkung der Jugendlichen, Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr.

Ein weiterer heftiger Tumult entstand, als Ledebour Ebert am zweiten Tag ein Schandmal für die Regierung nannte. Wiederum wurde am zweiten Tag die Sitzung durch das Eindringen diesmal von Soldaten unterbrochen. Auf langen Stangen trugen sie große Pappschilder mit den Namen der Berliner Regimenter. Sie stellten eine Reihe von Forderungen und verlangten sofortige Abstimmung. Der entscheidende Tag wurde der dritte Tag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Cohen aus Reuß hatte den Antrag gestellt: Die Wahlen zur Nationalversammlung finden am 19. Januar 1919 statt. Mit warmen Worten trat er für den Antrag ein. Mit 400 Stimmen gegen 75 Stimmen der Linken ging sein Antrag durch. Es war eine schwere Niederlage der Unabhängigen. Es stellte sich heraus, daß sie in hoffnungsloser Minderheit waren. Das Gleiche ergab sich bei der Beratung über den Antrag, die vollziehende Gewalt sei dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen. Die Unabhängigen verlangten eine nähere Erläuterung. Landsberg gab sie dahin, unter parlamentarischer Überwachung solle verstanden werden, daß alle Gesamtentwürfe dem Zentralrat vorgelegt und alle wichtigen Gesetzesvorlagen mit ihm beraten werden sollten. Die Unabhängigen erklärten, sie seien mit dieser Versicherung nicht zufriedengestellt. Ihr Antrag, das Rätesystem zur Verfassungsgrundlage zu machen, wurde mit 344 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Auch ihr Antrag, der Vollzugsrat solle das volle Recht der Zustimmung und Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündigung haben, ging nicht durch. Darauf erklärten die Unabhängigen, sie würden an der Wahl des Vollzugsrates nicht teilnehmen. Diese Erklärung schlug nur zu ihren Ungunsten aus. Die Liste der Mehrheitssozialisten wurde mit großer Mehrheit angenommen. Diese Beschlüsse waren von größter Bedeutung. Der Gedanke, die Nationalversammlung zu berufen, hatte

sich siegreich durchgesetzt. Und nicht nur das. Der Zusammentritt der Nationalversammlung wurde sogar auf einen früheren Termin, als es ursprünglich geplant war, festgesetzt. Die Revolution begab sich damit wieder auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Sie überließ dem Volk die Entscheidung.

Was sonst auf dem Reichskongreß verhandelt wurde, trat an Wichtigkeit gegen diese Beschlüsse zurück. Geyer aus Leipzig beantragte, die Landtagswahlen sollten überhaupt nicht stattfinden. Es solle eine Republik Großdeutschland gegründet werden. Auch dieser Antrag hatte kein Glück. Hilferding sprach über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Er riet von einer Vergesellschaftung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und der Exportindustrie ab. Auf anderen Gebieten könne die Produktion und der ganze Absatz übernommen werden. So stehe einer Übernahme der Bäckereien durch die Kommunen nichts im Wege.

An ein Zusammengehen der beiden Richtungen war nach dem Ausgang der Beratungen auf dem Kongreß nicht mehr zu denken. Die Auseinandersetzungen hatten die vorhandenen Gegensätze nur noch verschärft. Als ein Antrag die Einigung der beiden sozialistischen Gruppen forderte, lehnten die Unabhängigen sie ab, zum Teil mit beleidigenden Worten für die Mehrheitssozialisten. Ledebour meinte, die Demokratische Partei habe die kompromittierten Persönlichkeiten ausgeschaltet, bei den Mehrheitssozialisten ständen sie noch an der Spitze. Scheidemann erklärte, die Antwort werde den Unabhängigen am 19. Januar 1919 gegeben werden. Es kam zu einem unbeschreiblichen Tumult. Einer der Anwesenden schrie nach Handgranaten. Der Vorsitzende der Soldatenfraktion rief den Vertretern des Heeres zu: „Ich fordere meine Kameraden auf, hinauszugehen und überall mitzuteilen, wie es hier zugegangen ist. Die Soldaten werden dann den Schreiern die richtige Antwort geben.“

Die Wirkungen des Rätekongresses reichten aber noch weiter. Der neugewählte Zentralrat war nicht

mehr nur von dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, sondern von der Reichskonferenz aller deutschen Räte. Er konnte ganz andere Autorität beanspruchen. Außerdem war er künftig in sich einheitlich; er bestand nur aus Mehrheitssozialisten. Konnten bei dieser Lage der Dinge nun aber die Unabhängigen in der Regierung bleiben? Noch bestand der Rat der Volksbeauftragten aus 3 Mehrheitssozialisten und 3 Unabhängigen. Er blieb in sich gespalten, ohne daß es eine eigentliche Mehrheit in der Regierung gab. Es war eine unnatürliche Lage. Sie war um so unnatürlicher, als eben bei der Reichskonferenz sich herausgestellt hatte, daß die Unabhängigen in so großer Minderzahl waren. Sie hatten kein Recht, die Hälfte der Sitze für sich zu fordern. Sie faßten den Plan, die Regierung im gegebenen Augenblick zu verlassen. Den Anlaß dazu bot ihnen ein Matrosenputsch gegen die Reichsregierung am 23. Dezember. Die Matrosen hatten sich im Marstall einquartiert. Als sie aufgefordert wurden, dies Gebäude zu verlassen, nahmen sie den Stadtkommandanten Wels gefangen, drangen in die Reichskanzlei ein, besetzten die Telephonzentrale und hinderten Ebert und Landsberg am Verlassen ihrer Diensträume. Es kam zu einer Beschießung des Marstalls und zu einem Verhandeln mit den aufständischen Matrosen. Der Vergleich, der abgeschlossen wurde, war für die Regierung durchaus nicht rühmlich. Aber das Vorgehen gegen die Matrosen nahmen die Unabhängigen zum Anlaß, um am 29. Dezember die Regierung zu verlassen. Damit war auch Einheitlichkeit in die Regierung gebracht. Man durfte hoffen, daß nun die Wahlen in Ruhe vor sich gehen würden.

VI. Der Aufmarsch der Parteien.

Die Bahn für die Wahlen war frei. Das ganze Volk ward aufgerufen, am 19. Januar mit dem Stimmzettel in der Hand seine Meinung kundzutun. Das bis jetzt beiseite gedrängte Bürgertum atmete auf. Es konnte sich wieder regen. Es mußte sich zeigen, ob es noch Widerstandskraft besaß, ob es willens war, seine jahrhundertealte Kultur, seinen ererbten Besitz zu verteidigen.

Erwarben die Mehrheitssozialisten mit dem Beschluß, die Wahlen stattfinden zu lassen, den Dank des Bürgertums, so verdarben sie es dadurch um so gründlicher mit den radikalen Parteien. Die Spartakusgruppe sah durch den Ausgang der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte alle Errungenschaften der Revolution bedroht. Sie wandte alle ihre Energie an, um die Wahlen zur Nationalversammlung zu hintertreiben. Zum 30. Dezember berief sie eine Konferenz ihrer Anhänger nach Berlin ein. Es erschienen gegen hundert Delegierte. Unter ihnen befand sich der Führer der bolschewistischen Weltpropaganda Radek aus Moskau. Es war ihm trotz aller Absperrungsmaßregeln der Regierung geglückt, nach Berlin zu kommen. Diese hatte Radek die Einreiseerlaubnis nicht gewährt. Daß er in Berlin erschien, war eine Herausforderung sondergleichen. In seiner Begrüßungsansprache wies er darauf hin, daß der Bürgerkrieg, wenn er notwendig sei, durchgeführt werden müsse. Es werde den russischen Arbeiter mit Enthusiasmus erfüllen, wenn er höre, daß er mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein gegen das angelsächsisische Kapital kämpfen werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Berlin der Rat der Sowjet-Kongresse zusammen mit den Delegierten aller Länder über den Weltfrieden beraten werde.

Bei den Verhandlungen stellte sich eines heraus: Rosa Luxemburg und Liebknecht hatten nicht mehr die Führung in der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutsch-

lands", — so beschloß die Spartakusgruppe sich künftig zu nennen. Beide traten im Anschluß an einen Vortrag von Dr. Levy „Über die Nationalversammlung" für Beteiligung an den Wahlen für diese ein. Rosa Luxemburg klagte: Das Rätesystem, am 9. November aufgerichtet, habe kläglich versagt, weil die Massen noch nicht genügend revolutioniert gewesen seien. Es bedürfe noch langer, ernster Arbeit, das deutsche Proletariat zur Revolution reif zu machen. Liebknecht bat, ihn und Rosa Luxemburg in die Nationalversammlung zu wählen. Wie im Reichstag würden sie in der Nationalversammlung die Schädlinge entlarven, würden die Verhandlungen stören und mit allen Mitteln Obstruktion treiben. Ihre Worte fanden kein Echo. Als Levy die Unmöglichkeit betonte, die Wahlen und den Zusammentritt der Nationalversammlung zu verhindern, da rief man ihm zu: „Handgranaten, Maschinengewehre auf die Straße". Als er meinte, die Nationalversammlung brauche sich nicht in Berlin zu versammeln, das könne auch in Schilda oder Krähwinkel geschehen, da hieß es: „Auseinandertreiben, die ganze Bande verhaften, die Bourgeoisie in die Kandare nehmen". Rühle aus Dresden erklärte: „Es kann keine Ruhe geben, solange uns der Popanz der Nationalversammlung droht! Wir sind im Begriff, die Macht an uns zu reißen; wir werden sie uns nicht wieder aus den Händen winden lassen! Mit der Autoritätsduselei ist es ein für allemal vorbei; die Macht führt sich selbst. Und wenn die Nationalversammlung in Posemuckel oder Dingsda tagt, dann bilden wir in Berlin eine neue Regierung, dann etablieren wir uns hier und pfeifen auf die Nationalversammlung." Seinen Antrag, jede Beteiligung an den Wahlen abzulehnen, nahm die Versammlung mit 63 gegen 23 Stimmen an.

Die Spartakusgruppe schaltete sich dadurch von jeder Wahlbeteiligung selbst aus. Rosa Luxemburg entwickelte in der Schlußsitzung das künftige Programm der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Sie empfahl Unterminierung der Regierung Ebert-Scheidemann, Revolutionierung des flachen Landes,

Ausbau der Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Trennungsstrich nach den Unabhängigen hin war damit gezogen. Es blieb zunächst fraglich, wie sich diese zu dem Beschluß der Spartakusgruppe verhalten würden. Es gab einen linken Flügel in ihr, geführt von dem Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der sich in seinen Ansichten kaum von denen der Spartakusgruppe unterschied, und einen rechten, an dessen Spitze Haase stand. Daß die Spartakusgruppe absplitterte, tat vielen leid. Aber sich freiwillig von der Beteiligung an der Wahl auszuschalten, schien den meisten ein gewagter und unkluger Schritt. Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, erklärte den Antiparlamentarismus und Terrorismus als Rückfall in primitive Zustände. Gewaltanwendung sei nur berechtigt zum Zweck der Abwehr von Gewalt. „Wir sehen in der Wiederherstellung der Produktion, die, soweit es irgend möglich, auf sozialistische Grundlage zu setzen ist, eine zwingende ökonomische Notwendigkeit. Im Streik, unter der Herrschaft des Proletariats, bei größtem Mangel an Produktion, sehen wir heute eine Schädigung der Gesamtheit überhaupt und der ärmeren Klassen insbesondere.“

Die Unabhängigen rückten so auch ihrerseits von der Spartakusgruppe ab. Sie wurden zu einer Mittelpartei zwischen den Mehrheitssozialisten und der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Der heftigste Feind der bestehenden Regierung, der unversöhnlichste Gegner der Nationalversammlung blieb die Spartakusgruppe. Der Kampf gegen sie, das Aufraffen des Bürgertums und der Aufmarsch der Parteien, das sind die Zeichen, unter denen sich die Geschehnisse der nächsten Wochen abspielen.

Das Bürgertum stand vor schwerwiegenden Entscheidungen. Die bisher gepriesenen Ideale aller Parteien waren durch die Revolution beiseite geschoben worden. Das alte Deutschland war vernichtet, die Fürsten ihrer Throne ledig, die bisher bestehenden Kammern

aufgelöst, das Heer zerstoben. Es galt Stellung zu den neuen Fragen zu nehmen.

Als die erste neue Partei des Bürgertums trat die Deutsche Demokratische Partei auf den Plan. Am 15. November erschien ein Aufruf zur Gründung einer Demokratischen Partei. Er stellte sich auf den Boden der Republik, die Entscheidung über die Staatsform sollte der Nationalversammlung überlassen bleiben. Er sagte jedem bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror den Kampf an. Für monopolistisch entwickelte wirtschaftliche Gebiete lehnte er die Idee der Sozialisierung nicht ab. Weiter sprach sich der Aufruf für die Aufteilung der Staatsdomänen und die Einschränkung des Grundbesitzes, ebenso für die stärkste Erfassung der Kriegsgewinne und einmalige progressive Vermögensabgabe aus. Er forderte gesetzliche Garantierung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte, Stützung der selbständigen Mittelschicht und internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms.

Es lag Gefahr vor, daß sich neben die bestehenden liberalen Parteien eine neue Partei stelle. In den Kreisen der beiden liberalen Parteien, der Fortschrittler und der Nationalliberalen, regte sich sofort der lebhafte Wunsch nach einer Verständigung und einem Zusammengehen mit der neuen demokratischen Partei. Schon am 14. November erklärte ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, er erachte als unabweisbares Gebot der neuen Zeit die Bildung einer großdeutschen, auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden Partei. Die Parteivorstände nahmen Verhandlungen auf. Sie fanden am 16. November statt. Die Nationalliberalen unter der Führung von Friedberg, Stresemann und Richthofen traten für eine Verschmelzung ein. Sie waren willens, mit der Fortschrittlichen Volkspartei abzuschließen. Man einigte sich auf ein Einheitsprogramm, das in seinen wesentlichen Punkten in keiner Weise hinter den Forderungen der neuen Demokratischen Partei zurückblieb. Da entstanden im letzten Augenblick Differenzen. In den Kreisen

der Fortschrittlichen Volkspartei regte sich der Wunsch, die Zukunft des Liberalismus hauptsächlich im Anschluß an die neue demokratische Partei zu suchen. Außerdem wurde auf Zurücktritt der Männer gedrungen, die bisher in der Kriegszielfrage zu sehr hervorgetreten seien.

An dieser Forderung scheiterte die Vereinigung mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen. Am 17. November hatte der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei der Vereinigung mit der Nationalliberalen Partei zugestimmt und einen vorbereitenden Ausschuß zur Gründung einer großen demokratischen Partei ernannt. Am 18. November kamen die Einigungsverhandlungen ins Stocken. Der rechte und der linke Flügel der Nationalliberalen sonderten sich.

Der linke Flügel der Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei vereinigten sich mit den Unterzeichnern des Aufrufs vom 15. November zur Gründung einer großen demokratischen Partei. Sie erhielt den Namen Deutsche Demokratische Partei. Der rechte Flügel der Nationalliberalen, die Gruppe um Dr. Stresemann, schied aus. Stresemann als Parteiführer konnte es nicht verwinden, daß er in der neuen Partei keine führende Rolle spielen sollte. Man begründete die Absonderung damit, daß man es ablehnen müsse, auch die neue Demokratische Partei in die Vereinigung mit einzubeziehen. Die Gruppe der Männer um Stresemann stellte ein besonderes Programm auf und nahm den Namen Deutsche Volkspartei an. Im Programm war kaum ein Unterschied von dem der Deutschen Demokratischen Partei wahrzunehmen. Es betonte ein wenig stärker den Abstand von links. Für Außenstehende blieb der peinliche Eindruck, daß es sich bei der Neugründung der Volkspartei weniger um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Programms als um persönliche Fragen handle.

Fast ebenso schnell wie die Deutsche Demokratische Partei trat das Zentrum auf den Plan. Mit der Beweglichkeit, die ihm zu allen Zeiten eigen war, und die ihm gestattete, sich jeder Regierungsform anzupassen,

erließ es gleichfalls schon am 15. November einen Aufruf. Es wandte sich darin gegen die Diktatur und Klassenherrschaft. Es forderte sofortige Berufung der Nationalversammlung. Bis dahin erkenne es den Reichstag als die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes an. Es wandelte etwas später seinen Namen in Christlich-Demokratische Volkspartei um. Die alten Parteien, so wurde im Wahlaufruf ausgeführt, bedürften innerer und äußerer Erneuerung. Das neue Zentrum bekenne sich rückhaltlos zum demokratischen Volksstaat. Es bekämpfe jedwede Klassenherrschaft, es wolle Ordnung in der Freiheit, offene Absage an den Mammonismus und Materialismus der Gegenwart, Pflege der ideellen Werte. Es wurden dann eine Reihe Leitsätze zur Außen- und Innenpolitik aufgestellt. In der Außenpolitik ward baldiger Abschluß des Weltfriedens, ein den christlichen Grundsätzen entsprechendes Völkerrecht, ein Völkerbund, Schutz der nationalen Minderheiten in allen Staaten, Erneuerung des auswärtigen Dienstes, vollkommen durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des heiligen Stuhles, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung für alle Völker, Freiheit der Meere, internationale Regelung des Arbeiterrechtes, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung und Schaffung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes gefordert. In der Innenpolitik waren die Forderungen nach den drei Gesichtspunkten Verfassung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Kulturpolitik gegliedert. In bezug auf die Verfassung trat die neue Partei für ein von starkem Nationalbewußtsein getragenes Volksreich mit Wahrung der Eigenart der deutschen Stämme ein. Sie forderte eine Volksregierung mit starker Vollzugsgewalt an der Spitze im Reich und in den Bundesstaaten, Schaffung der Verfassung durch die Nationalversammlung, gleiches Recht für alle Volksschichten auf Teilnahme an der Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten, ein unabhängiges Berufsbeamtentum, Schutz der politischen Minderheiten, Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs-

und Vereinsfreiheit. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik grundsätzliche Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, Schutz und Förderung der einzelnen Erwerbsstände, gemeinnützige Bodenpolitik, Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit, gewissenhafte Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. In der Kulturpolitik Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kulturideals im deutschen Volksleben, Erhaltung und Förderung der deutschen christlichen Familie, Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens im Sinn einer einheitlichen deutschen Kulturpolitik unter Anwendung und Ausübung der sittlichen und religiösen Erziehungskräfte, freie Entfaltung und Wirkungsmöglichkeit für alle, Heranziehung der Frauen auf allen Gebieten, Gewissensfreiheit.

Auch die Parteien der Rechten erfuhren eine Umbildung. Konservative, Freikonservative und christlichsoziale Partei schlossen sich zur Deutschnationalen Volkspartei zusammen. Die Bezeichnung „Volkspartei" glaubte auch sie nicht entbehren zu können. Eine Umwandlung ins Demokratische erfuhren alle Parteien. Sie forderte in ihrem Wahlaufruf, Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müßten ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern. Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft müsse mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollten die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müßten mehr denn je das ganze Volkstum erfüllen. Um Recht und Ordnung wieder herzustellen, erklärte sich die Deutschnationale Volkspartei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die das gleiche Ziel erstrebten. Die Richtlinien unterschieden sich kaum von dem Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Die Partei verlangte ein starkes deutsches Volkstum, Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein

möglichen parlamentarischen Regierungsform, Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Wissenschaft, Sicherung des Privateigentums, gleiches Wahlrecht. Weiter erklärte man, am Grundsatz der Privatwirtschaft festhalten zu wollen. Die Partei sei aber gewillt, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern, schleuniger Abbau der im Krieg geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften, Bekämpfung der Wohnungsnot, Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedlungspolitik, Sorge für den Mittelstand, Ausbau der Sozialpolitik, Fürsorge für Beamte, Lehrer, Militärpersonen und Angestellte, ebenso für die Kriegsbeschädigten, Vereinfachung der Verwaltung und ihre Führung im sozialen Sinn, freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze, Aufbau der öffentlichen Abgaben nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit, weitgehende Fürsorge für die Volksschule, Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben.

In diesem Programm war die alte konservative Partei kaum wieder zu erkennen. Sehr bald stellte sich in ihren einzelnen Wahlaufrufen und bei der Tätigkeit der Partei im Lande heraus, daß sie dem Gedanken einer Wiedereinführung der Monarchie nicht unfreundlich gegenüberstand. In den Blättern, die ihrer Richtung zugetan waren, wie der Deutschen Tageszeitung, der Deutschen Zeitung, dem Reichsboten, fanden sich wiederholt Bekenntnisse zur monarchischen Regierungsform. Die republikanische erkannte sie nur als vorläufig an. Sie hielt dafür, daß die Einführung der republikanischen Staatsform für Deutschland nicht zuträglich sei und ein Unglück bedeute. Immer wieder betonte sie die Nachteile und Schattenseiten der Demokratien. Sie feierte die Monarchie als etwas in Deutschland Bodenständiges. Sie warnte davor, fremde Verfassungen in Deutschland zu kopieren. Zum Geburtstag des Kaisers wurden Adressen in den Kreisen der

Deutschnationalen Volkspartei ausgelegt und Telegramme an ihn abgesandt.

Dieses Festhalten am Gedanken der Monarchie und dies Betonen des Deutschtums verband sich mit einem stark antisemitischen Zug. Bei der Agitation im Lande stellte man es so dar, als sei die Deutsche Demokratische Partei eine Art Judenpartei, als sei sie vom jüdischen Großkapitalismus vollkommen abhängig. Man verschwieg dabei geflissentlich, daß der Großgrundbesitz geschlossen wie früher hinter der Konservativen, jetzt hinter der Deutschnationalen Partei stand, ebenso, daß der Bund der Landwirte, der doch immer für eine konservative Politik eingetreten war, seinen Mitgliedern den Beitritt zur Deutschnationalen Partei anempfahl. Auch die Vertreter der Großindustrie, Männer wie Krupp-Bohlen, fanden ihre Zuflucht in den Reihen der Deutschnationalen Partei. Außer diesem Kampf für die Monarchie und für die gestürzten Throne nahm sich die Deutschnationale Partei in ganz besonderer Weise der kirchlichen Interessen an. Weite Kreise in ihren Reihen fürchteten sich nicht vor der Trennung von Kirche und Staat. Sie waren genau wie die Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei dafür, diese Trennung stattfinden zu lassen. Bei der Agitation im Lande stellte man es aber meist so dar, als seien die Interessen der Kirche bedroht, als sei es auf eine Entchristlichung des deutschen Volkes abgesehen. Weite Kreise der evangelischen Orthodoxie unterstützten darum die Deutschnationale Partei und warben ihr, besonders in den Kreisen verängsteter Frauen, große Scharen von Anhängern.

Keinen rechten Boden fand in Deutschland die National-Demokratische Partei. In ihrem Gründungsaufruf betonte sie, sie trete ohne jede politische Vergangenheit an den einzelnen Mann heran. Sie sei geboren aus der Not der Stunde, aus dem Volk für das Volk. In ihrem Programm rief sie das gesamte deutsche Volk zu einer Erneuerung seines Nationalbewußtseins auf. Sie erstrebte Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einen großen deutschen Nationalstaat. Er

solle eine würdige Stellung im Bunde der freien Völker einnehmen. Die Verfassung sollte frei und demokratisch sein. Sie wünschte weiter eine freie Entwicklung der Persönlichkeit in Schule und Beruf, eine freie Entwicklung der Privatwirtschaft. Sie proklamierte den Kampf gegen den internationalen Sozialismus und jede Form des Kommunismus und Bolschewismus; weiter eine Erneuerung der Wehrkraft, aufgebaut auf den Grundsätzen eines Volksheeres, Entwicklung und Hebung des selbständigen und festbesoldeten Mittelstandes, ebenso Grundbesitzreform und innere Kolonisation, eine großzügige Kriegsbeschädigtenfürsorge im Zusammenhang mit einer weitgehenden Heimstättengesetzgebung. Das Programm schloß: „Wir ringen um das Herz des deutschen Volkes, um die Wiedererweckung seiner sittlichen Kraft, um den deutschen Idealismus."

Dieser Partei schlossen sich sehr wenig Anhänger an. Bei den Wahlen spielte sie überhaupt keine Rolle. Ebensowenig Bedeutung erlangte eine Abzweigung von der Zentrumspartei, die Deutsche soziale Mittelgruppe. Sie wollte auf das Bekenntnis zum Katholizismus keinen Wert legen, sie forderte auch Protestanten zum Eintritt auf. An die Spitze ihres Programms stellte sie das Bekenntnis: Für Menschlichkeit! für Bildung! für Gottesglaube! für die Freiheit des deutschen Gesamtvolkes! Im einzelnen verlangte sie ethische Politik — darunter verstand sie Veranständigung der inneren und äußeren Politik, Fortfall von Partei- und Interessenpolitik —, Verbürgerung des Proletariats, einen Kulturstaat, Beschränkungen der Rüstungen, Neugestaltung der Jugenderziehung, soziale Harmonie, Veredelung von Literatur, Presse, Kunst, Menschenrecht statt nur Männerrecht.

Bei diesen Programmen der Nationaldemokratie und der Deutschen sozialen Mittelgruppe hatte die ideale Gesinnung sehr großen Anteil, zugleich bewiesen sie aber eine Verkennung des festen Gefüges der einzelnen Parteien. Wichtiger als diese einzelnen Grüppchen waren Bestrebungen, die in einzelnen Bundes-

staaten und Landesteilen hervortraten. In Bayern bildete sich als Ableger des Zentrums eine besondere Bayerische Volkspartei. Sie hatte stark konfessionelle und partikularistische Färbung. Sie stellte sich auf den Boden der christlichen Weltanschauung und verlangte für den Schutz der Ehe und der Familie sowie für die religiös-sittliche Erziehung der Jugend konfessionelle Schulen. Sie trat für einen Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage ohne Vorherrschaft eines Einzelstaates ein. Sie gab die Losung aus: „Wir haben es satt für die Zukunft, von Berlin bis ins kleinste regiert zu werden. Berlin darf nicht Deutschland werden und Deutschland nicht Berlin." Bayern solle den Bayern gehören. Vor allen Dingen sprach sie sich gegen die Wiederholung von Zuständen aus, wie sie sich im Kriege durch die Berliner Zentralwirtschaft herausgebildet hätten.

Stark partikularistische Gesichtspunkte lagen auch dem Programm der Deutsch-Hannoverschen Partei zugrunde. Das Programm stellte an die Spitze zwei Fragen: Soll Deutschland eine von Berlin aus regierte Einheitsrepublik werden? und: Soll das Hannoverland wieder ein freier, gleichberechtigter Bundesstaat werden? Verlangt wurde sorgsamste Berücksichtigung der deutschen Stammesart. Das Programm erklärte sich gegen die preußische Annexionslust und Zentralisationswut und erhob genau wie das der bayerischen Volkspartei den Ruf: „Los von Berlin! Los von der Berliner Zentralisation!" Es schloß mit dem Ausruf: „Im freien Deutschland — ein freies Hannover!"

Den verschiedenen neugebildeten bürgerlichen Parteien stellten sich die sozialdemokratischen Parteien gegenüber. Die alte Sozialdemokratische Partei beharrte auf dem Boden des Erfurter Programms von 1891. Sie betonte immer wieder den Gedanken der Demokratie. Sie erstrebte darum baldige Befragung des Volkes in Wahlen und Berufung der Nationalversammlung. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten, wenn die Wahlen geschehen seien, beseitigt werden. Sie wehrte sich gegen eine Übertragung des russischen

Vorbildes auf deutschen Boden und lehnte energisch ein Bündnis mit der russischen Sowjetregierung ab. Zwar verfocht sie den Gedanken der Internationalität, aber sie vergaß darüber nicht, daß es Deutschlands Ehre und Würde in nationaler Beziehung gegen maßlose feindliche Ansprüche zu wahren galt. Sie bestritt den Polen das Recht auf die Besetzung deutschen Landes, und sie erhob scharfen Protest gegen die sich immer wiederholenden französischen Verstöße gegen die Waffenstillstandsbedingungen. Sie war für die Durchführung der Sozialisierung. Aber diese sollte so langsam und schonend wie möglich erfolgen. Nur die wirklich reifen Betriebe sollten sozialisiert werden. Bei der Sozialisierung sollte der Grundsatz der Entschädigung gelten.

Die Mehrheitssozialisten traten damit zum Teil in scharfen Gegensatz zur Partei der Unabhängigen, die sich im Laufe des Krieges von der alten Partei abgespalten hatte. Diese betrachtete als die eigentlichen Träger der revolutionären Gewalt die Arbeiter- und Soldatenräte. Von ihnen habe die Regierung ihre Gewalt empfangen. Sie sei erst in dem Augenblick konstituiert gewesen, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates die Bildung eines provisorischen Kabinetts zu gleichen Teilen aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gebilligt habe. Sie forderte den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft. Viel stärker als die Mehrheitssozialisten hob sie den Gedanken der internationalen Verbrüderung des Proletariats hervor. Eine Vereinigung mit den Mehrheitssozialisten lehnte sie ab. Sie ging zuerst vielfach mit der Spartakusgruppe zusammen. Die Spartakusgruppe sagte sich dann aber von den Unabhängigen los.

Der Spartakusbund erstrebte den Kommunismus. Alle Produktions- und Verkehrsmittel sollten in den Händen und unter der Kontrolle des gesamten arbeitenden Volkes sein. Die Warenproduktion sollte abgelöst werden durch den Bedarf. Arbeitspflicht sollte ein-

geführt, die Arbeit aber durch Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten so kurz wie möglich und intensiv sein. Als Übergang zu dem neuen Gesellschaftszustand hielten die Spartakisten die bewaffnete Herrschaft der Arbeiterklasse für notwendig. Unter ihrer Herrschaft liege alle bestimmende und ausführende Gewalt in den Soldatenräten und ihren Vollzugsausschüssen. Die oberste Gewalt sollte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte und sein Vollzugsausschuß haben. Wahlrecht zu den Arbeiter- und Soldatenräten billigte die kommunistische Arbeiterpartei nur der arbeitenden Bevölkerung zu. Alle Banken, alle industriellen und Verkehrsbetriebe seien von der Arbeiterschaft in Besitz zu nehmen. Bei der Verteilung der Lebensmittel sei zuerst die arbeitende Bevölkerung zu versorgen. Um die Preßfreiheit für die Arbeiterschaft unbedingt zu verwirklichen, seien die Papier- und Betriebsmittel zu beschlagnahmen und der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Zur militärischen Stütze ihrer Herrschaft habe sich die Arbeiterschaft eine kommunistische Garde aus Arbeitersoldaten anzuschaffen. Die Nationalversammlung betrachtete die Spartakusgruppe als Organ der Gegenrevolution. Ihr Zustandekommen sei mit allen Mitteln zu verhindern. Sie erklärten sich mit der russischen Räterepublik im Kampf gegen das Weltkapital solidarisch. Sie riefen der Arbeiterschaft zu: „Organisiert Euch! Der Kampf für die Schaffung des offenen Wegs zum Kommunismus steht nahe bevor!" Später veröffentlichte der Bund ein zweites Programm, das wahrscheinlich aus der Feder von Franz Mehring stammte. In einer Reihe von Städten, so in Berlin, Braunschweig, Gotha, Bremen, faßten die Spartakisten Fuß. Auch in anderen Städten wirkten ihre Sendboten unermüdlich.

Mit diesem Programm traten die verschiedenen Parteien in den Wahlkampf ein. Die rührigste Propaganda entfaltete der Spartakusbund. Kam die Nationalversammlung zustande, so war damit jede Möglichkeit zur Ausführung seines Programms zerstört; die Revolution war nach seiner Ansicht gescheitert. Infolgedessen tat

er alles, was in seiner Macht stand, um ein Scheitern oder wenigstens ein Hinauszögern der Wahl zu erreichen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ließen es an aufreizenden Artikeln in der „Roten Fahne“ nicht fehlen. Die Unruhen in Berlin nahmen kein Ende. Als die unabhängigen preußischen Minister am 3. Januar ihre Entlassung nahmen, sollte auch der Berliner Polizeipräsident Eichhorn aus seinen Ämtern scheiden. An seine Stelle sollte der Mehrheitssozialist Ernst treten. Eichhorn weigerte sich aber, sein Amt niederzulegen, und forderte in einer Versammlung zum Widerstand gegen die Regierung auf. Es kam zu einer Massendemonstration der Radikalen am Sonntag den 5. Januar. Anhänger des Spartakusbundes besetzten das Gebäude des „Vorwärts“. Es mußte der Belagerungszustand über Berlin verhängt werden. Auch das Wolffsche Telegraphenbüro und die Verlagshäuser Ullstein und Mosse gerieten in die Hände der Spartakusleute. Die bürgerliche Presse war so, getreu dem Parteiprogramm, zum Schweigen gebracht. Nur eine kleine Anzahl meist rechtsstehender Blätter erschienen in den nächsten Tagen. Es kam am Montag den 6. Januar zu Vermittlungsversuchen zwischen den sozialdemokratischen Parteien. Namentlich bemühte sich Haase darum, eine Einigung zuwege zu bringen. Die Verhandlungen scheiterten aber schließlich, und es kam in den Straßen Berlins zum Kampf. Die Aufständischen brachten die Kaserne des Garde-Pionier-Bataillons, das Proviantamt, das Brandenburger Tor und den Schlesischen Bahnhof in ihre Gewalt.

Nicht bloß in Berlin, sondern auch in anderen Städten regten sich die Spartakusleute. So kam es zur Erhebung in Stuttgart, zu Unruhen in Dresden und Elberfeld. Die Regierung sah ein, daß diesmal alles darauf ankam, die Bewegung der Spartakusgruppe niederzuschlagen. Zur Menge, die sich vor der Reichskanzlei drängte und nach Waffen verlangte, sagte Scheidemann: „Wir werden die ganze waffenfähige Mannschaft herbeirufen, und es ist selbstverständlich, daß wir ihnen keine Regenschirme in die Hand geben werden.“ Das

Kommando über die Truppen erhielt der Volksbeauftragte Noske. Er ging mit großer Energie vor und fand an den Truppen treue Helfer. In blutigem Kampf wurden das Gebäude des „Vorwärts" und das ganze Zeitungsviertel, das in die Hände der Spartakusgruppe geraten war, am 11. Januar wiedererobert. Gegen das Gebäude des „Vorwärts" und das Ullstein- und Mossehaus mußte mit Flammen- und Minenwerfern vorgegangen werden. Am 12. Januar war die Regierung Herr der Lage. Es ging nicht ohne große Opfer auf beiden Seiten ab. Die Regierungstruppen wiesen 42 Tote und 80 Verwundete auf. Man sprach von über 600 Toten und vielen Verwundeten auf seiten der Spartakusgruppe. Trotz des Sieges der Regierungstruppen hörten in den nächsten Tagen die Schießereien in den Berliner Straßen nicht auf. Die Wut der Berliner Bevölkerung gegen die Spartakisten stieg außerordentlich. Wie groß sie war, zeigte sich am 15. Januar. Es glückte an diesem Tag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu verhaften. Liebknecht wurde bei einem seiner Bekannten, in dessen Wohnung er sich aufhielt, gefangen genommen. Man brachte ihn zum Eden-Hotel. Anfänglich leugnete er bei dem Verhör, der Gesuchte zu sein. Die Nachricht von seiner Gefangennahme lockte eine große Menschenmenge vor das Hotel. Als er zum Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht werden sollte, drang ein schreiender Menschenhaufe auf ihn ein. Es erscholl der Ruf: „Nieder mit Liebknecht! Schlagt den Mörder tot!" Er erhielt von irgend jemand aus der Menge mit einem Stock einen so schweren Schlag über den Kopf, daß er stark blutende Wunden davontrug. Bei der Fahrt durch den Tiergarten erlitt das Auto eine Panne. Man beschloß, Liebknecht in einem andern Wagen weiter zu befördern. Auf Befragen erklärte Liebknecht, ein Stück gehen zu können. Als er etwa 50 Meter neben seinen Begleitern dahingeschritten war und die Gelegenheit, in das schützende Dunkel der Bäume zu entweichen, ihm günstig schien, versuchte er zu fliehen. Die Wachtmannschaften schossen auf ihn, nachdem sie ihm dreimal vergeblich

„Halt!“ nachgerufen hatten. Zwei Kugeln trafen Liebknecht und verwundeten ihn tödlich. Auf der nahen Unfallstation, wohin man ihn brachte, konnte der Arzt nur seinen inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Dieser amtlichen Darstellung von seinem Ende widersprachen sehr bald sowohl die Spartakisten in der „Roten Fahne“, wie die Unabhängigen in der „Freiheit“. In beiden Blättern ward behauptet, es liege ein vorher beratener und beschlossener Mord an Liebknecht vor. Sie feierten ihn als Märtyrer. Aber nicht viele waren geneigt, Liebknecht in diesem Licht zu betrachten. Sie sahen in ihm einen Schürer unaufhörlicher Unruhen. Die Ehrlichkeit zwingt zu berichten, daß weite Kreise des deutschen Volkes von seinem Tode ein Ende der bisher betriebenen wilden Agitation erhofften.

Auf gleich tragische Weise wie Karl Liebknecht kam an demselben Tag seine Kampfgenossin Rosa Luxemburg um das Leben. Sie wurde in der gleichen Wohnung wie Liebknecht festgenommen und sollte gegen 10 Uhr abends in das Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Als sie in das Auto, das vorgefahren war, steigen sollte, stürzte sich die Menge wie besessen auf die kleine Person und schlug sie nieder. Die Begleitmannschaften brachten die Bewußtlose in den Wagen. In ihm lag sie halb zurückgelehnt auf dem Vordersitz. Als sich der Wagen langsam in Bewegung setzte, sprang plötzlich ein Mann auf das Trittbrett und gab einen Pistolenschuß auf Frau Luxemburg ab. Der Wagen versuchte schnell davonzufahren. Unterwegs hielt man ihn nochmals an. Eine zahlreiche Menge umdrängte den Wagen, riß unter den Rufen: „Das ist die Rosa!“ den Körper der Frau Luxemburg aus dem Wagen und verschwand damit im Dunkel. Wohin er gekommen, wußte niemand zu sagen. Es wurde behauptet, die Leiche sei in den nahen Kanal geworfen worden. Doch blieb alles Suchen danach vergeblich.

Es war ein grausiges Ende, das die Führer der Spartakusgruppe fanden. Die wilden Leidenschaften, die sie entfesselt, wandten sich gegen sie und brachten ihnen den Untergang.

Noch unter dem Eindruck der schaurigen Vorgänge vollzogen sich am 19. Januar die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Mit einiger Spannung sah man ihrem Ausfall entgegen. Zum ersten Mal wählten Frauen mit, und ihre Stimmen konnten unter Umständen den Ausschlag geben. Die Zahl der Wahlberechtigten ward auf 38 Millionen geschätzt, 18 Millionen Männer und 20 Millionen Frauen. Der Wahlkampf war trotz widriger Zugverbindungen und trotz der Schwierigkeit, Papier zu Flugblättern zu beschaffen, sehr rege gewesen. Es wurden 30¼ Millionen Stimmen abgegeben. Elsaß-Lothringen zählte dabei nicht mit. Hier verhinderten die Franzosen die Wahl. Das Bürgertum zeigte sich stärker, als es wohl selbst erwartet hatte. Eine völlige Niederlage erlitten die Unabhängigen. Sie brachten nur 22 ihrer Kandidaten durch. Die Vorgänge in Berlin hielten viele Arbeiter ab, für die Unabhängigen zu stimmen. Die meisten Stimmen, 11466716, das waren 37,9% aller abgegebenen Stimmen, vereinigte die Sozialdemokratische Partei auf sich. Es entfielen auf sie 163 Sitze. Die zweitstärkste Partei nach der Sozialdemokratie war die Christliche Volkspartei, das frühere Zentrum, mit der ihm angeschlossenen Bayerischen Volkspartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei, sie brachte es auf rund 6 Millionen Stimmen und 88 Sitze; die Gefolgschaft des Zentrums in den katholischen Gegenden Deutschlands hatte auch diesmal treu zu ihr gestanden. Für die Deutsche Demokratische Partei gaben 5600000 ihre Stimme ab. Mit 75 Abgeordneten war sie die drittstärkste Partei. Die andern Parteien konnten sich an Zahl der abgegebenen Stimmen mit diesen dreien nicht messen, die Parteien der Rechten wurden durchaus in die Minderheit gedrängt. Es erhielten die Deutschnationale Volkspartei mit Einschluß der Bayerischen Mittelpartei, der Nationalliberalen Partei in Bayern, der Württembergischen Bürgerpartei und des Württembergischen Bürger- und Weingärtnerbundes 3199573 Stimmen und 42 Sitze, die Deutsche Volkspartei 1240303 Stimmen und 21 Sitze, der Bayerische Bauernbund 275127 Stimmen und vier

Sitze, die Deutsch-Hannoversche Partei 63680 Stimmen und 4 Sitze, die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 57913 Stimmen und 1 Sitz, der Braunschweigische Landeswahlverband 56858 Stimmen und 1 Sitz.

Unter den 421 Gewählten befanden sich 36 Frauen.

Das für das Bürgertum erfreuliche Ergebnis der Wahlen war, daß die sozialistischen Parteien von sich aus nicht über die Mehrheit verfügten. Hielten beide Parteien zusammen, was bei den großen Gegensätzen zwischen ihnen sehr unwahrscheinlich war, dann verfügten sie nur über 185 Stimmen. Die Sozialdemokratische Partei konnte sich eine Mehrheit nur mit den 75 Stimmen der Demokraten oder den 88 des Zentrums schaffen. Ging sie mit beiden Parteien zusammen, wie sie es ähnlich vor Ausbruch der Revolution getan hatte, dann stand hinter der Politik der Regierung eine Mehrheit von 326 Stimmen.

Dies Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den Parteien des Bürgertums sahen die Unabhängigen freilich als eine Verleugnung aller sozialistischen Grundsätze an. Für den staatsmännischen Sinn, der sich darin aussprach, zeigten sie kein Verständnis. Sie hielten die Stunde gekommen, möglichst schnell an die Verwirklichung des sozialistischen Programms zu gehen. Daß einige der Sozialdemokraten zu langsamem Vorgehen rieten und auf die Schwierigkeit hinwiesen, die es mit sich bringen mußte, bei dem zerrütteten Wirtschaftsleben Deutschlands mit dem Sozialisieren anzufangen, betrachteten sie als einen Abfall vom Erfurter Programm und einen Verrat an der Arbeiterklasse. Die von den Wahlen her vorhandene Spannung zwischen den beiden Parteien ward durch die der Sozialdemokratie aufgenötigte Kompromißpolitik verstärkt.

Die Sozialdemokratie ließ sich durch die Angriffe der Unabhängigen zunächst nicht irremachen. Die Massen schienen hinter ihr zu stehen und ihre Politik zu billigen. Bei den Wahlen zu den Volkskammern in den Einzelstaaten war das Ergebnis für die Unabhän-

gigen so ungünstig wie bei denen im Reich. In Baden hatten die Wahlen schon am 5. Januar stattgefunden. Von 300000 abgegebenen Stimmen erhielten die Unabhängigen noch nicht 15000. Sie brachten es auf kein einziges Mandat. Das Zentrum eroberte 41, die Mehrheitssozialdemokratie 35, die Deutsche demokratische Partei 24 und die Deutschnationale Volkspartei 7 Sitze.

Als stärkste Partei ging das Zentrum oder, wie es sich in Bayern nannte, die Bayerische Volkspartei auch aus dem Wahlkampf in Bayern am 12. Januar hervor. Es erwarb sich hier 59 Sitze, die Sozialdemokraten 50, die Deutsche demokratische Partei 22, der Bayerische Bauernbund 17, die Nationalliberalen 5, die Unabhängigen 3. In eine eigentümliche Lage geriet durch den Ausfall der Wahlen der Leiter der bayerischen Republik Kurt Eisner. Er zählte zu den Unabhängigen. Nach dem Ergebnis der Wahlen, die unwiderleglich bewiesen, daß diese Partei keinerlei Boden im Lande hatte, hätte er auf seine Stelle verzichten müssen. Das geschah aber nicht. In gewissen Kreisen zog er dadurch lebhaften Haß gegen sich groß.

Besonders groß war die Parteizersplitterung in Württemberg. Auf die Sozialdemokratie kamen nach den am 12. Januar stattgefundenen Wahlen 52 Sitze, auf die Deutsche Demokratische Partei 38, das Zentrum 31, die Deutsche Friedenspartei und Württembergische Bürgerpartei 11, den Bauernbund 10, Weingärtner und kleine Landwirte 4, die Unabhängigen 4.

Die Mehrheit erhielten die beiden sozialistischen Parteien nur in Sachsen. Die Wahl fand hier am 2. Februar statt. Mit den 42 Stimmen der Mehrheitssozialisten und den 15 Stimmen der Unabhängigen verfügten die beiden sozialistischen Parteien unter den 96 Abgeordneten jederzeit über die Mehrheit. Die Deutsche Demokratische Partei mit ihren 22, die Deutschnationale mit ihren 13 und die Deutsche Volkspartei mit ihren 4 Sitzen kamen dagegen nicht auf. Hier regte sich darum ganz besonders lebhaft der Wunsch, mit dem Sozialisieren recht bald zu beginnen und Sachsen zum sozialistischen Musterstaat Deutschlands zu machen.

All die einzelnen deutschen Staaten mit ihren Wahlergebnissen sollen nicht aufgezählt werden. Fast überall erfuhren die Mehrheitssozialisten einen beträchtlichen Stimmenzuwachs.

Die wichtigsten Wahlen waren diejenigen in Preußen am 26. Januar. Sie wurden beherrscht durch den Kampf für oder gegen den vom Unterstaatssekretär Preuß herausgegebenen Entwurf zur Reichsverfassung. Schon am 21. Januar hatte die Reichsregierung die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einberufen. Die Berufung an diesen Ort erfolgte auf den dringenden Wunsch der süddeutschen Staaten. Von vielen Seiten wurde lebhafter Widerspruch gegen die Verlegung nach Weimar erhoben. Ganz besonders geschah das von seiten der Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Regierung hielt aber an ihrem Entschluß fest. Mit Eifer ging man daran, in Weimar alles bereitzustellen. Das Neue Theater wurde als Versammlungslokal in Aussicht genommen.

Zugleich machte die Regierung den Entwurf einer Reichsverfassung bekannt. Der Hauptcharakterzug des Entwurfs war das Streben nach der Herbeiführung größerer Einheit des Reichs. Die diesem zustehenden Rechte erfuhren eine wesentliche Erweiterung. So unterstanden künftig die gesamte Bodengesetzgebung, die Staatsbahnen und gemeinsamen Wasserstraßen, ebenso Kirche und Schule der Regelung durch das Reich. § 5 des Entwurfs enthielt den wichtigen Satz: Reichsrecht bricht Landesrecht. Die Landesbehörden wurden verpflichtet, den Anweisungen der Reichsregierungen Folge zu leisten.

Den einzelnen deutschen Reichsangehörigen wurden bestimmte Grundrechte zugesichert. Ebenso wurde für die einzelnen Staaten eine Verfassung von Reichswegen gefordert. An die Spitze des Reichs sollte ein Präsident treten. Die gesetzgebende Gewalt ruhte in den Händen des Staatenhauses und des Reichstags. Die Mitglieder des Staatenhauses sollten von den Einzellandtagen gewählt werden; außerdem sandten die Einzelstaaten Vertreter hinein. Bei dieser Verstärkung,

die der Reichsgedanke erfuhr, war es nötig, jeden Widerstand gegen seine Durchführung soweit wie möglich zu vereiteln. Der stärkste Widerstand konnte von den Einzelstaaten kommen. Wenigstens waren bis jetzt die Hauptträger des partikularistischen Gedankens die einzelnen großen Staaten gewesen. Bismarcks Idee war gewesen, die berechtigten Eigentümlichkeiten der einzelnen Staaten zu schonen und das Reich mehr durch den Zusammenhalt der einzelnen Dynastien als durch das Einheitsgefühl des Volkes aneinanderzuketten. Der Entwurf von Preuß ging den umgekehrten Weg. Er stellte den im Volk vorhandenen Wunsch nach Einheit voran. Als stärkstes Hindernis für den Einheitsbau des Reiches mußte ihm dabei Preußen erscheinen. Preuß gebrauchte den Ausdruck: „Soll sich der deutsche Volksstaat vollenden, so muß ihm der preußische Notbau weichen.“ Er suchte nachzuweisen, daß Preußen weder kulturell noch wirtschaftlich noch nach Stammeszusammenhängen ein organisches Ganze bilde. Er berief sich darauf, daß man schon 1848 sich mit dem Gedanken getragen habe, Preußen in seine einzelnen Bestandteile zu zerlegen. Er wies darauf hin, daß der Hinzutritt Deutsch-Österreichs die künftige überragende Stellung Preußens unmöglich gestatten werde. Preuß schlug die Aufteilung Preußens von Reichs wegen nicht direkt vor; aber seine Ansicht war doch, daß ein einzelner Freistaat von 40 Millionen Einwohnern in einer Republik von 70 Millionen nicht denkbar sei. Er schob die Art und Weise, wie Preußen aufgeteilt werden sollte, einer Volksabstimmung zu. Die Reichsregierung war der Ansicht, daß das Recht des Beschlusses, was aus Preußen werden solle, lediglich der Landesversammlung zustehe. Erkläre sich diese für eine Zerteilung Preußens, so sei diese Zerteilung damit vollzogen, und das Reich werde ein Gebilde aus einer großen Anzahl von Einzelstaaten werden. Das führte wenigstens die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Artikel aus.

Die Frage nach Teilung oder Erhaltung des preußischen Staates wurde nun die Wahlparole für den

Kampf der Parteien bei den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung. Die Deutschnationale Partei begann eine außerordentlich geschickte Wahlagitation. Sie wies auf die Gefahren einer Zerstückelung Preußens hin. Sie erinnerte an die alte, stolze preußische Geschichte, an die ruhmvolle Tradition, die die einzelnen Provinzen aneinanderkettete. Bei einer Reihe der Anhänger der Deutschnationalen Partei waren das sicher nicht nur Worte. Zu diesen Anhängern zählten ja die Konservativen, die adligen Grundbesitzer des Ostens, deren Familiengeschichte mit der preußischen eng verwachsen war. Ihre Vorfahren hatten auf unzähligen Schlachtfeldern für das preußische Königshaus geblutet und die Größe Preußens mit erringen helfen.

Der Stolz auf Preußen und seine Geschichte, das Verlangen, Preußen in seiner Einheit zu bewahren, beschränkte sich aber nicht nur auf ihre Reihen. Auch in den Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei fand es seine Vertreter. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei wandte sich gegen die in der Denkschrift angedeutete Zerschlagung Preußens. Die „Liberale Korrespondenz" meinte, der Einheitscharakter des Reiches werde sicherlich nicht gestärkt, wenn Preußen in eine Reihe von Republiken zerschlagen werde. Preußen werde dadurch geschwächt und das Reich nicht gestärkt. In den Kreisen der Demokratischen Partei rückte man merklich von Preuß ab. Ja man forderte ihn auf, sein Mandat als Abgeordneter der Demokratischen Partei niederzulegen. Er verwahrte sich dagegen und kam dem Wunsch nicht nach. Eine starke Gegnerschaft blieb aber in den Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei gegen ihn bestehen.

Die preußischen Minister selbst nahmen gegen den Entwurf Stellung. Bei einer Besprechung am 24. Januar erklärten sie, daß der Entwurf der Verfassung in der vorliegenden Form unannehmbar sei. Die Verwirklichung des Vorschlags bilde eine außerordentlich große Gefahr für das Fortbestehens Preußens.

Den Bedenken der preußischen Minister schloß sich

auch ein süddeutscher Staat, Württemberg, an. Auch hier verhehlte das Staatsministerium bei einer Sitzung nicht seine schweren Bedenken. Die württembergische Regierung war der Meinung, daß Vorschriften, wie sie im § 12 des Entwurfs angeordnet seien, der vorschrieb, auf welchen Grundsätzen eine Landesverfassung beruhen müsse, nicht ohne Zustimmung der Bundesstaaten aufgenommen werden könnten. Eine Zerschlagung Preußens würde die Einrichtung einer zentralen Reichsgewalt bedeuten, die die anderen Bundesstaaten zu Selbstverwaltungskörpern höherer Ordnung herabwürdigen würde. Das würde zum Verfall des Reiches führen, dessen Einheit allein durch die föderative Verfassung verbürgt sei.

Am Sonnabend den 25. Januar fand eine Konferenz der deutschen Bundesstaaten in Berlin statt. Da zeigte sich, daß der partikularistische Gedanke nicht bloß seine Stütze an den Dynastien gehabt hatte, sondern daß er im Bewußtsein der einzelnen Volksstämme selbst verankert war. Am heftigsten war der Widerstand Bayerns. Es suchte von seinen Sonderrechten zu retten, was ihm irgendwie zu retten möglich war. Welche Gefahren bei einer Zerschlagung Preußens eintreten konnten, zeigten die Bestrebungen auf eine Loslösung aus dem Verbande des preußischen Staates, die immer wieder im Rheinlande hervortraten. Hier faßte eine Versammlung unter dem Vorsitz von Dr. Adenauer den Beschluß, eine Republik Rheinland ins Leben zu rufen.

Es zeigte sich bei den Wahlen in Preußen, daß der Gedanke, Preußen in seinem Zusammenhang zu erhalten, sehr viel Anhänger hatte. Auch in Preußen ergaben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit. Die Sozialdemokraten erhielten 145 Sitze, die Deutsche Demokratische Partei 65, die Christliche Volkspartei 55, die Deutsche Nationale Partei 48, die Deutsche Volkspartei 24, die Unabhängigen ebenfalls 24, die Schleswig-Holsteinschen Bauern- und Landarbeiterdemokraten 1, die Welfen 2 und die Vereinigte Deutsch-Hannoversche Demokratenpartei 7 Sitze.

Die Beratungen in den Einzelstaaten, die sich mit

der Verfassung für die Einzelstaaten befassen mußten, konnten erst begonnen werden und ließen allein ein fruchtbares Ergebnis erwarten, wenn die Reichsverfassung in ihren Grundzügen feststand. Dieselbe Schwierigkeit, die sich 1848 aus dem Nebeneinandertagen eines deutschen Parlaments und der Parlamente der Einzelstaaten ergeben hatte, tauchte wieder auf. Der Entwurf von Preuß bestimmte, daß in den einzelnen deutschen Bundesstaaten nur eine Kammer vorhanden sein sollte. Es mußte erst Klarheit geschaffen werden, ob diese Bestimmung bleiben würde. Ebenso mußten die Kompetenzen der einzelnen Staaten genauer gegen das Reich abgegrenzt werden. Auf die Versammlung in Weimar und ihre Beschlüsse kam nach wie vor alles an. Sie mußte eine gesetzliche Regierung schaffen, die den Frieden zu vermitteln in der Lage war, und sie mußte Deutschland endlich aus dem Provisorium, in dem es bis dahin gelebt hatte, in einen Zustand von Dauer hinüberleiten.

Noch immer ruhten die Kräfte nicht, die die Tagung in Weimar verhindern, die Versammlung auseinandersprengen und an ihrer Stelle die Arbeiter- und Soldatenräte als dauernde Errungenschaft der Revolution retten wollten. Von Braunschweig aus wurde für den Plan geworben, eine nord-westdeutsche Republik in das Leben zu rufen. Ihr sollten sich außer Braunschweig Teile Hannovers und Sachsen anschließen. Leipzig sollte Landeshauptstadt werden. Der Plan wurde selbst von den Leipziger Unabhängigen abgelehnt. Sehr zu statten kam der Regierung und ihrem Ansehen ihr energisches Eingreifen in Bremen. Dort hatten die Kommunisten, obgleich sie in der Minderheit waren, die Herrschaft an sich gerissen. Noske veranlaßte, daß Regierungstruppen vor Bremen zogen und die Stadt am 4. Februar einnahmen. Aus Hamburg war den Bremern Hilfe zugesagt worden; da aber die Eisenbahner in Hamburg streikten, war es nicht möglich, die Truppen nach Bremen zu bringen. Das glückliche Vorgehen gegen Bremen hatte zur Folge, daß auch die Braunschweiger einlenkten und statt eines gewalt-

samen Bruches mit der Reichsleitung nach einer Verständigung mit Berlin strebten. Auch gegen Überraschungen in Weimar sicherte sich die Regierung durch das Zusammenziehen starker Besatzungstruppen. So konnte die Nationalversammlung am 6. Februar in Weimar zusammentreten. Schon tagelang vorher waren die Abgeordneten nach Weimar geeilt. Das erste, was die Versammlung zu tun hatte, war, einen Reichspräsidenten und ein Reichsministerium zu wählen, das die Führung der Geschäfte übernahm. Am Donnerstag den 6. Februar fand die Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar statt. Ebert begrüßte die Versammelten. Er bezeichnete die Nationalversammlung als den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Er protestierte gegen die Macht- und Vergewaltigungspolitik der Gegner. Er warnte die Gegner, Deutschland nicht bis zum äußersten zu treiben und es nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Hunger und Schmach zu stellen. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese müsse daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. Den Österreichern rief er zu, daß sie versichert sein dürften, sie würden im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen geheißen. Die Unternehmer forderte er auf, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern; die Arbeiterschaft, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein Deutschland retten könne. Man müsse in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Höhe. Das Ziel der Nationalversammlung müsse das sein, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben habe: Ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit zu errichten, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trage.

In der zweiten Sitzung am 7. Februar wählte die Versammlung zu ihrem Präsidenten den Sozialdemokraten und bisherigen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. David mit 374 von 399 abgegebenen Stimmen. Erster Vizepräsident wurde Fehrenbach vom

Zentrum und zweiter der Demokrat Haußmann. Die stark nationale Note, die David in seiner Dankrede an das Haus anschlug, löste brausenden Beifall aus. Besonders geschah das bei seiner Versicherung, daß Elsaß-Lothringen vorläufig noch deutsches Land sei, und daß Deutschland darauf halten werde, daß über das Schicksal dieses Landes nur nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker getreu den Wilsonschen Friedensbedingungen beschlossen werde. Ebenso starke Zustimmung fand er, als er der Hoffnung Ausdruck gab, bald die Brüder aus Deutsch-Österreich im Saale zu sehen.

Die nächste Aufgabe, die die Nationalversammlung zu lösen hatte, war die Annahme einer Notverfassung für das Deutsche Reich. Am 8. Februar begann die erste Beratung darüber. Staatssekretär Preuß vom Reichsamt des Innern begründete in längerer Rede den Verfassungsentwurf. Er wies darauf hin, daß er nur ein Kompromiß sei und ein Provisorium darstelle. Er bat, ihn schnell zu verabschieden, damit eine rechtliche Ordnung gegründet werde, die im Innern Deutschlands eine sanktionierte Gewalt auszuüben vermöge und so dem Ausland gegenüber berechtigt sei, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend sei dem Staatenausschuß die Befugnis verliehen worden, zu dem Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen. Über die Verfassung entscheide die Nationalversammlung selbst endgültig. Eine Ausnahme erleide nur der § 4. Nach ihm könne der Gebietszustand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung abgeändert werden. Es solle verhindert werden, daß einfach durch einen Beschluß der Nationalversammlung ohne oder gegen den Willen der Einzelstaaten eine Neueinteilung Deutschlands vorgenommen werden könne. Zwischen dem Staatenausschuß und dem früheren Bundesrat beständen gewisse Ähnlichkeiten. Aber es fehle doch auch nicht an Unterschieden. So stehe bei der Ablehnung eines Beschlusses der Nationalversammlung durch den Staatenausschuß die Mög-

lichkeit offen, die strittige Frage im Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Auch habe die Reichsregierung das Recht, falls eine Verständigung im Staatenausschuß nicht zustande komme, mit ihrem Entwurf vor die Nationalversammlung zu treten. An die Spitze des Reichs solle ein Reichspräsident treten und das Reichsministerium der Nationalversammlung politisch verantwortlich sein.

Über den § 4 kam es zu längeren Verhandlungen zwischen den Parteien und den Vertretern der Einzelstaaten. Der erste Satz des § 4 lautete: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet." Die Vertreter der Einzelstaaten im Staatenausschuß erhoben gegen diese Fassung Einspruch. Sie wollten die Regierungen bei der Beschlußfassung über die endgültige Reichsverfassung nicht ausgeschaltet wissen. Die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung hielten aber gerade an dieser Fassung fest, weil er die Souveränität der Nationalversammlung auch in der Verfassungsfrage klar zum Ausdruck brachte. Schließlich einigte man sich dahin, den heißumstrittenen Paragraphen mit kleinen redaktionellen Änderungen unverändert bestehen zu lassen. Dagegen fiel der § 11. Die Anhänger des staatlichen Partikularismus siegten über die Verfechter einer Neueinteilung des Reiches nach Stammesgenossenschaften.

Am 10. Februar wurde die Notverfassung in dritter Lesung bei der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte darauf, durch die Annahme der vorläufigen Verfassung sei die geschichtliche Mission, die den Volksbeauftragten als vorläufiger Regierung zugefallen sei, beendet. Sie legten die Macht, die sie von der Revolution empfangen hatten, in die Hände der Nationalversammlung.

Es galt nun den Präsidenten zu wählen. Darüber, wer es werden solle, konnte bei den Mehrheitsparteien kein Zweifel bestehen. Es kam einzig Friedrich Ebert in Betracht. Am 11. Februar wählte ihn die Nationalversammlung in Weimar mit 277 von 379 abgegebenen

Stimmen zum Präsidenten des Deutschen Reiches. Mit würdigen Worten nahm Ebert die Wahl an. Er versprach, als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes zu handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Zugleich bekenne er freilich, daß er ein Sohn des Arbeiterstandes sei, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus. Weder seine Herkunft noch seine Überzeugung sei er gesonnen zu verleugnen. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werde die Regierung bis zum äußersten bekämpfen. Unter lebhaftem Beifall gelobte er: „Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege!"

Nachfolger Wilhelms II. in der Leitung des Reiches wurde so ein einfacher Sattlergeselle. Ein Arbeiter bestieg den Präsidentensitz. Der gewaltige Umschwung der Dinge, den die Revolution gebracht, drückte sich in dieser Tatsache schlagend aus.

In den nächsten Tagen kam es zur Bildung des neuen Reichsministeriums. Präsident des Reichsministeriums wurde Scheidemann, Finanzminister Schiffer, Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, Minister des Innern Dr. Preuß, Wirtschaftsminister Wissel, Ernährungsminister Robert Schmidt, Justizminister Landsberg, Wehrminister Noske, Kolonialminister Dr. Bell, Postminister Giesberts, Minister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth; Reichsminister ohne Portefeuille wurden Dr. David, Erzberger und Gothein.

Am 13. Februar entwickelte Scheidemann vor der Nationalversammlung das Programm des Ministeriums. Für die Außenpolitik wurden Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebietes, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund gefordert. In der Innenpolitik war das Programm auf 13 Punkte gebracht und versprach demokratische Verwaltung, Hebung der allgemeinen Volksbildung, Schaffung eines Volksheeres, einheitliche Grund-

lagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und andere schöne Dinge. Scheidemann versicherte, die sozialistischen Mitglieder des Ministeriums würden nicht daran denken, auf ihre Kollegen oder auf die Versammlung eine unzulässige mit dem Geist der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben.

Mit der Wahl Eberts zum Präsidenten des Deutschen Reiches und mit der Bildung des Reichsministeriums war die Bewegung der Revolution zu einem gewissen Endpunkt gelangt. Eine Art gesetzmäßiger Zustand trat an die Stelle des bisher herrschenden revolutionären. Deutschland tat die ersten Schritte in ein neues Land der Zukunft hinein. Wie es beschaffen sein werde, wußte niemand. Noch lastete schwere Sorge auf den Gemütern der einzelnen. 800 000 Kriegsgefangene sehnten sich nach der Heimat. Gegen die Lebensmittelnot war Hilfe in Aussicht gestellt, aber Entscheidendes noch immer nicht geschehen. Die Bedingungen der Feinde verschärften sich bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandsvertrags. Gerade jetzt drohten die Franzosen mit einer Besetzung der Kruppschen Anlagen. Die Arbeitslosennot wuchs zusehends. Ruhe war noch keineswegs an allen Orten eingekehrt, und vor allen Dingen war noch immer nicht klar entschieden, ob die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte ausgespielt sei oder nicht. Sie bezeigten keine Lust, von dem ihnen durch die Revolution eingeräumten Platz zu weichen. Die Korpssoldatenräte forderten am 5. Februar in einer Reichskonferenz den sofortigen Rücktritt Noskes. Es gehörte Mut dazu, an Deutschlands Zukunft zu glauben. Aber in seiner Jahrtausende alten Geschichte hatte Deutschland sich so lebenskräftig erwiesen, daß zu einem Verzagen an Deutschlands Zukunft kein Grund war. Für die schweren Monate und Jahre, denen Deutschland entgegenging, konnte das Wort gelten, das Erzberger unter die demütigenden Waffenstillstandsbedingungen im Walde von Compiègne geschrieben hatte: Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht!

Register.

Erschienen sind bisher:

I. **DIE NOVEMBERREVOLUTION 1918.** Ihre Entstehung und ihre Entwicklung bis zur Nationalversammlung. Von Dr. EMIL MENKE-GLÜCKERT, Privatdozent an der Universität Leipzig und Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei zur Sächsischen Volkskammer . . . . Doppelband M. 2.70

Inhalt: I. Ursachen und Vorgeschichte der Revolution. — II. Ausbruch der Revolution. — III. Die Republik im Reich und in den Einzelstaaten. — IV. Die Bedingungen des Waffenstillstandes. — V. Der Kampf um die Nationalversammlung. — VI. Der Aufmarsch der Parteien.

II. **EIN JAHR BOLSCHEWISMUS.** Von Dr. ARTHUR LUTHER . . . . M. 1.35

Inhalt: I. Im bolschewistischen Paradies. — II. Entstehung der Partei. — III. Die Führer. — IV. Bolschewismus und Weltkrieg. — V. Die russische Revolution. — VI. Diktatur des Proletariats. — VII. Die Liquidation des Krieges. — VIII. Das Schicksal der Nationalversammlung. — IX. Die Räterepublik. — X. Sozialisierung. — XI. Agrarfrage und Lebensmittelversorgung. — XII. Bildungswesen. — XIII. Religiöse und nationale Fragen. — XIV. Die rote Armee. — XV. Die Tragik des Bolschewismus.

III. **KÖNNEN WIR HEUTE SOZIALISIEREN?** Eine Darstellung der sozialistischen Lebensordnung und ihres Werdens von Dr. OTTO NEURATH u. WOLFGANG SCHUMANN. M. 1.35

Inhalt: I. Was heißt: Sozialisieren? — II. Die geltende Lebensordnung. — III. Die sozialistische Lebensordnung. — IV. Acht Fragen und Antworten. — V. Wie sozialisiert man eine Gesellschaft? — VI. Sozialisierungsgesetze (des Reiches und der Einzelstaaten). — VII. Literatur über Sozialisierung.

IV. **REVOLUTIONÄRE ERINNERUNGEN.** Von MORITZ HARTMANN. Mit Einleitung und erläuterndem Register von Prof. Dr. H. H. HOUBEN . . . . M. 1.35

Inhalt: I. Prager März- und Apriltage. (Panslawismus in Deutschböhmen. — Die Tschechen als Stütze des Hauses Habsburg. — Die „Swornost". — Der National-Ausschuß. — Intelligenz und Preßfreiheit. — Weißrot gegen Schwarzrotgold. — Beim Erzherzog Franz Karl. — Tschechische Sympathien in Wien. — Frankfurter Parlament. — „Wir werden wählen!" — Der Prager Pöpel und die „Swornost". — Judenhetze in Prag. – Die Deutschen Böhmens Hugenotten). – II. Frankfurter Septembertage. („Man schießt aufs Volk!" — Beim Reichsverweser. — Waffenstillstand. — Im Kreuzfeuer. — Auf der Barrikade. — „Fürst Lichnowsky ist ermordet!" — Wer trägt die Schuld? —) III. Wiener Oktobertage. (Die Frankfurter Deputation. — Ein politischer Prophet. — Reichstag und Aula. — Messenhauser. — Robert Blum. — „Vorwärts!" Das Corps d'elite. — „Freiwillige vor!" — Bei der Dampfmühle am Schüttel. — Kampf mit den Kroaten. — Rückzug durch die Hausgärten. — Im Granatenregen. — An der Mariahilfer Linie. — „Die braven Studenten!" — General Bem. — Julius Fröbel. — Schneidercourage. — Anarchie im Oberbefehl. — „Die Ungarn kommen!" — Jellinek. — Kapitulation. — Die Totenvögel. — Der letzte Kämpfer.) — Nachwort (aus den Erinnerungen Kolischs).

Demnächst erscheinen:

V. **DEUTSCHE DEMOKRATIE.** Von Prof. Dr. WALTER GOETZ . . . . M. 1.35

VI. **DIE SOZIALISIERUNG DER RECHTSPFLEGE.** Von Reichsgerichtsrat ALEXANDER NIEDNER . . M. 1.35

VII. **REVOLUTION UND SCHULE.** Von Dr. GUSTAV WYNEKEN . . . . M. 1.35

Bis Ende 1919 erscheinen voraussichtlich 12 Bände.